Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1511
25.08.2021

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

66. Sitzung (öffentlich)

25. August 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 21:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden **8**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13085

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

2 Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5485
Vorlage 17/5548
Vorlage 17/5550

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Brand in der Müllverbrennung des Chemieparks Leverkusen 75

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5484
Vorlage 17/5535

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

4 Tierschutz ernstnehmen – CO_2-Betäubung bei Schlachtschweinen endlich beenden! 86

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11615

Ausschussprotokoll 17/1428 (Anhörung vom 12.05.2021)

– Die Beratung wird vertagt.

5 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten! 87

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14.06.2021)

und

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund an Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14.06.2021)

– Die Beratung wird verschoben.

6 Wolfsland NRW braucht präventiven Herdenschutz und Entschädigungskonzept für Halterinnen und Halter 88

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14073

– keine Wortbeiträge

Die SPD-Fraktion beantragt, eine Anhörung durchzuführen.

7 Insektenschutz jetzt! – Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt entlang der Straßen in Nordrhein-Westfalen 89

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13392

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13392 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

8 Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen 90

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13401

Ausschussprotokoll 17/1477 (Anhörung vom 24.06.2021)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/13401 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen ab.

9 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Beratungsverordnung 91

Drucksache 17/14407
Vorlage 17/5430

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen einstimmig her.

10 Schließung einer Viehsammelstelle im Kreis Unna wegen des Verdachts massiver Tierverstöße 92

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5501

– Wortbeiträge

11 Zwischenbilanz Umweltkriminalität *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)* **95**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5514

– Wortbeiträge

12 Ausgaben aus dem Corona-Rettungsschirm *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **96**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5502

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5502 zur Kenntnis.

13 Wie stark sind in NRW Kleingewässer mit Pestiziden belastet? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **97**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5512

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

14 Stand der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **98**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5533

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5533 zur Kenntnis.

15 Aktueller Stand der Wasserschutzgebietsverordnung *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **99**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5513

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5513 zur Kenntnis.

16 Aktueller Stand zur Weiterentwicklung der GAP *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)* **100**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5495

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5495 zur Kenntnis.

17 Aktueller Stand der Schweinepest *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)* **101**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5500

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5500 zur Kenntnis.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle heute zur 66. Sitzung unseres Ausschusses recht herzlich begrüßen. Besonders möchte ich natürlich begrüßen unsere vier Sachverständigen, Herrn Dr. Mandischer, Herrn Dr. Böcking – beide hier im Saal – und, per Video dazugeschaltet, Frau Dr. Jansen aus Münster und Frau Dr. Altherr aus München, die noch Probleme hat, uns zu hören, aber ich bin zuversichtlich, dass sie wieder zugeschaltet wird.

Danke, dass Sie uns gleich zu TOP 1 zur Verfügung stehen. Ferner möchte ich noch alle Mitarbeiter des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden begrüßen und, wie immer, wird unsere Sitzung heute auch als Livestream im Internet übertragen. Wir haben vorhin in der Obleuterunde die Tagesordnung aufgrund ihrer Länge nochmal ein bisschen konzentriert. Wir werden nach unserer Anhörung die Tagesordnungspunkte 4 und 5 in die nächste Sitzung verschieben. Wir werden zu Tagesordnungspunkt 6 „Wolfsland NRW“ ein Sachverständigengespräch haben, und wir werden auch Tagesordnungspunkt 13 in den September verschieben. Dann steigen wir ein.

1 Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13085

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, wurde dieser Antrag vom Plenum vom 24. März diesen Jahres an uns überwiesen. Wir haben daraufhin beschlossen, hierzu heute eine Anhörung durchzuführen. Einzelne Stellungnahmen liegen im Eingang des Sitzungssaales aus. Solange der Vorrat reicht, bitte ich Sie, sich dann natürlich zu bedienen. Wir haben bereits in unserem Einladungsschreiben darauf hingewiesen, dass ein mündliches Statement nicht vorgesehen ist. Ich bitte die Experten um Verständnis, dass lediglich die Mitglieder des Ausschusses Fragen an Sie richten können.

Wie vorgesehen und vorhin auch nochmal erklärt, werden wir pro Fraktion eine Frage an einen Sachverständigen stellen. Dieser hat dann die berühmten drei Minuten Zeit, um die Frage zu beantworten. Und somit ist unser Ausschuss sehr fragefreudig, und wir bekommen viele Fragen geklärt.

Wenn ich jetzt in die Runde schaue und keine weiteren Fragen sehe, können wir mit der Fragerunde beginnen. – Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Im Namen der CDU-Landtagsfraktion bedanke ich mich ganz herzlich bei unseren Sachverständigen, dass Sie sich auf den Weg gemacht haben, um uns quasi mit Ihrem Fachwissen heute zu unterstützen bei diesem für uns doch sehr wichtigen Thema.

Meine erste Frage würde sich an Frau Dr. Jansen richten. Wir haben ja schon festgestellt, die Technik klappt. Ich hoffe, dass das jetzt auch gleich während unserer Frage- und Antwortrunden dann auch so bleibt. Herzlichen Dank, dass Sie auch kurzfristig eingesprungen sind, um uns heute hier zu unterstützen und zu informieren. Deshalb würde ich als Erstes die Frage so ein bisschen offenlassen und Ihnen einfach die Gelegenheit zur Vorstellung der Nationalen Forschungsplattform für Zoonosen geben. Der Berliner Standort wird beispielsweise von Dr. Drosten geleitet, der uns im Rahmen der Coronapandemie bekannt geworden ist und den wir schon häufiger gehört haben. Vielleicht können Sie uns in kurzen Worten, in drei Minuten darüber aufklären: Was sind die Aufgaben der Forschungsplattform und welche Funktion hat speziell Nordrhein-Westfalen dabei?

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]*): Ja, sehr gerne. Vielen Dank

für die Möglichkeit, heute per Video zugeschaltet zu werden. Die Zoonosenplattform ist ein seit 2009 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Informations- und Servicenetzwerk für alle im Bereich der Zoonosen arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland. Wir haben mittlerweile mehr als 1.000 Mitglieder, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diverser Fachdisziplinen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, denn wir arbeiten interdisziplinär. Nur durch die Vernetzung verschiedener Fachdisziplinen kann die Erforschung und Bekämpfung von Zoonosen erfolgreich sein. Hier ist nicht nur die Zusammenarbeit von Human- und Veterinärmedizin zu nennen, sondern auch die Biologie und die Mathematik.

Wir haben Modellierer an Bord und auch die Klimaforscher. Wir haben Modellierer an Bord und auch die Klimaforscher. Die Zoonosenforschung ist also sehr breit aufgestellt, was relevant ist, da der One-Health-Ansatz, den habe ich auch im Antrag gelesen, ein sehr wichtiger ist. Die Gesundheit von Menschen, Tier und Umwelt hängt untrennbar miteinander zusammen. Das ist unser Anliegen, dafür bringen wir Wissenschaftler unter dem Dach der Zoonosenplattform zusammen. Die Zoonosenplattform hat drei Geschäftsstellen-Standorte hat, der eine wurde gerade genannt, das Institut für Virologie an der Charité in Berlin unter Leitung von Prof. Christian Drosten. Ein weiterer Standort ist am Friedrich-Loeffler-Institut in Greifswald. Standortleiter dort ist Prof. Dr. Martin Groschup und ein dritter Standort ist in Münster, am Institut für Virologie des Universitätsklinikums angesiedelt, unter der Leitung von Prof. Dr. Stephan Ludwig.

Unter dem Dach der Zoonosenplattform siedelt sich das Forschungsnetzwerk für zoonotische Infektionskrankheiten an, das vom BMBF aktuell noch gefördert wird, sowie diverse Forschungsprojekte, die aktuelle Herausforderungen der Zoonosenforschung bearbeiten, auch in Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst der Human- und Veterinärmedizin.

Vielleicht kurz vorab: Aufgrund der Erkrankung von Prof. Ludwig konnten wir keine schriftliche Stellungnahme einreichen. Allerdings finden sich unsere Punkte auch sehr gut in der Stellungnahme von Dr. Böcking vom Projektträger DLR in Bonn wieder.

Die besondere Rolle vom Standort Münster ist die, dass wir seit 2009 der Koordinationsstandort der Zoonosenplattform sind. Ich arbeite dort als Geschäftsführerin für den Standort. Konkret für den Standort Münster haben wir in den vergangenen Jahren sehr gute Erfolge im Bereich der Zoonosenforschung erzielen können. So wurde zum Beispiel in dem Forschungsverbund FBI-Zoo die Ergründung lebensmittelassoziierter Zoonosen erforscht. Der Verbunde wurde geleitet von Helge Karch und Lothar Wieler. Ich denke, der Name ist Ihnen allen bekannt. Im Rahmen der Verbundarbeit wurde 2011 der Erreger der EHEC-Epidemie entschlüsselt. Wir haben zudem einen Forschungsverbund in Münster, der sich FluResearchNet nennt und von Prof. Dr. Stephan Ludwig geleitet wird. Dieser wurde als Reaktion auf die Influenzapandemie 2009 gegründet, die durch den Erreger H5N1 ausgelöst wurde. Der Verbund besteht immer noch und befasst sich mit den immer wieder neuen Herausforderungen im Umgang mit Influenzaviren. Und wir haben damals und auch bis heute angesiedelt einen Forschungsverbund unter der Leitung von Dr. Robin Köck, der sich mit der Prävention der zoonotischen Verbreitung antibiotikaresistenter Erreger befasst.

Wir haben durch die Zoonosenplattform am Standort Münster in NRW einen breiten Zugang zu einer großen Expertise diverser Fachexpertinnen und -experten, sind sehr stark in der Community-Arbeit und vernetzen uns auch mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst. Einigen von Ihnen ist die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf sicher auch ein Begriff. Mit der Akademie hat die Zoonosenplattform Weiterbildungsprogramme auf den Weg gebracht, weil wir festgestellt haben, dass gerade im Bereich der öffentlichen Gesundheitsdienste auf human- und veterinärmedizinischer Seite ein hoher Fortbildungsbedarf besteht. Klimawandel und Zoonosen ist da ein thematisches Beispiel, das von großem Interesse ist und was wir entsprechend bedienen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, das war fast eine Punktlandung, drei Minuten. Vielen Dank. – Als nächster Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich möchte gerne direkt auf die Themen eingehen, die wir hier in unserem Antrag auch bearbeitet haben und möchte Herrn Dr. Böcking fragen: Sie haben in der Stellungnahme geschrieben, dass es in NRW bereits sehr gute Voraussetzungen zum Erreichen einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Bereich gibt. Wie kann die Zusammenarbeit weiter verbessert werden? Wo sind nach Ihrer Auffassung die notwendigen Stellschrauben, an denen wir noch drehen müssten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte, Dr. Böcking.

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Ja, schönen Dank für die Frage. Ich komme direkt zu den Stellschrauben. Vielleicht nochmal ganz kurz: Der Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen ist in allen relevanten Bereichen, die hier in die Zoonosen und auch One-Health reinfallen, sicherlich sehr gut aufgestellt. Es sind verschiedene Disziplinen, was Frau Dr. Jansen bereits gesagt hat. Wichtig ist die interdisziplinäre, transdisziplinäre Zusammenarbeit. Die kann mit solchen Instrumenten oder Initiativen wie der Zoonosenplattform hergestellt werden und verbessert werden.

Man kann überlegen, wie man interdisziplinäre Zusammenarbeit im Forschungsbereich noch besser ausbauen und stärken kann. Eine Frage, die auch vielleicht ein bisschen in meiner Stellungnahme durchscheint, ist: Es ist, glaube ich, genau zu überlegen, was kann das Land auf Landesebene tun und wie passt das in den größeren Rahmen, die Bundesebene, die europäische Ebene – ich habe es extra auch noch dazu gesagt –, die supranationale Ebene.

COVID ist ein Gamechanger. Es hat sehr viel bewirkt. Da ist ein hoher politischer Druck von oben nach unten. Der kommt natürlich auch in Nordrhein-Westfalen an. Und da muss man sehr genau schauen, was kann man sinnvollerweise auf der Landesebene noch tun, was nicht bereits thematisch oder auch monetär finanziell durch die größeren überregional aufgestellten Programme abgedeckt ist? Den Bedarf muss man im Land finden. Da sind sicherlich die zuständigen Gremien, die nachgeordneten Behörden,

die Wissenschaftspolitik sicherlich auch ein Stück weit gefordert, um das rauszufinden. Ich kann Ihnen das so nicht sagen, dafür fehlt mit jetzt wirklich zu viel Detailwissen, um zu sagen, da und da könnte man noch ein bisschen nachsteuern.

Zusammengefasst: In Nordrhein-Westfalen haben Sie gute Akteure in allen Bereichen der humanmedizinischen und veterinärmedizinischen biologischen Biodiversität. Alles, was dort reinspielt, gilt es zusammenzubringen. Das kann man machen. Ich sage gleich dazu: Das kostet Geld. Das geht nicht umsonst. Mit reinen Diskussionsforen wird man da nicht sehr viel weiterkommen. Da würde ich erst einmal aufhören. – Schönen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, und auch von unserer Seite vielen Dank für Ihre Stellungnahmen. Meine Frage würde an Frau Dr. Jansen gehen.

In dem Antrag wird unter dem allerletzten Spielstrich eine Bundesratsinitiative angesprochen, die sich mit der illegalen Einfuhr von Heim- und Wildtieren beschäftigt. Und da würde ich Sie fragen wollen, welche Rolle überhaupt diese Tiere haben – insbesondere Wildtiere haben wir ja im Zuge von COVID auch stark diskutiert –, und ob man das nur in punkto illegaler Handel sehen müsste oder ob sich auch auf den legalen Handel beziehen müsste, was man denn konkret machen müsste? Wie müsste man den Handel organisieren, überwachen? Was hätten Sie da für Vorstellungen, um tatsächlich da die Einschleppung von Viren, Krankheitserregern einzudämmen?

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Vielen Dank für die Frage. Das ist natürlich sehr komplex. Es fällt nicht in unseren Kompetenzbereich zu bewerten, wie der Handel mit Wildtieren aufgestellt werden müsste. Was wir sagen können, ist – und da sind wir im Moment auch selber als Zoonosenplattform mit eingebunden –, dass von BMZ- und BMU-Seite eine internationale Allianz zur Reduzierung der Gesundheitsrisiken im Wildtierhandel gegründet wurde. Das ist ein sehr wichtiger Schritt aus unser Sicht, um der Problematik zu begegnen.

Der Weltbiodiversitätsrat hat auch hervorgehoben, dass nicht nur der illegale, sondern auch der legale Wildtierhandel eine Rolle spielt und dass es darum gehen muss, tatsächlich zu schauen, welche Erreger potenziell ins Land gebracht werden, und wie man das verhindern kann.

In diesem Bereich spielen – das stellen wir jetzt fest – viele Disziplinen eine Rolle, denn es ist nicht so einfach zu sagen, die Infektiologen sollen sich anschauen, welche Erreger ins Land eingeschleppt werden können und dann folgen Verbote. Da spielen natürlich, je nach Land und Handelsbeziehungen, auch andere Akteure eine Rolle. Da kommen sicherlich auch Ökonomen ins Spiel. Und es gibt in den einzelnen Handel betreibenden Ländern auch unterschiedliche religiöse und kulturelle Hintergründe oder

vielleicht auch armutsassoziierten Druck und die Notwendigkeit, diesen Handel zu betreiben. Es ist also ein sehr komplexes Thema, was ich tatsächlich nicht so einfach beantworten kann. Aber ich weiß, dass die Akteure in dem Feld, viele Wissenschaftler*innen, auch international jetzt in den Austausch treten. Wir als Zoonosenplattform sind im Bereich der Förderung wissenschaftlicher Projekte, die sich genau mit dieser Frage befassen, beauftragt worden und haben jetzt eine erste Ausschreibung auf den Weg gebracht. Wir sehen, welche Fragen von Wissenschaftler*innen thematisiert werden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, auch vonseiten der SPD herzlichen Dank für die Zuschriften, die waren auch für mich erhellend. Eine Zahl, 75 % aller neuartigen Infektionskrankheiten sind Zoonosen, und von diesen Zoonosen stammen 70 % von Wildtieren. Also insofern wird das für uns ein Problem darstellen über längere Zeit.

Ich hätte eine Frage an die praktizierenden Tierärzte. Wir haben heute Herrn Dr. Mandischer hier. Ich würde gerne von Ihnen wissen: Wo sehen Sie Möglichkeiten, das Know-how von Tierärzten bei der Bekämpfung von Zoonosen besser zu nutzen. Vielleicht haben Sie ja auch konkrete Vorschläge, was diese Landesregierung aus Ihrer Sicht da tun könnte?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dr. Mandischer, bitte.

Dr. Christian Mandischer (Landesverband praktizierender Tierärzte Nordrhein): Ja, vielen Dank für die Frage.

Die Übermittlung des Know-hows fängt meiner Ansicht nach ganz vorne an, indem man den jungen Menschen zum Beispiel beibringt, was Lebensmittelhygiene und diese Dinge sind, ganz banal, was im Bereich Zoonosen einfach auch eine wichtige Geschichte ist im Sinne des Umgangs mit Lebensmitteln. Viele Zoonosen sind auch durchaus lebensmittelbedingt.

Was für uns praktizierende Tierärzte wichtig ist, ist, dass die tierärztlichen Forschungsinstitute unterstützt werden, dass auch die Untersuchungsämter und auch die Untersuchungsinstitute genug Input bekommen, auch finanzieller Art, wenn es dann um Pandemiebekämpfung und diese Dinge geht. Und da kann man auch diese eigentlich sehr gut mit einbinden, weil das Know-how ist da. Das wäre auch im Zuge der COVID-Pandemie meines Erachtens nach eine sinnvolle Geschichte gewesen, um da auch breit in der Untersuchung aufgestellt sein zu können. Wenn man viel Diagnostik betreibt, dann kostet das immer Geld, und das muss entsprechend breit aufgestellt sein, denn wir bekommen viele Dinge, die vom Tier kommen, ja nicht zwingend mit, weil das Tier nicht erkrankt, sondern wir bekommen später das Problem am Menschen. Und da müssen wir breiter monitoren, und da brauchen die Tierärzteschaft oder im weiteren Sinne dann auch eben auch die Untersuchungsinstitute schon die Unterstützung.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Mandischer. – Dann Herr Dr. Blex, bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Ja, meine Frage geht an den DLR, an Herrn Dr. Böcking.

Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, zoonotische Infektionen sind in ihrem Ursprung, ihrer Ausbreitung und Bekämpfung in der Regel nicht innerhalb der Grenzen von NRW zu verfolgen bzw. durchzuführen. Da wäre jetzt meine Frage, meine Bitte: Könnten Sie das vielleicht nochmal etwas erläutern, wo der Ursprungsort, wo ist denn das? Gibt es was im Zentrum, wo eher die Zoonosen vorkommen? Wenn der Fall so nicht NRW ist, wo ist das dann vielleicht dann? Oder können Sie überhaupt was zu diesem Satz einfach sagen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr, Herr Dr. Böcking.

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Schönen Dank für die Frage. Ich kann da was zu sagen. Vielleicht kann mich Frau Dr. Jansen auch noch unterstützen, falls ich irgendwas vergessen sollte aus der unmittelbaren Forschungsperspektive.

Zoonosen sind ein globales Problem. Sie können überall entstehen. Insofern können sie natürlich auch in Nordrhein-Westfalen entstehen. Es ist ein statistisches Problem, Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zum globalen Maßstab relativ klein, dicht besiedelt, wenig Natur, wenig Artenvielfalt. Da ist die Chance meiner Meinung nach eher gering, dass lokal Zoonosen entstehen. Ausgeschlossen ist das sicherlich nicht. Hotspots zu benennen, würde ich jetzt nicht wagen. Es gibt sicherlich eine Menge zoonotischer Erreger, die auf eine weiche Biodiversität angewiesen sind, sprich: Länder oder Gegenden mit viel Natur, einer hohen Speziesvielfalt können natürlich mehr potenzielle Wirte beherbergen, die dann von irgendwo von dort kommen.

Bei COVID wissen wir es nach wie vor nicht genau, ob jetzt ein chinesisches Labor, ein chinesischer Pangolin oder noch ganz was anderes schuld war. Ich glaube, für die Gesundheitsvorsorge und auch die Gesundheitspolitik ist es wichtig aufzupassen, wann die Zoonosen von Mensch zu Mensch dann übertragen werden können, dann werden sie gefährlich.

Man kann sicherlich ewig viele Beispiele benennen, wo Zoonosen in welchen Wirten leben. Fledermäuse sind ein viel diskutiertes Thema, die sind offenbar für viele Viren geeignete Wirte, ohne selber zu erkranken, und erst bei Kontakt mit Menschen direkt oder über Zwischenwirte kann das dann passieren. Ich würde ungern sagen, Lateinamerika oder Kanada, die kanadischen Wälder wären jetzt hier die besonderen Hotspots. Man muss genau hinschauen, der Bereich Biodiversität ist einerseits förderlich, dass sich diese Erreger dort irgendwo halten, andererseits schützt sie natürlich auch den Menschen aufgrund der intakten Interaktion, die dort in einer intakten Biodiversität vorhanden sind. – Möchten Sie noch was ergänzen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Noch eine halbe Minute haben Sie, Frau Jansen.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):** Ich möchte zum Verständnis noch einmal festhalten,, dass nicht jeder Zoonoseerreger pandemisches Potenzial hat. Das ist ein wichtiger Punkt. Nichtdestotrotz müssen wir uns, wenn wir auf NRW schauen, bewusst machen, dass wir auch hier immer wieder mit zoonotischen Problemen konfrontiert sein werden. Auch klimatische Veränderungen werden hier eine Rolle spielen.

Wenn man sich die Wetterkarten und Klimaprognosen für NRW für die nächsten Jahre anschaut, dann sieht man, dass auch in NRW die Bedingungen für Mücken immer günstiger werden. Mücken können als Vektoren für die Übertragung von Zoonosen fungieren und zum Beispiel das West-Nil-Virus übertragen. Im letzten Jahr gab es viele West-Nil-Virus-Fälle in Thüringen. Auch NRW sollte vorbereitet sein. Und das gilt auch für die öffentlichen Gesundheitsdienste.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Jansen. – Dann gehen wir in die nächste Runde. – Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich würde meine Frage fast also direkt anschließen auch an Dr. Böcking und vielleicht auch an Frau Dr. Jansen, wenn Sie sich das wieder teilen möchten, den Blick ein bisschen in die Zukunft richten. Wie schätzen Sie den Stand der Forschung im Bereich der Zoonosen ein? Und wo gibt es vielleicht noch Nachholbedarf? Ich weiß nicht, wer von Ihnen beiden anfangen möchte.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Böcking, bitte.

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Eine sehr schwierige Frage, Frau Winkelmann. Die Zoonosenforschung hat in den letzten 15 Jahren als solche stark zugenommen. Dieses Thema, die Interdependenz der einzelnen Faktoren ist zunehmend in den Blick geraten. Ich glaube, wir sind heute ein gutes Stück weiter und waren auch vor COVID und vor Corona ein gutes Stück weiter. Da sind doch relativ viele Sachen pro aktiv schon in Angriff genommen worden, unter anderem hat auch die recht schnelle Impfstoffentwicklung, die wir jetzt gesehen haben, global mit Vordenken vor Corona zu tun. Diese zoonotischen Viren sind seit langer Zeit wirklich auf der Watchlist.

Bei diesen pandemischen Zoonosen muss man sicherlich noch mehr tun. Ich glaube, das wird geschehen, oft in höheren Ebenen. Da muss das Land nichts tun.

Bezüglich der lokalen Bedarfen und wo man noch genauer hinschauen muss, da bin ich nicht genug Experte, um das zu sagen. Frau Dr. Jansen mag da vielleicht mehr zu wissen, aber einen Punkt zum Beispiel die Ausbreitung und das Monitoring von Vektoren, auch invasiven Vektoren, die Hyalomma-Zecke oder die Tigermücke. Solche Sachen sind sicherlich unmittelbar auch von lokaler Bedeutung. Da muss man hinschauen. Es sind aber weitestgehend Monitoringaufgaben in dem Forschungsbedarf. Wenn Sie Forscher fragen, die werden immer sagen, da ist noch ganz viel Bedarf. Wir

wissen noch nicht genug. Und mit den Worten würde ich dann gerne an Frau Jansen abgeben.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Ja, da schließe ich mich an. Wir haben 2009 mit der Zoonosenplattform angefangen. Da haben die Veterinär- und die Humanmedizin noch nicht eng miteinander zusammengearbeitet. Diese Community ist aufgebaut worden. Wir stellen aber jetzt fest, dass im Zuge der klimatischen Veränderungen und der Herausforderungen, die wir haben, einfach auch andere Disziplinen wichtiger werden. Das heißt, die Vernetzung, die wir haben, muss viel breiter aufgestellt werden, wie Herr Böcking vorhin auch schon richtigerweise sagte. Um das zu leisten und neue Forschungsverbünde auf den Weg zu bringen, bedarf es sicherlich weiterer Forschungsgelder.

Ein weiterer ganz wesentlicher Punkt, der auch schon auf den Weg gebracht wurde, muss ebenfalls weiter gehen – und das ist die Einbindung der öffentlichen Gesundheitsdienste in die Forschung, also die tatsächliche Vernetzung von Forschung und ÖGD. Das sind die Player, die am Ende auch vor Ort entscheiden und auch bewerten müssen, welche Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier bestehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den es aus unserer Sicht zu stärken gilt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Dr. Jansen. – Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Mandischer. Zoonosen sind ja für die meisten Bürgerinnen und Bürger eher unbekanntes Gebiet, glaube ich. Wirklich relevant ist es vor allem bei Tierärzten, Viehbesitzern, Jägerschaft vielleicht ein Teil noch. Und in dem Bereich ist ja auch ganz wichtig der Bereich Prävention, glauben wir zumindest. Können Sie aus Ihrer Sicht mal erläutern, wieso Prävention wichtig sein könnte, und wie wird das vor allem da Aufklärungsarbeit der Beteiligten gemacht? Werden Viehhalter oder Tierärzte da ausreichend geschult? Und gibt es vielleicht auch Möglichkeiten, die Allgemeinbevölkerung etwas stärker präventiv aufzuklären? Ist das sinnvoll?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Mandischer, bitte.

Dr. Christian Mandischer (Landesverband praktizierender Tierärzte Nordrhein): Ja, danke für die Frage. Das ist auf jeden Fall sinnvoll, weil es auch mit einer der ersten Schritte ist, Zoonosen zu verhindern bzw. insgesamt einzuschränken. Die Ausbildung der Tierärzte in dieser Hinsicht, da muss ich an mein Studium denken, ist durchaus da. Das ist, glaube ich, nicht das Problem, obwohl auch in der Bildung immer Luft nach oben ist. Das ist sicher so. Wir tun das ja jeden Tag. Das kann man sicherlich ein bisschen trennen nach der Nutztiermedizin und der Medizin im Bereich der Kleintiere oder der Companion Animals, wie auch immer wir das nennen wollen. Da klären die Tierärzte schon auf über Impfungen, was Tollwut angeht und diese Dinge. Das wird

schon den Besitzern mitgeteilt, und das ist tägliche Arbeit und das muss auch sein. Das ist nicht selbsterklärend. Das ist klar.

Und im Bereich der Nutztiere tun wir das bei den Bestandsbesuchen natürlich schon, weil wir da auch monitoren und es auch Monitoringprogramme gibt hinsichtlich wichtiger Zoonosen, Salmonellose sei hier genannt, natürlich. Wir versuchen auch da, den Landwirten ständig mitzugeben, was Biosicherheit bedeutet und welchen wichtigen Beitrag das dazu leistet, dass wir gesunde Lebensmittel produzieren.

Im Bereich der Schule ist da noch Bedarf, das ist sicher so. Und da schließe ich an das an, was ich angedeutet hatte, da muss sicherlich mehr passieren, dass man auch klar sagt, was einfache Dinge angeht, wie, wenn ich mit den Tieren umgegangen bin, wasche ich mir danach die Hände, ganz banale Dinge. Aber da ist in meinen Augen schon noch Bedarf, dass wir da ein bisschen Wissensvermittlung auch in der Schule nochmal betreiben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Mandischer. – Ich schaue in die Runde. – Herr Rüße? Bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne, wenn Sie denn jetzt telefonisch zugeschaltet ist, Frau Dr. Altherr eine Frage stellen.

(Dr. Sandra Altherr [Pro Wildlife e.V., München]: Hallo! Entschuldigen Sie bitte, ich hatte technische Probleme.)

– Ja, das kommt vor, aber wir arbeiten in NRW an immer mehr Breitband.

Meine Frage wäre zum Wildtierhandel nochmal, welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht der Wildtierhandel mit Blick auf Zoonosen? Und was müsste man konkret tun, um diese Gefahr, die davon ausgeht, einzudämmen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr, Frau Dr. Altherr.

Dr. Sandra Altherr (Pro Wildlife e. V. *[per Video zugeschaltet]***):** Vielen Dank. Ja, der Wildtierhandel generell hat sicherlich eine große Bedeutung gerade international, das wissen wir ja von vergangenen Pandemien, die in Zusammenhang mit dem Wildtierhandel stehen. Es ist immer eine schwierige Rechnung zu sagen, wie groß ist das Risiko für zum Beispiel NRW oder für Deutschland durch den Wildtierhandel. Was wir sagen können ist, dass der Handel mit Wildtieren einer der Wege ist, über die Zoonosen verbreitet werden können. Was wir auch sagen oder was zumindest die Wissenschaft auch sagt, ist, dass mehr als 70 % der Zoonosen von Wildtieren stammen.

Ein Problem ist, dass wir in Deutschland, obwohl wir ja eigentlich so viele Sachen geregelt haben und so viele Sachen erfasst haben, ausgerechnet beim Wildtierhandel eine Blackbox haben, das heißt, dass wir keine konkreten Zahlen darüber haben, was an lebenden Wildtieren zum Beispiel nach Deutschland kommt, es sei denn, es handelt

sich um geschützte Arten. Dann wird der Import erfasst, und auch die Herkunft ist bekannt. Aber bei allen ungeschützten Arten – und das ist der größte Teil der gehandelten Wildtiere – werden weder die Importe erfasst noch kennen wir die Vorgeschichte der Tiere.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Dr. Altherr. Wir haben Sie auch gut verstanden. Super, das klappt. – Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, ich würde auch gerne eine Frage an Frau Dr. Altherr stellen daran anschließend, da geht es um Prävention.

Wir sind in Deutschland das Land mit der höchsten Importrate von Reptilien. Sie haben das ja in Ihrer Stellungnahme so beschrieben, 200.000 bis 400.000 lebende Reptilien werden nach Deutschland importiert. Und deswegen die Frage, da gibt es den normalen Wildtierhandel und den illegalen und dann nochmal die Tierbörse: Was kann präventiv getan werden, damit Menschen verstehen, dass, wenn sie sich in diese Gefahr mit Wildtieren begeben, an Zoonosen denken oder so vorsichtig sind, die zu vermeiden?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Altherr, bitte.

Dr. Sandra Altherr (Pro Wildlife e. V. *[per Video zugeschaltet]***):** Ja, vielen Dank. Es gibt ja mehrere Problembereiche. Das Eine ist, dass wir in dem Wildtierhandel, wenn wir von lebenden Wildtieren reden, die hier nach Deutschland kommen, das Problem haben, dass überhaupt nur ein Bruchteil erfasst wird. Deshalb können wir auch nur zu Reptilien eine grobe Aussage treffen.

Die Zahlen, die Sie genannt haben, die sind von Eurostat, wo Reptilien, aber da ist es völlig egal, welche Schlange, welcher Gecko, welche Schildkröte das ist, als Warengruppe erfasst werden. Wir wissen nicht, was diese Tiere für eine Vorgeschichte haben, und wir wissen auch nicht, welche Arten das genau sind. Da fangen die Probleme schon an, weil Sie fragten, was man präventiv tun kann.

Nun, zuallererst bräuchte es strengere Regelungen für den Import und für den Handel mit Wildtieren. Da ist sicherlich die Bundesebene gefragt und zum Teil auch die EU-Ebene. Aber präventiv könnte man in Nordrhein-Westfalen jetzt konkret mehrere Sachen angehen. Zum Einen – das wird ja auch in dem Antrag, über den wir heute reden, schon erwähnt – sind es Aufklärungsmaßnamen. Wir kennen Fälle, dass Kleinkinder oder Säuglinge schwer an Salmonellose erkranken, nachdem sie mit dem Gecko oder der Schildkröte der Eltern übern Wohnzimmerteppich gekrabbelt sind. Das zeigt einfach, dass es da an Sorgfaltspflicht und an Achtsamkeit fehlt, in solchen Fällen. Da kann man sicher mit Aufklärung zum Teil etwas erreichen.

Aber wenn man sich das Artenspektrum anschaut und auch, wie gesagt, die vorhin beschriebene Blackbox, wir wissen gar nicht was reinkommt. Da braucht es den Gesetzgeber. Da könnte Nordrhein-Westfalen zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative

auf Bundesebene anstoßen, das der Wildtierhandel stärker kontrolliert wird, stärker reguliert wird. In der jetzigen Antragsfassung ist auch eine Bundesratsinitiative angedacht, die bezieht sich aber nur auf den Import von illegalen Tieren, und das reicht bei Weitem nicht. Das ist nur ein Bruchteil des Geschehens.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Dr. Blex, bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Ja, ich hätte eine Frage an Frau Dr. Jansen, und zwar nochmal zu der – wie Sie es eben genannt haben – gestiegenen Chance auf Zoonosen mit Blick auf klimatische Veränderungen. Das ist mir jetzt als Physiker nicht ganz klar. Ich kann verstehen, dass es, wenn es wärmer wird, sein kann, dass etwa irgendwelche Mückenarten, die vielleicht eher in wärmeren Gebieten zuhause sind, plötzlich dann auch in Italien oder so heimisch werden und dort bekannt Krankheitserreger übertragen. Das ist ja keine neue Zoonose, das ist einfach eine Krankheit. Malaria oder so ist ja keine Zoonose, die wird einfach übertragen, weil es die schon immer gab. So, das verstehe ich. Darüber könnte man dann präventiv vorgehen, weil man ja den Wirt, den Überträger kennt. Es wird ja auch in vielen Ländern dagegen dann halt Mückenmittel entsprechend aufgetragen oder aber die Gewässer abgedeckt, dass die Mücke sich halt nicht verbreiten kann.

Das hat ja mit Zoonosen jetzt gerade, was Sie eben angesprochen haben, nichts zu tun. Und mir ist jetzt nicht ganz klar, wie eine Temperaturerhöhung von 2° etwa das Ionisierungspotenzial bei einer DNA erhöhen sollte, die man ja bräuchte. Eine Zoonose ist nach meinem Verständnis doch eine Mutation eines Wirtes, also eines Krankheitserregers, sodass er in der Lage ist, auf den Menschen überzuspringen. Und da ist mir jetzt nicht ganz klar, was das konkret mit dem Klimawandel zu tun haben soll, aber sehr wohl mit der engen Beziehung zwischen Mensch und Tier, wenn ich in einer sehr engen körperlichen Nähe bin. Vielleicht können Sie das nochmal erläutern?

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Zunächst ist eine Zoonose eine Infektionskrankheit. Zoonotische Erreger werden wechselseitig vom Tier auf den Menschen übertragen werden können. Das können Viren, Bakterien, Pilze oder Prionen, also viele verschiedene Arten von Erregern sein. Natürlich ist es so, dass, wenn sich klimatische Bedingungen ändern, sich auch die Überlebensbedingungen für bestimmte Vektoren ändern. Wenn Sie auf Malaria anspielen, Malaria, da müsste ich Sie korrigieren. Malaria ist natürlich eine Zoonose. Alle Infektionskrankheiten, die von Tieren auf den Menschen übertragen werden, sind zoonotische Infektionskrankheiten. Und es ist so, dass wir in Deutschland sich ändernde klimatische Bedingungen, also Temperaturerhöhungen, trockenere, längere und wärmere Sommer und auch mildere Winter haben. Das macht die Überlebensbedingungen für Mücken beispielsweise entsprechend optimaler, und diese können als Vektoren in der Übertragung zoonotischer Erreger fungieren.

Ganz konkret beim West-Nil-Virus, weil Sie danach fragten, ist es beispielsweise so, dass allein die Temperaturerhöhung dazu führt, dass eine Mücke, die bei einem infizierten Wildvogel Blut gesaugt hat und als Nächstes einen Menschen sticht, diese infizierte Blutmahlzeit bei höheren Temperaturen schneller weitergeben kann. Insofern ist es natürlich so, dass die veränderten klimatischen Bedingungen Auswirkungen haben auf die Überlebensmöglichkeit und die Übertragungswahrscheinlichkeit bestimmter Erreger durch entsprechende Vektorindividuen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Jansen. – Wir gehen in die nächste Runde. – Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Frau Dr. Jansen, meine nächste Frage richtet sich auch an Sie. Ich hoffe, dass das in Ordnung ist. Sie müssten jetzt gleich nochmal wieder in die Bütt.

Erst einmal war das gerade eine sehr gute Erklärung für die Frage. Ich möchte anschließen an den Themenblock, den die Kollegin Watermann-Krass vorhin aufgerufen hat. In unserem Antrag nennen wir das Ziel, die Bevölkerung besser über die Gefahren von Zoonosen aufzuklären. Und aus Ihrer Sicht: Wie weit sind wir damit? Gibt es da schon irgendwie welche Best-Practice-Beispiele? Und was ist da noch zu tun in dem Bereich, auch mit Blick in die Zukunft?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):** Wir sind ja ein Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Im Zuge der Pandemie erreichen uns immer mehr Anfragen der sogenannten Laienöffentlichkeit, die, wie wir feststellen, gar nicht mehr die reine Laienöffentlichkeit ist, sondern eine wirklich sehr gut informierte Allgemeinöffentlichkeit in der Regel. Wir haben festgestellt, dass es einen großen Informationsbedarf gibt. Wir haben jetzt beispielsweise am Sonntag an einer Podiumsdiskussion im Allwetterzoo in Münster teilgenommen. Da ging es um den Zusammenhang von Artenvielfalt und Biodiversität und Zoonosen, also das, was grob als letzter Satz in Ihrem Antrag steht.

Diese Podiumsdiskussion ist auf sehr großen Zuspruch gestoßen. Was das Podium einstimmig festgehalten ist, dass das Bewusstsein dafür, dass wir unsere Umwelt schützen müssen, um auch Pandemieprävention zu betreiben, wirklich auch in die Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes getragen werden muss. Wir als Zoonosenplattform haben zudem damit angefangen – das hatte ich vorhin gesagt –, dieses Wissen in die öffentlichen Gesundheitsdienste zu tragen. Da ist ein sehr großer Informationsbedarf. Wir haben eine Workshopreihe zum Thema Klimawandel und Zoonosen gemacht, die wir jetzt auf Bitten der beteiligten Akteure im Feld verlängert und weiter ausgeweitet haben. Die Veranstaltungen finden online statt.

Bei Interesse an einer Teilnahme kann man gerne auf mich zukommen und sich so über aktuelle Themen informieren. Wir haben auch zum Beispiel unter dem Dach der Zoonosenplattform – das ist auch für jeden Interessierten abrufbar – für Baden-Württemberg eine Hantavirenmonitoringkarte ins Leben gerufen. Da kann man tatsächlich auf ganz einfache Weise sehen, wie die Buchenmast konkret mit der Anzahl der Rötelmäuse im Jahr zu tun hat, und das wiederum hat einen Einfluss darauf, wie viele Hantavirenerreger zirkulieren und wie hoch die Hantavireninfektionen dann in dem Bundesland sind bzw. sein werden.

Solche Dinge sind für NRW auch denkbar, und solche Dinge sind auch mit Wissenschaftlern aus unseren Reihen denkbar. Da sind wir offen, tatsächlich auch offen für Initiativen, was Fortbildung angeht. Wir haben – vielleicht zum Abschluss, dann sind, glaube ich, die drei Minuten auch wieder um – einen Antrag von der Zoonosenplattform gestellt, um Partner im Wissenschaftsjahr 2022 zu werden, genau zu diesen Themen und genau mit diesem Ziel. Und da sind wir gerne bereit, auch weitere Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf Informationen der sogenannten Laienöffentlichkeit zu leisten. Das ist ausbaufähig, und das hängt natürlich auch mit Mitteln und Ressourcen zusammen. Aber das ist, denke ich, eine wichtige Aufgabe, um für die Zukunft auch gewappnet zu sein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr gut. Vielen Dank, Frau Dr. Jansen. – Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich möchte nochmal eine Frage an Herrn Dr. Böcking richten. Aus unserer Sicht nimmt der One-Health-Ansatz eine ganz wichtige zentrale Rolle ein. Deswegen ist es die Frage, ob es Grundlage für weitere Maßnahmen sein sollte, und wenn das so ist, was ist aus Ihrer Sicht mit Blick auf den One-Health-Ansatz entscheidend und welche Bereiche und Ressorts müssten wir hier in der Zusammenarbeit stärken?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dr. Böcking, bitte. Sie haben das Wort.

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Herausfordernde Frage, danke schön. Der One-Health-Ansatz wird in Ihrer Beschlussvorlage, in Ihrem Antrag ja explizit erwähnt und auch kurz erläutert. Und aus unserer Sicht ist es zunächst mal ein wichtiger Schritt, dass man ihn begrifflich verankert, ihn in die Diskussion und auch in die Gremien trägt.

Drei Minuten reichen nicht aus, um das ganze One-Health-Konzept darzustellen und zu diskutieren. Es ist ein wirklich sehr inklusiver Ansatz, der Menschgesundheit, Tiergesundheit, Umwelt, Biodiversität umfasst, und wenn man Menschgesundheit nimmt, dann nicht nur die medizinischen Parameter, sondern auch Public-Health-Aspekte, soziale Indikatoren etc. pp. aufgreift. Es ist wirklich extrem viel.

Dies zu tun, diese ganzheitliche Sicht auf Gesundheitsprobleme ist dann per se auch erst einmal ein präventiver Ansatz. Man löst mit One-Health-Denken keine unmittelbare Probleme, denke ich. Man mag mich korrigieren, ich glaube das einfach nicht. Wenn man im One-Health-Konzept zusammenarbeitet – und auf der Landesebene sind es dann auch die entsprechenden Ressorts und Landesbehörden, die das dann tun müssten, die Wissenschaftler tun das, glaube ich, in einem größeren Umfang inzwischen –, ich halte das für einen längerfristigen Prozess. Das Thema sollte, denke ich, auf der Agenda bleiben, mitgedacht werden, immer wieder auch gesagt werden. Da ist doch was. Und One-Health ist mehr als nur die Betrachtung von Mensch- und Tiergesundheit. Es ist wirklich deutlich mehr.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Böcking. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich weiß nicht, an wen ich die Frage richten soll, aber ich nehme jetzt Frau Dr. Jansen, und zwar wäre meine Frage: Der 6. Punkt der Beschlussfassung im Antrag beschäftigt sich mit der Frage der Bekämpfung von Schädlingen, insbesondere von Nagern. Da wüsste ich gerne von Ihnen, welche Relevanz denn Nager an der Stelle haben für Zoonosen, ob da – ich weiß nicht, ob Sie das darstellen können –, inwieweit die Bekämpfung in den letzten Jahren nicht ausreichend war. Wie sinnhaft ist dieser Forderungspunkt, das zu tun?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte sehr.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Das kann ich tatsächlich nicht in ganzer Breite beantworten. Vielleicht sind da noch andere Sachverständige, die noch mehr Auskunft dazu geben können.

Ich hatte gerade auf die Hantavireninfektion Bezug genommen, die sicher ein zunehmendes Problem darstellt und die vor allem von Mäusen übertragen wird. Was ich zu bedenken gebe, ist, dass, wenn immer man einzelne Individuen oder einzelne Arten stark dezimiert, es in der Natur so ist, dass ökologische Nischen, die frei geworden sind, auch wieder besetzt werden. Und dann siedeln sich andere Generalisten an, die auch ein bestimmtes Erregerpotpourri mitbringen und die wiederum auch, je mehr Individuen einer Art man hat, das Potenzial haben, durch immer weitere Übertragungen zu mutieren und dann auf den Menschen überzuspringen. Insofern muss man gut prüfen, inwiefern man regulativ eingreift, und ob man nicht mit dem einen bewältigten Problem andere Probleme schafft.

Das kann ich aber nicht in ganzer Breite beurteilen. Ich kann vom ökologischen Standpunkt ausgehen und sagen, diese Nischen werden besetzt von anderen Generalisten, und da muss man eben prüfen, ob man sich dann nicht noch andere Probleme schafft.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Dr. Jansen. – Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, abschließend würde ich gerne etwas zur Forschung fragen. Denn Sie haben ja den Antrag gelesen, und in der Überschrift steht so schön, „wir wollen Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden“. Und wenn Sie dann in den Antrag schauen, bei den Forderungen ist von Forschung gar nichts mehr drin. Und deswegen die Frage an unsere beiden Forschungsvertreter, Frau Dr. Jansen und Herrn Dr. Böcking: Braucht es eine Förderung und eine konkrete Forschung, um Zoonosenbekämpfung in NRW weiterhin zu machen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Die Frage ging an Frau Dr. Jansen und Herrn Dr. Böcking. – Wer fängt an?

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Ich lasse Ihnen den Vortritt. Sprechen Sie pro Forschung! Ich bin da etwas befangen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Jansen.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Natürlich ist es so, ich hatte vorhin gesagt, wir fangen gerade erst an zu verstehen. Wir merken, wie wichtig im Zuge des One-Health-Ansatzes Forschung in dem Bereich ist. Ich kann nur dafür appellieren, dass man in sogenannten „Friedenszeiten“, in denen man keine großen Krankheitsausbrüche hat, in Forschung investiert, um in Krisenzeiten vorbereitet zu sein. Ich glaube, das zeigt uns auch die Pandemie, die wir jetzt haben.

Wir sind in Deutschland wirklich auch auf die Coronapandemie insofern gut vorbereitet gewesen, als dass wir ein sehr starkes Netz an Wissenschaftlerinnen, auch jetzt auch aus Reihen der Zoonosenplattform hatten, der Name Christian Drosten ist vorhin genannt worden, die wirklich alle gemeinsam vorbereitet waren, nicht nur in Bezug auf die Entwicklung von Impfstoffen, sondern auch in Bezug auf die Entwicklung von Virusstatika und Medikamenten zur Therapie von zu behandelnden Patienten. Denn wir dürfen ja nicht vergessen, jemandem, der auf der Intensivstation liegt, dem hilft die Impfung nichts. Wir waren bzw. sind auch in diesem Bereich sehr stark aufgestellt. Das betrifft Corona als ein Beispiel, aber auch andere Zoonosen, die wir haben.

Ich hatte vorhin gesagt, wir sind in Münster die Koordinatoren für ein Netzwerk zur Erforschung antibiotikaresistenter zoonotischer Erreger. Wenn die Pandemie nicht gekommen wäre, wäre das Thema Antibiotikaresistenzen, MRSA, all diese Begriffe sind Ihnen sicherlich bekannt, ein weiteres großes Thema gewesen. Und das ist etwas, was wir zukünftig auch beachten müssen und wo wir intensiv weiter forschen müssen. Das betrifft natürlich auch NRW, und da muss sicherlich noch Geld investiert werden. Ich kann nur appellieren, das weiterhin zu tun, damit wir auch zukünftig gewappnet sind, wenn uns Erreger überraschen und bzw. wir nicht unvorbereitet auf Erreger treffen. Das schaffen wir durch gutes Monitoring und indem wir den Überblick über die Erreger und mögliche Übertragungswege behalten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Dr. Böcking.

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Ja, ich habe nur wenig zu ergänzen. Ich hatte eingangs schon gesagt, dass der Forschungsbedarf, das, was in NRW und von NRW geleistet werden kann, auch in NRW definiert werden muss. Das kann weder ich, das kann auch Frau Dr. Jansen jetzt ad hoc, denke ich, nicht sagen: Da und da sind Lücken, und da müsste/könnte NRW und sollte NRW auch einsteigen.

Prinzipiell ist es eine forschungspolitische Entscheidung, und dann ist es hier vielleicht auch nicht ganz der richtige Ausschuss dafür zu sagen: Das ist ein wichtiges Thema, wir haben den Schuss gehört, wir müssen hier, alle müssen hier generell mehr tun – und dazu gehört auch die Landesebene. Und da muss man sich dann zusammensetzen und sehen, was kann ich denn auf Landesebene sinnvollerweise tun, was ein Mehrwert ist zu dem großen Ganzen. Es tut mir leid, das kann ich Ihnen nicht sagen, was das sein könnte.

Verschiedene Dinge sind auch angesprochen worden, das Hantavirenmonitoring etc., das kann man alles tun. Da kann man auch mit vermutlich nicht allzu viel Geld Segensreiches bewirken. Aber es bedarf dafür einer Erfassung dessen, was die Gremien sagen. Da wissen wir nicht genug, da müssen wir mehr wissen, das kommt nicht von den Sachverständigen, jedenfalls nicht von mir und Frau Jansen – Sie hebt die Hand –, sie weiß doch was. Dann übergebe ich nochmal.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Jansen, die Zeit ist wirklich um, bitte kurz fassen.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]***):**Ich möchte zu den Ausführungen von Herrn Böcking nichts ergänzen, aber eine andere Sache kurz ansprechen. Das Land NRW über einen Zoonosebeirat, der auch im Antrag erwähnt wird. In diesem Zoonosebeirat sind nach meinem Kenntnisstand keine Wissenschaftler*innen eingebunden. Ich weiß nicht, ob ich da richtig informiert bin. Vielleicht wäre zu überlegen, wenn solche Forschungslücken zukünftig definiert werden sollen, ob es Sinn macht, Wissenschaftler*innen, also Vertreter universitärer Forschung beispielsweise, in diesen Beirat zu integrieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke für die Anregung. – Herr Dr. Blex, bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Ich hoffe, dass dann vielleicht Wissenschaftler da drin sind, also gemischtgeschlechtlich, zumindest wenn es auch keine reinen Frauengruppen vielleicht sein mögen, aber eine Frage dann vielleicht an Herrn Dr. Böcking … das ist jedenfalls mein Verständnis der deutschen Sprache.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]*): Wissenschaftler*innen. Ich hatte das Sternchen genutzt.

Dr. Christian Blex (AfD): Gut, okay. Ja, das benutze ich auch nicht so häufig, weil ich noch da die alte deutsche Sprachregelung kenne. Aber zu Dr. Böcking hätte ich eine Frage, und zwar: Wenn ich mir das jetzt mit den Zoonosen … Zoonosen sind ja nichts Neues, das ist ja etwas, was es in der gesamten Evolutionsgeschichte des Menschen schon gegeben hat. Und überhaupt, dass Krankheiten von einer Art zur anderen überspringen, das ist halt nun mal evolutionär, das liegt in der Natur halt einfach. So wie ich das verstehe, werden wir Zoonosen nie verhindern können. Es wird immer auf aller Welt auch bei jedem One-Health-Ansatz … Ich kann ja nicht verhindern, dass selbst, wenn ich mir die Hände wasche, dass auch, wenn ich eine gewisse Distanz zum Tier wahre, trotzdem mal ein Krankheitserreger überspringt, bzw. ich werde nicht verhindern können, dass in allen Teilen der Welt diese gleichen Hygienemaßnahmen getroffen werden können, wie das in Deutschland der Fall ist.

Ist deshalb davon auszugehen, dass wir auch in Zukunft gerade in vielleicht unterentwickelten Ländern … Oder umgekehrt: Inwieweit ist Armut ein Faktor, der da vielleicht Zoonosen begünstigt?

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Viellicht nur ein ganz kurzes Wort dazu: Armut ist da ein starker Treiber von Krankheit, und das betrifft jedwede Krankheit, nicht nur Infektionen und Zoonosen, das betrifft Krebs, das betrifft Diabetes, das betrifft alles. Natürlich ist die Steigerung von Lebensqualität und Wohlstand durchaus wichtig, wenn man global bessere Gesundheit erzielen will. Das auf Zoonosen zu verkürzen, das halte ich nicht für zulässig.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Böcking. – Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich wäre tatsächlich schon so mehr oder weniger in der Schlussrunde, also zumindest aus unserer Sicht Schlussrunde, den Kollegen will ich da natürlich nicht vorweggreifen.

Frau Dr. Jansen, Sie hatten gerade den guten Hinweis nochmal gegeben auf die Zusammensetzung des Zoonosenbeirats. Deshalb auch die Frage: Gibt es noch andere Ansätze, die Sie uns gerne mit auf den Weg geben wollen – also wirklich als offene Frage gestellt –, wo Sie sagen, da wäre jetzt noch Nachbesserungsbedarf oder da könnten wir jetzt schnell handeln? Das ist vielleicht auch eine Frage, die sich an die anderen Experten gerne darf oder richten sollte, wo aus Ihrer Sicht noch Nachbesserungsbedarf ist, den wir vielleicht in unserem Antrag auch nicht so explizit erwähnt haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Jansen, bitte.

Dr. Friederike Jansen (Nationale Forschungsplattform für Zoonosen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster *[per Video zugeschaltet]*)**:**Ich würde einen anderen Punkt, den ich gerade auch schon genannt hatte, anführen wollen, nämlich die Bildung und Ausbildung junger Menschen im Bewusstsein der Problematik. Ich glaube, wenn wir uns für die Zukunft vorbereiten wollen, dann müssen wir auch die jungen Menschen mitnehmen, da müssen junge Wissenschaftler*innen – ich sag es extra nochmal und meine beide Geschlechter, wobei selbstverständlich alle drei, Divers nehme ich jetzt dazu – sich entsprechend vorbereiten. Dieses Anliegen kann aber sicher nicht nur in diesem Ausschuss platziert werden. Das One Health-Thema würde aus meiner Sicht tatsächlich auch in Unterrichtsinhalte einfließen müssen. Dass die Gesundheit von Menschen, Tier und Umwelt untrennbar zusammenhängen, ist ein wesentliches Thema jetzt und in der Zukunft.

Und, was die konkrete Ausarbeitung vielleicht von Forschungsansätzen angeht, da kann ich anbieten, dass wir gerne in den Dialog treten würden und auch sicherlich Kolleginnen und Kollegen benennen könnten, wenn Bedarfe adressiert oder identifiziert werden sollen, auf Landesebene. Das kann ich jetzt ad hoc nicht beantworten hier, wie Herr Böcking schon richtig sagte. Was ich aber sicher sagen kann, ist, dass wir uns als Zoonosenplattform neben der Ausarbeitung von Forschungsbedarfen auch gerne in die Öffentlichkeitsarbeit in dem Bereich einbringen würden, wenn es gewünscht ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Dr. Jansen. – Herr Dr. Böcking, auch noch? Sie wurden auch angesprochen – oder Dr. Mandischer?

Dr. Detlef Böcking (DLR Projektträger): Nein eigentlich nicht. Wenn ich darf, möchte ich zu meinem letzten Punkt, der Stellungnahme zur Frage von Herrn Blex noch was sagen. Die Armut ist auch ein Treiber von Krankheit in reichen Ländern wie Deutschland und den USA und UK. Ich wollte nicht, dass das irgendwo falsch verstanden wird, dass es nur arme Länder betrifft. Das habe ich vergessen zu sagen. Danke schön für die Gelegenheit.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Böcking. Gut, dann schaue ich weiter in die Runde. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, ich hätte noch eine abschließende Frage, schön, dass Sie sich zu mir umdrehen, weil die Frage richtet sich auch an Sie. Wir haben jetzt über Nager gesprochen, über alles Mögliche, über Wildtierhandel. Der Punkt Landwirtschaft, landwirtschaftliche Tierhaltung taucht aber hier nur so ganz am Rande auf. Da wüsste ich gerne aus Ihrer Sicht: Gibt es da auch Punkte, die zu beachten wären mit Blick auf Zoonosen, was man tun kann, damit dann aus der Landwirtschaft heraus Zoonosen nicht verbreitet werden oder umgekehrt in die Landwirtschaft eingetragen werden. Wie sehen Sie das? Oder hat Landwirtschaft – das könnte ja auch sein – hier an der Stelle gar keine Bedeutung?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Mandischer, bitte.

Dr. Christian Mandischer (Landesverband praktizierender Tierärzte Nordrhein): Ja, danke für die Frage. Selbstverständlich hat die Landwirtschaft auch im Thema Zoonosen eine Bedeutung, denn wir wissen, wie ich auch anfangs sagte, dass viele Zoonosen, also zum Beispiel Salmonellen, natürlich ein Thema sind, was aus der Landwirtschaft zum Menschen getragen wird. Insofern darf man die selbstverständlich nicht außer Acht lassen. Da findet aber natürlich auch schon in größerem Stile Monitoring statt, also wenn Sie mir da erlauben, bei den Salmonellen zu bleiben: Sowohl beim Schwein wie auch beim Geflügel wird sehr regelmäßig auf Salmonellen untersucht, um genau die Foodborn disease zu reduzieren.

Für mich als Tierarzt bedeutet das in der ganz praktischen Arbeit, auf dem Bestandsbesuch die Dinge anzusprechen und das Thema Biosicherheit in den Vordergrund mit zu holen, um dafür zu sorgen, dass wir möglichst wenig diese Erkrankungen im Bestand haben und damit auch deutlich weniger Potenzial haben, dass wir einen Übergang auf den Menschen haben. Und das betrifft natürlich am Ende die ganze Kette, wenn wir bei den landwirtschaftlichen Nutztieren bleiben. Bei den Produkten, die daraus entstehen, muss natürlich in der gesamten Kette ein Fokus darauf gelegt werden. Das wird aber auch. Da wird schon wirklich nachgeguckt, dass wir da keine Übertragungen haben. Es ist über die Zeit ja auch zum Beispiel bei den Salmonellen eine deutliche Reduktion an Lebensmittelinfektionen gewesen. Nichtsdestotrotz sind sie noch da. Da ist natürlich auch noch Potenzial für die Leute, die da tätig sind, noch weiter was zu machen. Insofern gehören Sie definitiv mit in den Blick, selbstverständlich.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Ich hatte bei Frau Watermann-Krass gehört, die letzte Frage war schon gefallen. – Herr Dr. Blex, bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Ich hätte auch nochmal an Herrn Dr. Mandischer eine abschließende Frage, und zwar als Tierarzt. Im Zuge der Coronapandemie, wobei wir gar nicht wissen, wo genau die Ursachen des Virus jetzt liegen, sind ja in Dänemark 15 Millionen Nerze gekeult worden. Wie bewerten Sie das im Nachhinein? Als effektiv, nicht effektiv oder vom Tierschutzstandpunkt aus?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dr. Mandischer, bitte.

Dr. Christian Mandischer (Landesverband praktizierender Tierärzte Nordrhein): Wir wissen, dass der Nerz empfänglich ist. Das ist geklärt, und dann hat es die Entscheidung gegeben, dass das Nullrisiko eingegangen werden soll. Das ist ein bisschen schwierig zu beurteilen, im Nachhinein zu sagen, wären die Nerze am Leben geblieben, hätte es keine oder eben doch mehr Corona-Infektionen gegeben. Ich traue mir nicht zu, das Ganze zu bewerten. Insofern muss ich Ihnen da die letzte Antwort in der Hinsicht schuldig bleiben, denn das ist schwer zu beurteilen. Wir haben ja auch im

Bereich anderer Tierseuchen zum Beispiel das Thema „Keulung“, wobei es auch immer durchaus eine schwierige Diskussion ist, was der richtige Weg da ist. Das ist nicht immer zu entscheiden. Wir wissen insgesamt, dass die Tiere zur Pandemie nicht den entscheidenden Beitrag geleistet haben oder leisten. Das vielleicht aus meiner Sicht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich schaue in die Runde, sehe jetzt keine weiteren Fragen. Dann ist das so, bitte sonst sich melden. – Dann danke ich sehr den vier Experten, dass Sie uns Rede und Antwort standen, über Stream nach München und wo immer wir das hingescreamt haben. Wir werden jetzt als Ausschuss das Protokoll abwarten und uns dann nochmal beraten. Ich wünsche Ihnen, die hier dabei sind, einen guten Heimweg und danke Ihnen nochmal fürs Kommen.

Wir im Ausschuss machen eine kurze Pause und machen dann mit Tagesordnungspunkt 2 weiter. – Vielen Dank.

(Kurze Unterbrechung)

2 Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5485
Vorlage 17/5548
Vorlage 17/5550

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich begrüße Sie jetzt nochmal offiziell, liebe Frau Ministerin, dass Sie da sind, Herrn Delschen natürlich, Frau Walsken und natürlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Meine Damen und Herren, in der Sondersitzung am 9. August hatten wir uns darauf verständigt, diesen TOP heute wieder zu beraten. Darüber hinaus hat die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 11. August um einen weiteren Bericht gebeten, der Ihnen in der Vorlage 17/5548 übersandt worden ist. – Frau Ministerin, ich gebe Ihnen das Wort, bitte sehr.

(Der Bericht der Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]) wird durch eine PowerPointPräsentation unterstützt.)

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss ich mich vorab entschuldigen, dass Sie den Bericht erst gestern bekommen haben, vor allen Dingen auch die extrem umfangreichen Anlagen. Aber Sie verstehen bitte, wir begreifen diesen Bericht als ein fortlaufendes Dokument. Wir wollen Ihnen so viele Informationen zur Verfügung stellen, wie wir selber haben. Und Sie haben ja gesehen, um was für Informationen es sich handelt, wenn man tatsächlich die Gesamtsituation betrachtet. Das heißt, hier geht es um Pegelstände, hier geht es um Warnzeiten und Ähnliches. Deshalb hat dieser Bericht einen solchen Umfang angenommen. Der Bericht, das muss ich ausdrücklich hinzufügen, da ich ja weiß, dass hier Wortprotokoll beantragt worden ist, wie auch die Diskussion gleich geben unseren aktuellen Wissensstand weiter.

Ich bin sehr vorsichtig auch in Schlussfolgerungen und Ähnlichem, da wir noch nicht alle Informationen tatsächlich zusammen haben. Viele fachliche Einordnungen dieser Katastrophe sind hochkomplex und werden, das kann ich hier schon ankündigen, auch noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Also werten wir das hier als Zwischenergebnisse.

Zur Entstehung von Hochwasser haben wir uns schon in der vergangenen Sitzung ausgetauscht. Elementarer Faktor ist der Niederschlag, der durch Intensität, Dauer und Flächigkeit maßgeblich beeinflusst wird. Und das heißt, wenn ich das mal als Kernsatz 1 formulieren darf: Für eine präzise Hochwasservorhersage sind präzise meteorologische Vorhersagen für Intensität, Dauer und Fläche erforderlich. Wie sich der Niederschlag dann auf das Gewässer auswirkt, hat auch ganz klar etwas mit der Topografie zu tun. Auch das wissen Sie. Je steiler ein Einzugsgebiet, je schneller der

Niederschlag. Die Anstiegszeit bei Gewässern mit kleinem Einzugsgebiet ist kürzer als bei Gewässern mit größerem Einzugsgebiet.

Ich komme als Köln und war lange Rheinanlieger und habe auch in den Jahrhunderthochwassern in den 90er-Jahren am Rhein gelebt. Ich weiß sehr genau über die Zeiten, wie sich das Rheinhochwasser entwickelt. Aber das ist an den kleinen Gewässern erst recht, wenn das Einzugsgebiet steiler ist, deutlich anders.

Wir reden hier, um dies nochmal klar zuziehen, über das Sturmtief „Bernd“ im Zeitraum vom 13. bis zum 15. Juli 2021. Sturmtief „Bernd“ zog mit einem extrem ergiebigen Dauerregen und Starkregenereignissen über Nordrhein-Westfalen. An vielen Niederschlagsstationen im Westen wurden nach Aussagen des DWD bisherige Rekorde weit übertroffen. Innerhalb weniger Stunden oder Tage wurde im Mittel über ganze Flusseinzugsgebiete das Anderthalb bis Zweifache des mittleren Niederschlags im Juli erreicht. Anhand der ersten Abbildungen, die wir hier auch zeigen, ist zu erkennen, dass besonders die Mittelgebirgsregion durch die dargestellten Niederschläge betroffen waren. Aufgrund der Vorsättigung in Verbindung mit oftmals felsigem Untergrund konnte der Boden nur einen geringen Teil der Niederschlagsmengen zurückhalten, und selbst in der Eifel, die durch weitläufige Waldgebiete und einen vergleichsweise, auch das muss man hier deutlich sagen, geringen Versiegelungsgrad gekennzeichnet ist, war die Speicherkapazität des Bodens nicht ausreichend. Und wenn man das im Hinterkopf hat, dann kann man die Auswirkungen dieses Niederschlags beim Hochwasser 2021 hier auf die Einzugsgebiete von Rur, Erft und Sieg und Ruhr (mit h) besser einordnen.

Wir haben hier in der nächsten Abbildung Ihnen nochmals ausgewählte Hochwassermeldepegel dargestellt, und zwar jeweils den bisher höchstgemeldeten Hochwasserstand und den maximalen Wasserstand während des Ereignisses. Sie sehen, bei diesen fünf ausgewählten Gewässern, Pegelständen haben wir es jeweils mit einem HQ10.000 Hochwasser zu tun, also einem Hochwasser, das statistisch nur einmal in 10.000 Jahren auftritt. Das ist im Übrigen an vielen Pegeln bei uns in Nordrhein-Westfalen der Fall gewesen.

Ich möchte Ihnen das gerne am Beispiel erläutern, an der Kürtener Sülz, sie hat ein Einzugsgebiet von weniger als 100 km^2 und gehört damit zu sehr kleinen Gewässern des Mittelgebirges. Der Wasserstand im Einzugsgebiet lag am 13.07.2021 noch im Mittelwasserbereich und steigt dann am 14.07. gegen 9 Uhr bis Mitternacht sehr stark an. Um 16:30 Uhr ist dann das relevante Hochwasser erreicht. Das ist der sogenannte Informationswert 2, und Mitternacht liegt der Wasserstand auf maximaler Höhe von 2,30 m. Daran sieht man, also von 30 cm auf 2,30 m. Im Übrigen weicht der tatsächliche Wert von der Grafik ab, denn der Pegel hat ab einem Wasserstand von 1,98 m nicht mehr aufgezeichnet. Der Wert von 2,30 m ist dann schließlich vom LANUV eingemessen worden. Der Wasserstand hat sich an einem Tag um den Faktor 5,75 vervielfacht. Vor dem Ereignis lag der höchste Wasserstand für diesen Pegel bei 1,60 m. Also auch hier sieht man eine deutliche Veränderung der Pegel. Ein solches Ereignis tritt seltener als einmal in 1.000 Jahren auf.

Das Nächste ist das Einzugsgebiet der Urft oder hier das Einzugsgebiet der Sieg, das ich zeigen will. Ich glaube, wir können auf das nächste gehen, auf die Urft. Ist jedenfalls in meiner Reihenfolge so. – Okay, danke schön.

Dann rufe ich jetzt die Sieg auf. Da sind wir jetzt ein bisschen durcheinander gekommen. Beim Einzugsgebiet der Sieg können Sie noch die Talsperren sehen, die hier grün eingezeichnet sind, und die Pegel jeweils finden Sie hier in Rot eingezeichnet. Das ist einfach, um zu zeigen, wie hier Talsperren auch tatsächlich wirken. Die Überschreitungszeitpunkte lassen erkennen, dass am 14.07. um 16:45 Uhr erstmals im obersten Pegel Hoffnungsthal ein mittleres Hochwasser erreicht wurde. Und mit Verzögerung von vier Stunden wurde dieses Überschwemmungsniveau am Pegel Lohmar überschritten, erst um 3 Uhr am 15.07. Menden erreicht. Und angesichts des zeitlichen Verlaufs sehen wir hier sehr deutlich den Verlauf des Hochwassers von erster Mittelgebirgslage, dann in das Tiefland hinein. Da sehen Sie also eine deutliche Verlangsamung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde jetzt vorschlagen, ich überspringe die nächsten einzelnen Flüsse. Sie finden das auch in Ihren Unterlagen. Da haben wir das nochmal mit vielen gezeichnet. Ich wollte Ihnen nur hier nochmal ein bisschen Lesehilfe auch mitgeben über die Einzugsgebiete tatsächlich der einzelnen Flüsse.

Und ich möchte jetzt dazu kommen, weil das ja auch immer wieder ein Thema ist: Wie läuft denn das Melde- und Warnsystem bei uns in Nordrhein-Westfalen? Hier haben wir Ihnen eine schematische Darstellung einmal aufbereitet, die, glaube ich, ganz gut erklärbar ist. Der Hochwasserinformationsdienst startet mit dem LANUV, das Sie in der Mitte hier sehen. Das LANUV greift auf verschiedene Informationen zurück, und das LANUV ist für die Bewertung der hydrologischen Situation im Land verantwortlich. Bei Hochwasser braucht man, ich habe das eingangs schon gesagt, meteorologische Daten über den zu erwartenden Niederschlag, über die Intensität, Dauer und Fläche. Deshalb hat der Bund – wir hatten im letzten Mai ja auch Diskussionen darüber gehabt, welche Daten fließen wie ein – mit dem Gesetz über den Deutschen Wetterdienst den Wetterdienst als Bundesoberbehörde eingerichtet. Dessen meteorologische Informationen zieht das LANUV heran. Die DWD-Meldungen im Übrigen sind für jedermann auch einsehbar im Internet.

Auf europäischer Ebene, auch das ist ja eine Diskussion gewesen, die wir beim letzten Mal geführt haben, hat sich das European Flood Awareness System (EFAS) gegründet. Das ist ein Zusammenschluss verschiedener öffentlicher und privater Institutionen. Wir haben Ihnen auch die EFAS-Meldungen in dem Bericht dazugelegt, damit Sie hier auch die EFAS-Meldungen chronologisch zur Verfügung haben, um tatsächlich zu schauen, wie dort gewarnt wird und Sie das auch besser beurteilen können.

Wir jedenfalls sind zu dem vorläufigen Schluss in unserer Bewertung gekommen, dass die EFAS-Meldungen nicht präziser als die DWD-Meldungen sind und auch nicht präziser als die hydrologische Guidance des DWD, zumal EFAS dort tatsächlich einfließt. Aber dazu können wir auch später weiter sprechen.

Was braucht man sonst noch zur Beurteilung der hydrologischen Lage, vor allen Dingen der Abflüsse der Gewässer? Das ist ein Pegelmessnetz, das das LANUV betreibt. Darin angeschlossen sind 99 Pegel, die zur Verfügung stehen. Die Pegel melden Wasserstände. Das sind eskalierende Warnwerte, die in drei Stufen festgesetzt werden. Die sehen Sie auch unten in dem Bild eingezeichnet. Wir haben drei Informationswerte eins, zwei und drei. Ich glaube, Sie wissen mittlerweile, was diese Informationswerte auch bedeuten. Informationswert drei, schematisch links, neben dem Bild sozusagen, bedeutet Gefahr der Überflutung von bebauten Gebieten oder Infrastruktureinrichtungen in größerem Umfang, also das, was wir jetzt hier mit dieser Katastrophe im Juli vorliegen haben.

Der Hydrologische Dienst beim LANUV beurteilt kontinuierlich die vorliegenden meteorologischen Daten und Vorhersagen sowie die hydrologischen Messdaten und Vorhersagen im Blick auf die Hochwasserentstehung. Wird einer Hochwasserlage in Nordrhein-Westfalen erwartet, aktiviert das LANUV den Hochwasserinformationsdienst. Das ist, glaube ich, Dr. Delschen am 12. Juli bei uns erfolgt. Dieser HID erhöht dann die Bearbeitungsintensität. Wenn dann eine relevante Hochwassergefahr gesehen wird, erarbeitet es einen hydrologischen Lagebericht. Diese hydrologischen Lageberichte finden Sie auch im Anhang des Berichts. Der erste ist am 13. Juli entstanden. Das ist ein sehr kurzes Papier, wie Sie wahrscheinlich auch festgestellt haben, das einen Überblick über die meteorologische und hydrologische Situation gibt. In jedem Fall erarbeitet es einen Bericht, wenn die ersten Warnwerte beim Pegel überschritten sind.

Herr Schneider hatte mir in der letzten Sitzung – das war ein starker Satz, habe ich lange drüber nachgedacht – gesagt: Wir verbreiten Zahlen und keine Warnungen – oder so ähnlich. Ich denke da auch immer noch drüber nach. Es ist nicht so, dass es nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich muss dazu sagen, wir haben natürlich Experten, ich meine, wir beide bräuchten vielleicht die Übersetzung. Bei den Experten ist es etwas anders. Ich würde aber das, was Sie da angemerkt haben, durchaus auch nochmal mitnehmen, um zu schauen, dass hier eine klarere Sprache gegebenenfalls eingeführt wird. Ich glaube nur, dass auch die Experten in den Bezirksregierungen, in den wasserwirtschaftlichen Abteilungen schon sehr genau wissen, was da steht. Aber das können wir gerne noch weiter diskutieren, wenn es um die zukünftige Aufstellung geht.

Diesen Bericht mailt das LANUV dann im Wesentlichen an die Bezirksregierungen. Die Bezirksregierung hat dann die Aufgabe, in ihrem Bezirk die Überschreitung von Warnwerten zu melden und so weit wie möglich, das muss man ausdrücklich sagen, eine Aussage zum Trend zu machen. Die Bezirksregierungen haben diese Aufgaben in Meldeordnungen festgelegt. Die Meldeordnungen, die auch zum Teil relativ alt sind, haben wir Ihnen zur Verfügung gestellt. Weiteres wird darüber hinaus in Meldeplänen und Meldeübersichten konkretisiert. In diesen Meldeübersichten wird auch festgelegt, auch das haben wir Ihnen zur Verfügung gestellt, der Adressatenkreis für jeden Pegel, teilweise in Abhängigkeit, welche Warngrenze wann tatsächlich überschritten wird.

In der Regel sind die Adressaten des Hochwassermeldewesens die Kommunen, die Leitstellen für Brandschutz, Hilfeleistung, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, teilweise Technisches Hilfswerk sowie betroffene Betriebe und Privatpersonen. Die Kommunikation der Bezirksregierungen mit den Adressaten erfolgt per Telefax, per E-Mail oder per Telefon. Bei Durchsicht der Anhänge habe ich auch gesehen, dass noch sehr viel gefaxt wird, wobei es vielleicht dann, wenn digital nicht zur Verfügung steht, nicht schlecht ist, auch analog tatsächlich jemanden vor Ort zu erreichen. Das sind die Grundlagen der Meldeketten, mit denen bei uns in Nordrhein-Westfalen gearbeitet wird.

Wir haben die Abläufe beim Hochwasser entsprechend dieser Vorgaben überprüft, soweit das jetzt in der Zeit möglich war, die uns zur Verfügung stand. Deshalb haben wir Ihnen nochmal zusammenfassend alle DWD-Meldungen der Kategorien, die dem LANUV vorlagen, alle EFAS-Meldungen, die hydrologischen Lageberichte des LANUV und die schriftlichen Meldungen der Bezirksregierungen mit Zeitstempel zusammengetragen. Ich muss sagen, es war hier ein besonderer Aufwand, Frau Walsken, all diese Meldungen zusammenzutragen. Diese Unterlagen haben wir auch in den Tabellen aufbereitet. Für jeden der 42 Hochwassermesspegel, die betroffen waren, haben wir die Pegeldaten, und zwar Zeiten der Warnwertüberschreitungen bzw. -unterschreitungen, meteorologische Meldungen, hydrologische Lageberichte, soweit sie pegelbezogen sind, den Warnmeldungen der Bezirksregierungen zugeordnet, sodass Sie sich die gesamte Kette bei jedem Pegel ansehen können. Ich denke, es sieht schon so aus, dass das LANUV und auch die Bezirksregierung, ich möchte das hier mal deutlich sagen, in der Warnkette ihre Aufgabe erfüllt haben.

Wir können, glaube ich, Frau Walsken, nicht die Hand ins Feuer legen, dass jede Warnung so früh da war. Aber wir können nachvollziehen, wie es war. Ich glaube, insgesamt können wir auch sagen, dass die Warnkette trotz der Wucht dieses Ereignisses hier funktioniert hat. Aber das muss, wie gesagt, auch nochmal intensiver betrachtet werden.

Vielleicht jetzt nochmal ein paar Worte zu dem Vorwurf, dass man anhand der DWD-Meldungen die bevorstehende Katastrophe hätte erkennen können. Das LANUV hat am 12. Juli die meteorologische Witterungssituation als NRW-typische sommerliche Situation eingeordnet, die in den vergangenen Jahren immer wieder lokal, teils regional Hochwasser an kleineren Gewässer auslöste. Und ich will das nur hier als aus meiner Sicht entscheidendes Argument anführen, der Bericht setzt sich ja auch damit intensiver auseinander. Wir haben insgesamt alle Warnlagenberichte dazu gepackt. Aber ich möchte Ihnen hier nochmal ein paar Warnberichte auch zur Verfügung stellen.

Und es war sehr typisch zum Beispiel, dass immer wieder gesagt wurde, der Zeitraum des Niederschlags wurde vom DWD vor dem 14. Juli, wie Sie da sehen können, mit bis Donnerstag früh, nächste 48 bis 60 Stunden bezeichnet. Das sehen Sie da am 13.07., um 6:58 Uhr beispielsweise. Das heißt, hier ist von einem deutlich längeren Zeitraum des Regens ausgegangen, als er dann hinterher stattfand. Hinterher waren es dann 14 oder 18 Stunden statt in dieser Zahl. Man kann sich sehr leicht ausrechnen,

wenn solche Summen/Mengen Wasser in einem kürzeren Zeitraum eintreffen, haben Sie eine andere Wirkung auch auf die Gewässer.

Zweiter Punkt, der hier deutlich zu sagen ist – immer wieder zitiert –, das Auftreten und die örtliche Eingrenzung sind noch sehr unsicher. Das vielleicht schon einmal zu diesen DWD-Meldungen. Deshalb war für uns, für das LANUV zu dem Zeitpunkt – vielleicht kann Herr Dr. Delschen im Anschluss noch kurz ausführen – nicht sicher, nicht ersichtlich, welche Dynamik und Ausmaß das Hochwasser haben wird. Aber immerhin, am 12. wurde der HID eingerichtet, am 13. der erste Lagebericht. Bezirksregierungen haben ihre Krisenstäbe aktiviert. Dies war alles vor der Hochwasserwelle, die dann über Nordrhein-Westfalen gekommen ist.

Ich zitiere selten andere Kolleginnen und Kollegen, aber die Situation in Rheinland-Pfalz ist ja ein Stück weit mit der in Nordrhein-Westfalen zu vergleichen. Und die Behörden tauschen sich natürlich auch untereinander zu diesem Vorgang aus. Und was mich dann doch überrascht hat, ist, dass meine Kollegin Spiegel aus Rheinland-Pfalz am 14.07., das muss ich mal ehrlich sagen, nur wenige Stunden, bevor das gesamte Ahrtal überflutet wurde, noch in einer Pressemeldung gesagt hat, ich zitiere jetzt: „Wir nehmen die Lage ernst, auch wenn kein Extremhochwasser droht.“ – Zitat Ende.

So war die Einschätzung auch in Rheinland-Pfalz. Ich meine, ich könnte noch einen langen Vortrag drüber halten, wie das ist, wenn solche Einschätzungen von Politikerinnen/Politikern vorgenommen werden. Aber das ist ein anderes Thema. Aber ich will hier nur anführen, dass die Situation in Rheinland-Pfalz, die Warnsituation, die Einschätzungssituation recht ähnlich gewesen ist.

Jetzt würde ich vorschlagen, Herr Dr. Delschen, vielleicht noch ein paar Worte zu sagen zur Arbeit des HID, und Frau Walsken, wenn Sie dann auch noch ein paar Worte sagen, wie sich das, vielleicht nochmal ganz kurz schematisch, bei Ihnen dargestellt hat.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Delschen, bitte.

Präsident Dr. Thomas Delschen (LANUV): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin hat es jetzt schon dargestellt, und in der Grafik war es, glaube ich, sehr gut und übersichtlich ersichtlich: Es gibt bei uns in Nordrhein-Westfalen eine Aufgabenteilung zwischen dem Hochwasserinformationsdienst und dem Hochwassermeldedienst. Das sind die Fachtermini, und der Hochwasserinformationsdienst, das ist das, was das LANUV macht. Das heißt, wir produzieren aus wettermeteorologischen Daten, aus Vorhersagedaten und aus eigenen Messungen eine hydrologische Lage sozusagen und eine hydrologische Vorhersage. Die kommunizieren wir nach außen in erster Linie an den Hochwassermeldedienst bei den Bezirksregierungen. Und die Bezirksregierungen verarbeiten das dann für ihre Gewässereinzugsgebiete und ziehen daraus Schlussfolgerungen im Hinblick auch auf dann entsprechende Warnungen.

Ich hatte, glaube ich, bei der letzten Sitzung schon mal gesagt: Ich glaube, es ist ein wichtiger Punkt, dass man nicht davon ausgehen sollte, dass sich unsere Meldungen

auf die paar dürren Hochwasserlageberichte erstrecken. So einen Eindruck könnte man haben, die geben da in so einer Lage fünfmal so ein Blatt Papier raus. Das Wesentliche sind eigentlich die IT-Systeme, die dahinter stehen. Das ist das System HyLa, das heißt hydrologische Lage, das ist für die Fachbehörden – ich habe mir das heute Morgen nochmal angeschaut – wie so ein Dashboard, wie man heute sagt, da sind also alle Informationen zur Meteorologie, zur Hochwassersituation abgebildet, und die Fachleute können sich das anschauen und dann ihre Schlüsse daraus ziehen. Und es ist ja nicht nur eine unerhebliche Aufgabe, dieses System zu befüllen und in Betrieb zu halten.

Und das zweite System ist das HYGON – Hydrologische Rohdaten Online –. Das ist das System, in dem die ganzen Pegeldaten quasi Echtzeit, da gibt es natürlich eine Zeitverzögerung, abgebildet werden, sodass wir die Lage dauernd darstellen und in den hydrologischen Lageberichten nur Zwischenschritte und eine Zusammenfassung gemacht werden: Wie ist die Lage denn jetzt, und wie ist die Aussicht? Das wäre aus meiner Sicht zu diesem Punkt sehr wichtig.

Frau Ministerin hatte Interpretationen der DWD-Daten angesprochen. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt. Und man muss sich, wenn man sich jetzt diese meteorologischen Meldungen anschaut, zurückversetzen in den 12. und nicht mit der heutigen Brille sozusagen darauf schauen. Wenn man also vor dem Ereignis die Meldungen gelesen hat, dann hat man vielleicht andere Schlüsse gezogen, als wie man sie heute ziehen würde, wenn man sie heute liest. Und wenn also in einem Wetterbericht steht, dass in den nächsten 60 Stunden bis zu 200 mm Niederschlag kommen, dann kann das bedeuten – und so ist es auch interpretiert worden, dass es über diesen langen Zeitraum entsprechende Niederschläge gibt. Dass der Zeitraum dann am Ende viel kürzer war, gegen Ende dieser 60 Stunden in einem Schlag quasi alles runterkam, das ist eine völlig andere Situation. Die hat man aus diesem Bericht so nicht geschlussfolgert.

Und das Zweite war, es ist in diesen Berichten immer von Unsicherheiten die Rede. Da ist auch die Rede von Flächenhaft oder von „verbreitet“, das war das Stichwort, „verbreitet“. Das ist aber nicht so interpretiert worden, dass man sagt, verbreitet im Sinne von Flächenhaft, sondern es ist interpretiert worden, in der Meteorologie benutzt man Modelle, und zwar nicht ein Vorhersagemodell, sondern sogenannte Modellensembles. Und wenn man dann sagt, es wird verbreitet vorhergesagt, bedeutet das normalerweise, dass alle Modelle dasselbe sagen. Also die Modelle sagen verbreitet das voraus. So ist es jedenfalls interpretiert worden. Wenn wir jetzt die Lage mit der Brille von heute schauen, dann versteht man „verbreitet“ natürlich in einem anderen Zusammenhang, nämlich dass es flächenhaft verbreitet ist. Ich glaube, da liegt schon ein wesentlicher Punkt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Delschen. – Frau Walsken, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Zur Einführung vielleicht nochmal ein paar Hinweise aus meinem Haus.

Wir haben – und das hat sich außerordentlich als Vorteil erwiesen – schon lange Zeit eine 365-Tage-Rufbereitschaft für unsere Hochwassermeldedienste. Das ist eine Situation, die wir exklusiv in Köln haben und von der wir gesehen haben, dass sie uns jetzt hier sehr geholfen hat. Das will ich als Erstes sagen.

Wir sind zuständig für die Rur, Erft, Sieg, Agger, haben noch eine Reihe von Meldegewässern, die wir mit zu betrachten haben, und haben dann natürlich, als wir am 13.07. auch durch den entsprechenden landesseitigen Lageerlass informiert worden sind, am 13. auch schon nachmittags den Kontakt zu den Kreisen aufgenommen, gleichwohl, was Sie, Frau Ministern, aber auch Herr Delschen aufgeführt haben, natürlich auch aufgrund der Meldungen, die zu dem Zeitpunkt vom DWD und sonstigen da waren.

Für uns ist ganz wichtig, dass wir eine bilaterale Linie im Haus haben. Wir haben einmal das Dezernat für Hochwasser und Wasserwirtschaft. Wir haben auf der anderen Seite das sogenannte Dezernat 22, das für den Katastrophenschutz zuständig ist – im eigenen Haus als Bündelungsbehörde. Und wir haben auch da eine Rufbereitschaft, und die schnelle Meldung erfolgte auch aus der Wasserwirtschaft dann zu den Katastrophenleuten auch am 13. nachmittags. Aber dann am 14. auch schon in der Struktur, die dann dazu geführt hat, unseren Krisenstab am selben Tag in Bereitschaft versetzen zu können mit entsprechender personeller Verstärkung und natürlich dann auch mit dem, was dazugehört, dem entsprechenden Hochziehen des Krisenstabes.

Das haben wir an diesem 14.07. dann vorgenommen mit der klassischen Struktur, die man dann hat, im Hinblick auf Hilfsdienste und andere. Das ist mir nochmal wichtig an der Stelle, weil durch diese Zusammenarbeit auch im eigenen Haus die Möglichkeit bestand, sehr schnell zu reagieren und auch den Kontakt in die Kreise hinein aufzubauen, was dann ein bisschen schwierig wurde im Verlauf des Ereignisses 14./15. zum Kreis Euskirchen, weil es da mehrere Tage überhaupt keine Verbindung gab und wir da mit eigenen Leuten tatsächlich, mit einer IuK-Einheit, mit Personal hingefahren sind, um zu schauen, wie ist die Lage vor Ort? Wir haben gebeten, Fotos zu machen und uns zu informieren in den Krisenstab hinein. Vielleicht das nur noch mal als Einstieg, auch wie gearbeitet wird, wie die Zusammenarbeit ist, das hatten Sie gerade dargestellt, Herr Delschen, Sie auch. Vielleicht können wir das vertiefen, Frau Vorsitzende. Ich würde an dieser Stelle erst einmal innehalten. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wunderbar. Vielen Dank, Frau Regierungspräsidentin, liebe Frau Walsken. Die Fragerunde ist eröffnet. Ich hatte schon zwei Wortmeldungen, Herr Ritter und Herr Schneider. – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Jochen Ritter (CDU): Frau Vorsitzende, vielen Dank! Mein Dank geht auch an Frau Ministerin für den umfangreichen Bericht, 500 Seiten kriegt man auch nicht alle Tage zu lesen. Er ist beachtlich, liefert eine gute Grundlage, finde ich, um die Angelegenheit

auch in der gebotenen Sachlichkeit zu erörtern. Das ist auch, glaube ich, das, was die Öffentlichkeit erwartet und was auch mit Blick auf die Betroffenen angemessen ist. Angemessen hätte ich es im Übrigen auch gefunden, wenn sich das alle Fraktionen auch erst einmal im Einzelnen angeschaut hätten, bevor nach Weiterungen gerufen wird.

Der Bericht macht als Erstes nochmal deutlich, um was es geht, nämlich um ein Ereignis mit einer ungeahnten und unbekannten Wucht, eine ausgewachsene Katastrophe. Die Regenmengen sind dargestellt worden, in wenigen Stunden das Zwei- bis Dreifache dessen, was sonst in einem Monat runterkommt. Damit, was da auf uns zukam, hat niemand gerechnet, und das gilt auch nicht nur für Laien, auch nicht nur für Politikerinnen und Politiker, sondern auch offenkundig für Profis vom DWD. Insbesondere die hohe Dynamik und auch die extreme Ausbildung, das war nicht zu antizipieren, auch nicht von dem oft bemühten EFAS, dessen Inhalte im Übrigen vom DWD in seinen Meldungen auch immer eingearbeitet werden. Ob da neuere Tools signifikant geholfen hätten, das bleibt offen. Die müssen alle erst einmal nicht nur beschafft und installiert werden, sondern auch eingeübt werden, der Umgang muss klar sein.

Der Bericht bringt viel Licht in das, was tatsächlich geschah und wie dann damit umzugehen ist. Es gibt eindeutige Regelwerke, haben wir gelernt. Die sind auch im Anhang dargestellt. Es gibt definierte Ketten. Es gibt Adressaten, Formate, Auslöser, Inhalte. Das muss, Frau Ministerin hat es gesagt, vielleicht nicht für die Ewigkeit so bestehen bleiben im Hinblick auch auf die Anregungen vom Kollegen Schneider. Ich glaube, das ist etwas, was geübt ist und was man mitten im Geschehen nicht infrage stellen kann, sondern da geht es darum, dass das idealerweise minutiös abläuft, ohne dass man in diesen Stunden dann darüber diskutiert, wer was in welchem Format zu melden hat. Das ist da sicherlich nicht die Zeit.

Diese Regelwerke, diese Meldeordnungen sind älteren Datums, haben wir dann auch dem Bericht entnehmen können. In meinem Regierungsbezirk datiert sie, glaube ich, von 1995. Interessant fand ich die Hochwasser- und Eismeldeordnung, so ist die Bezeichnung, für Sieg und Agger. Sie geht tatsächlich zurück auf das Jahr 1977. In diesen Regelwerken hat das LANUV eine maßgebliche Funktion. Dr. Delschen hat sie ausgeführt. Das LANUV hat seine Hausaufgaben nicht nur gemacht. Es hat auch abgeliefert, wie man S. 29 oben der Zusammenfassung auch nochmal entnehmen kann. Und die Angelegenheit, soweit waren wir in der letzten Sondersitzung auch schon, ist gleichwohl detailliert und differenziert zu betrachten. Das heißt für die Meldeketten, dass auch der weitere Verlauf der Entscheidungen von Belang ist, entscheidend ist – und das ist in diesem Bericht verständlicherweise noch nicht in jedem Fall bis ans Ende durchdekliniert.

Das nächste Glied bilden dann die Bezirksregierungen. Sie haben ihren Job gemacht. Frau Ministerin hat es ausgeführt, Frau Walsken hat es ergänzt. Danke dafür. Einzelheiten sind mir dazu noch nicht ganz klar, da komme ich vielleicht gleich noch drauf zurück. Da sind Meldungen über unterschiedliche Kanäle oder Medien erfolgt, Krisenstäbe wurden zu unterschiedlichen Zeiten eingerichtet.

Noch ein Wort zu den Talsperren. Die haben überwiegend funktioniert. Da hatten wir uns in den letzten Sitzung irgendwie dran festgebissen. Sie haben weite Teile der Diskussion eingenommen. Sie haben überwiegend funktioniert. Die Steinbachtalsperre ist stark beschädigt, und dieses Testat gilt nicht nur für die Talsperren mit Hochwasserfunktion, sondern auch die anderen ohne diese besondere Funktion, die haben immerhin dämpfend dazu beigetragen – und das alles vor dem Hintergrund, dass ihre Hauptzweckbestimmung Trinkwasserversorgung ist und dass nach den trockenen Jahren 2018/19/20 das Augenmerk nun verständlicherweise auch darauf lag. Und diesen Zielkonflikt muss man sicherlich weiter entschärfen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob man den komplett auflösen kann.

Mindestens genauso wichtig sind die Gewässer, die nicht in diesen Einzugsgebieten der Talsperren liegen, die in engen Tälern liegen, die bei Starkregen hohe Geschwindigkeiten im Abfluss annehmen, die vielleicht auch in Verbindung mit Rückhaltebecken stehen, die nicht zu steuern sind, wie es eben bei Talsperren der Fall ist. Und hier hat das Haus, wenn ich das richtig verstanden habe, bereits mit der RWTH Aachen zusammen im Bereich von Stolberg ein Modellprojekt aufgesetzt, um die Prognosefähigkeit zu erhöhen. Das ist, glaube ich, auch das, was die Menschen, wenn die ersten schlimmen Folgen dieser Katastrophe bewältigt sind, auf Dauer interessieren wird: Bin ich da, wo ich jetzt im Zweifel wieder aufbaue, auch sicher? Daran muss intensiv gearbeitet werden. Deswegen bin ich froh, dass das auf dem Gleis ist, und bin gespannt, was sich dann daraus ergibt.

Zu weiteren Schlussfolgerungen: Da ist es, Frau Ministerin hat es gesagt, wahrscheinlich jedenfalls für abschließende zu früh. Klimaanpassungen oder Klimaanpassung in seinen unterschiedlichen Facetten/Ausprägungen, vielleicht auch welche, die jetzt neu in den Blick gekommen sind, die vielleicht bisher noch nicht so prominent vertreten sind, das ist ein Gebot der Stunde, den gesetzlichen Rahmen haben wir gesetzt. Wir haben Unterstützung auf den Weg gebracht, und das gilt es jetzt, schnell mit Leben zu füllen. Das als ersten Kommentar. Ich würde gerne ein, zwei Fragen an die Regierung bzw. Frau Walsken stellen, vielleicht direkt an Sie zum Ereignis.

Wie ordnen Sie das Geschehen ein? Habe ich das aus Ihrer Sicht auch richtig klassifiziert? Ist das eine Katastrophe, oder wie würden Sie diese Wucht dieser Tage bezeichnen? Dann noch zu den Meldeketten. Da sind einige per Mail raus, einige sind per Fax raus. Jetzt habe ich mal gelernt, Fax wird zwar bei Gericht gerne verwendet, wird aber als Nachweis letztendlich nicht belastbar akzeptiert. Wird da nochmal nachgegriffen, wenn sowas in die Welt gegangen ist, oder vertraut man auf den guten alten Sendebericht, der dann als Extrablatt dann auch nochmal hinten rausquillt?

Und, was mir noch nicht ganz klar ist bei den Krisenstäben. Sie haben es jetzt angesprochen, Sie hätten die schnell eingerichtet. So wie ich das gelesen habe, war Arnsberg, war auch, glaube ich, Düsseldorf relativ früh am Morgen dran. Sie haben das dann im weiteren Laufe des Tages oder Abends durchgeführt. Bin ich da auf dem richtigen Trip oder habe ich das falsch verstanden? Da würde ich mich über nähere Ausführungen freuen. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Ritter. – Ich würde jetzt mal sammeln. Ich habe drei Wortmeldungen, dann fasse ich die zusammen. – Herr Schneider, Sie sind der nächste auf der Liste, bitte sehr.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Wir sind in die Sondersitzung am 09.08. sehr offenherzig und, ich fürchte auch, ein Stück weit gutgläubig gegangen und haben auf Ihr Versprechen, das ja schon im Bericht stand, für Transparenz und vor allen Dingen Aufarbeitung dessen zu sorgen, was da geschehen ist, vertraut.

Wir haben am 09.08. ein sehr merkwürdiges Filibustern erlebt, eine Schwurbelei, die unter anderem auf meine Frage nach Ihrem Telefonat mit dem Ministerpräsidenten zutage förderte, dass Sie sagten, ja muss ich nachreichen, was ich ein Stück weit verstanden habe einerseits, wo ich aber andererseits mich gefragt habe, wir alle wissen, wo wir am 11. September waren, wir alle wissen ungefähr, wo wir waren, als diese Flutkatastrophe war. Wahrscheinlich sehen Sie den Ministerpräsidenten öfter als ich. Aber dass man sich so gar nicht dran erinnert, sei es drum. Dass dann plötzlich alle Verbindungsdaten im Nachhinein weg sind;

(Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]: Sie sind überhaupt nicht weg!)

das ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht passiert. Aber Zufälle geschehen. Das ist der absolute Wahnsinn.

Dann stellen wir Fragen am 11.08., fassen das zusammen, schicken das an alle Stellen, an die wir es immer schicken, und aus meinem Dafürhalten sind diese Fragen irgendwo versandet. Sie sind ja nicht beantwortet. Sie können jetzt sagen, ich habe Ihnen 1.000 Seiten geschickt,

(Heinrich Frieling [CDU]: Völlig an der Sache vorbei!)

die hat der Praktikant alle auf den Kopierer gelegt. Da drin sind irgendwo Ihre Fragen beantwortet. Frau Ministerin, das ist nicht so.

Die Fragen sind nicht beantwortet. Sie sind wahrscheinlich noch nicht einmal weitergeleitet worden. Das ist, finde ich, eine Schwierigkeit, wenn man dann gleichzeitig am Montag in Mediengespräche sagt, dass das mit den Verbindungen irgendwie nicht so richtig klappt, wobei man sich ein paar Tage später hinsetzt und den DWD als Schuldigen ausgeknobelt hat. Das ist schwierig. Stattdessen schicken Sie 1.000 Seiten Bericht, einen Tag vorher. Sie haben gesagt, Entschuldigung, aber musste halt sein. Ich weiß nicht, ob es sein muss, wenn man sieht, dass seitenweise solche Dinge damit drin hängen. Das sagt ein bisschen was auch aus über die Qualität dieses dicken Aktenordners. Man muss sagen: Wir sind noch nicht im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Frau Ministerin. Das können Sie sich alles noch für den Fall sparen.

Aber 1.000 Seiten, meine Damen und Herren, da muss man, glaube ich, keine Erin Brockovich sein, um sofort zu merken, hey, da ist irgendwas faul. Und deswegen in der ersten Runde, Frau Ministerin, eine einzige Frage, die Sie sehr gut mit Ja oder Nein

beantworten können. Deswegen stelle ich sie. Die Frage lautet: Haben Sie am 13. und/oder 14. Juli 2021 mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, persönlich telefoniert? Ja oder nein?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich weiß nicht, was Sie sich so aufregen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Okay. Aber die Frage ist notiert. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende! Also …

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich warte nur darauf, bis sich die CDU beruhigt hat. Es scheint ja …

(Zuruf von Heinrich Frieling [CDU])

– Nein, Herr Frieling, es ist schon von Bedeutung, wie eine Landesregierung in so einer Lage miteinander kommuniziert, ob überhaupt kommuniziert wurde. Von daher sind die Fragen von Herrn Schneider absolut berechtigt. Und das interessiert uns als Grüne auch.

Das wüssten wir auch gerne. Und ich sage Ihnen auch, Sie sind ja auch im PUA II, auch da haben wir schon interessantes Verhalten in punkto Telefondaten mitbekommen. Ich weiß nicht, ob das aus dem Kleinen Handbuch für CDU-Minister ist, das Löschen von Telefondaten, ich weiß es nicht. Aber es überrascht jedenfalls. Dass auf einmal keine Daten mehr da sein sollen, ist für mich absolut unverständlich.

Und da hat man natürlich so seine Gedanken, die ja in verschiedene Richtungen gehen können. Aber ich sage mal zu allererst, ich bedanke mich für den Bericht und den Umfang, das sind immerhin 70 Seiten Text. Sie haben sich bemüht, die Dinge zusammenzutragen, auch die Anhänge sind da. Das finde ich erst einmal gut. Dass es so kurzfristig geschieht, ist auch verziehen, weil man so einen Bericht erst einmal zusammenstellen muss.

Nur, was ich vermisst habe, ist, man hätte ja auch gerne gewusst, was denn die Landesregierung gemacht hat, was denn Sie mit dem Innenministerium verabredet haben, wann der Koordinationsstab zusammengetreten ist, wann Sie als Umweltministerin informiert worden sind. Ich hätte gerne gewusst, wieso Ihre Mitarbeiterin dann erst am 15. dazu stößt und nicht sofort. Man würde man ja erwarten, dass das Umweltministerium direkt eingebunden ist. Dazu findet sich gar nichts in dem Bericht.

Eigentlich ist der entscheidende Punkt der – da haben wir bislang sehr unterschiedliche Auffassungen –, ab wann war klar, dass mit einem starken Unwetter zu rechnen ist? Wann ist der Zeitpunkt? Sie sagen, das haben Sie auch mehrfach gesagt: Vor

dem 14. konnten wir das nicht wissen. Ich sehe das anders. Ich finde, dass man spätestens ab dem 12. wissen konnte, ahnen konnte, dass da etwas passieren kann.

Und, was mich sehr überrascht hat, ich würde das auch entlang eben der Meldungen des DWD machen. Am 12.07. gibt es die Meldung um 10:20 Uhr, es gibt die Twitter-Meldung, die auch in dem Bericht des DWD drinsteht. Ich sage, Sie haben ja jetzt eine interessante Diskussion mit dem DWD losgetreten, der wehrt sich heftigst gegen die – ich glaube, dass das schon von seiner Seite so verstanden wird – Unterstellung, dass er jetzt schuld ist, dass in NRW nicht schnell genug reagiert wurde. Die Unterstellung, es sei unpräzise gewesen, hat der DWD jetzt mit seiner Pressemitteilung sehr deutlich zurückgewiesen.

Ich bin auch überrascht. In dem Bericht schreiben Sie sehr deutlich über die Topografie, in der Eifel ja vor allem. Da wird sehr deutlich geschrieben, Kerbtäler und wie schwierig das ist und dass dann auch diese kleinen Flüsse ganz schnell über die Ufer treten. Es ist ja in der Tat ein Unterschied, ob ich so etwas habe wie im Münsterland oder eben tatsächlich im Mittelgebirgsland, aber das wäre ja dann gerade ein Grund dafür, diese Warnungen, auch wenn sie noch nicht genau sagen, an welcher Stelle … Das ist ja alles auch nicht machbar. Wie sollte ein Wetterdienst so präzise sein? Das weiß man ja vorher, die Topografie steht nicht am 14. erst fest, die ist ja schon länger da, und die Modelle gibt es, die kennen wir ja mittlerweile auch alle. Dann fragt man sich schon, wie man das vor dem Hintergrund – und da kommt genau der Hinweis Südwesten, Eifel, das ist absolut genau diese Region, die dann da auch gemeint ist – , ab dem 12.07. nicht noch anders verstehen kann.

Richtiggehend geärgert habe ich mich – und das hat Herr Delschen auch gerade nochmal angesprochen – über diese Interpretation des Satzes „das Unwetterereignis wird verbreitet erwartet“. Wenn ich mir das in der Meldung anschaue, das taucht ja im Bericht wiederholt mit jeweils unterschiedlichen Kreisen, die da adressiert sind, auf. Das wird insgesamt 26 mal im Bericht erwähnt. Wenn man sich das im Gesamtkontext durchliest, in dem Absatz, wo das steht, wenn man dann dazu nimmt, dass da eben nicht steht, das Unwetterereignis wird verbreitet erwartet – Punkt, sondern da steht, das Unwetterereignis wird verbreitet erwartet, insbesondere in Staulagen, dann ist das schon ein Hinweis darauf, da muss irgendwie die Geografie gemeint sein. Ich finde es an den Haaren herbeigezogen, da auf die Idee zu kommen, das habe mit den unterschiedlichen Modellen zu tun, und diese Modelle haben es verbreitet irgendwie jetzt analysiert, dass das Unwetterereignis eintritt.

Auch danach, der nächste Satz geht weiter mit Räumlichkeit. Genauere Angaben zu Ort, Gebiet und Zeitpunkt des Ereignisses können erst mit der – den Rest schenke ich Ihnen. Also, das ist so eindeutig, und das finde ich ärgerlich in so einem Bericht. Das das sind einfach Ausreden, die lasse ich auch so nicht gelten an der Stelle.

Ich hätte für die erste Runde eine konkrete Nachfrage. Ich wüsste gerne von Ihnen, wann genau Sie mit dem Innenminister in Kontakt waren, Innenministerium, Umweltministerium in punkto Unwetterlage. Ab wann ist das entstanden? Wie wurde dann beraten, wie weiter vorzugehen ist? Welche Vorschläge kamen aus dem Innenministerium? Welche Vorschläge haben Sie gemacht?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt habe ich noch Herrn Haupt, bitte.

Stephan Haupt (FDP): Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuch es jetzt mal – im Gegensatz zu anderen Kollegen – mit Sachlichkeit und erlaube mir den Hinweis, dass das Unglück, was die Menschen erreicht hat und unter dem sie ja noch größtenteils leiden, weil sie wissen wollen, wie es weitergeht, wie der Wiederaufbau weitergeht, sich wirklich nur ganz bedingt für politische Geländegewinne eignet.

Ich bin bei Ihnen, wenn man sich den Fall genauer anschaut, um zu schauen, was kann man in der Zukunft besser machen? Und der Bericht ist sehr detailliert und zeigt auch, wie komplex solch eine Vorhersage ist. Und Herr Dr. Delschen hat es auch schon gesagt. Er hat gesagt, dass nicht nur Wetterprognosen herangezogen werden, sondern dass das LANUV auch noch eigene Messungen benötigt, um überhaupt entsprechend reagieren zu können. Und wenn ich mir die Meldekette, die wir jetzt dort oben alle sehen, anschaue, da finde ich nirgendwo Telefonat zwischen irgendwelchen Regierungsministern oder sonstiges, was da irgendeine Rolle spielt, sondern, ich glaube, in dieser Meldekette finden sich keine Telefonate zwischen Regierungsmitgliedern, die in irgendeiner Weise dann das Thema dann auch beeinflussen. Aber sollte das anders sein, Frau Ministerin, können Sie ja gleich nochmal darauf eingehen, welche Auswirkungen denn ein Telefonat zwischen wem auch immer dann gehabt hätte. Ich kann das daraus auf alle Fälle nicht erkennen.

Was ich aber erkennen kann, ist, wie Sie das ja auch schon festgestellt haben, dass das wirklich sehr komplex ist, dass wir verschiedene Meldeverordnungen haben, die verschiedene Alterszustände haben, dass in Teilen mit Fax, in Teilen mit E-Mail, vielleicht auch mit Telefon agiert wird, also dass es da durchaus aus meiner Sicht jetzt erst einmal keine direkte Einheitlichkeit gibt. Aber das werden wir ja dann noch – das haben Sie auch zugesagt, Frau Ministerin – weiter untersuchen.

Ich hätte aber eine direkte Frage an Herrn Dr. Delschen. Herr Dr. Delschen, Sie haben gesagt, dass Wetterprognosen alleine nicht ausreichen. Das, was wir gerade auch vorgelegt bekommen haben und nochmal eingeblendet bekommen haben, es fallen große Mengen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, der nicht näher spezifiziert ist – zumindest nicht auf solch einen engen Zeitraum –, zeigt, dass es natürlich schwierig ist, aufgrund solcher Prognosen, die sehr viele Variablen enthalten, da eine punktgenaue Hochwasserprognose abzugeben. Meine Frage wäre: Ist das überhaupt möglich? Und wenn ja, wie ist das möglich? Was bräuchten Sie für Messstellen, was bräuchten Sie für Punkte? Was bräuchten Sie für Informationen, um überhaupt solch ein Hochwasser, wie wir es jetzt leider Gottes erleben mussten, punktgenau vorhersagen zu können?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Haupt. – Und jetzt noch Herr Keith, bitte.

Andreas Keith (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, zuerst einmal zu Frau Spiegel in Rheinland-Pfalz, die genau dieselbe falsche Einschätzung wie Sie und Ihr Ministerium getätigt hat. Das macht die Sache nicht besser. Mal ganz vorneweg, das war eine ganz schwache Vorstellung, wenn Sie hier ihre Kollegin aus Rheinland-Pfalz zitieren.

Und ja, vielen Dank für den Bericht. Die Kollegen haben es angesprochen, es kam natürlich ein Stück weit zu viel. Die Kollegen der CDU scheinbar haben die 1.000 Seiten soweit verinnerlichen können, vielleicht lag es auch ein bisschen früher bei ihnen vor, oder sie lesen einfach schneller, und wir können das alle nicht so toll, mag alles sein. Daher sehen Sie es mir nach, dass ich nur auf drei Punkte eingehen.

Das Erste: Herr Ritter hat das auch gemacht, wundert mich jetzt nicht, er hat sich da ganz in den Staub geworfen und hat gesagt, die Talsperren haben total gut funktioniert. Ich habe keine Ahnung, wo Sie waren. Ich weiß auch nicht, was Sie gelesen haben, den Bericht scheinbar nicht. Aber die Talsperren haben eben nicht funktioniert. Ich habe nämlich eine Anfrage an die Wuppertalsperre und andere Talsperren auch gestellt. Dann hätten Sie gewusst, dass ca. ab 23 Uhr fast alle Talsperren genauso viel Wasser abgegeben haben wie sie aufgenommen haben. Und in dem Moment haben sie natürlich jede Schutzfunktion und jede Dämmfunktion verloren. Das ist das Erste.

Und das Zweite, wenn Sie heute sagen, die Talsperren hätten ihre Funktion erfüllt, dann sage ich Ihnen – ich kann jetzt nicht genau im Detail für die Rur in der Eifel sprechen, ich spreche jetzt von der Wuppertalsperre, ich rede jetzt von dem Wupperverband –, da fehlten 11 Millionen $m^{3,}$ um überhaupt eine Dämmwirkung aufbauen zu können. Dann beschäftigen Sie sich bitte mit den Zahlen, bevor Sie irgendwelche Sachen hier reinwerfen, die Talsperren hätten ihre Funktion erfüllt. Das haben sie nämlich nicht. Dafür hätte, die Wuppertalsperre wieder als Beispiel, die Wuppertalsperre 97,5 Stunden nach Aussage des Wupperverbandes vorher Wasser ablassen müssen, und zwar deutlich mehr als das, was sie selbst auch schon gemacht haben. Das zu dem Punkt. Das ist das Erste.

Und wenn dann hier auch gesagt wird, das Einschießen auf den DWD. Es ist doch nicht die Aufgabe der Politik, Sie haben uns immer erklärt in den letzten Jahren, man muss sich umfänglich informieren. Man muss sich ganz viele Meinungen ranholen. Wir müssen hier Anhörungen machen usw. und sofort. Jetzt berufen Sie sich nur auf den DWD, als wäre das die einzige Quelle, aus der man dann entsprechende Wetternachrichten bekommen könnte. Also sowohl Kachelmann, wetter.com als auch wetter.de haben ganz klar zeitlich, relativ präzise, aber auch regional und räumlich relativ eng eingegrenzt gesagt, wo erhebliche Niederschläge in erheblichem Umfang stattfinden. Und dann kommen Sie und fokussieren sich ausschließlich auf den DWD, als wäre das eine Gott gegebene Institution und es gäbe nichts anderes als den DWD. Das finde ich nicht in Ordnung.

Gerade als Politik muss man sich auch weitergehend informieren und gerade bei einer Lage. Und das ist doch der entscheidende Punkt: Wären es nur die Wettervorhersagen gewesen, dann würde ich Ihnen in Ihrer – da können Sie jetzt witzeln, wie Sie wollen, und lächeln, das zeigt die Ernsthaftigkeit, wie Sie an das Thema rangehen, das ist ja

wunderbar, dass Sie das nicht ernst nehmen, Frau Ministerin –, das zeigt auch, wie Sie die Sache dann entsprechend handhaben.

(Zuruf der Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV])

– Sie hören doch gar nicht richtig zu. Sie witzeln hier rum, und dann stellen Sie sich wieder hin und machen hier die große Betroffenheit.

Einen Punkt würde ich Ihnen zugestehen, wenn Sie sagen, es wären nur die Wettervorhersagen gewesen. Da würde ich sagen, okay, das ist ein Punkt, da kann man drüber streiten. Aber Sie haben doch viele andere Indikatoren gehabt. Sie haben den Indikator gehabt, dass in Altena und in Hagen eine Nacht vorher genau dieselbe Katastrophe in Klein passiert ist. Und wenn Sie jetzt sagen, das haben wir nicht gewusst, dann frage ich mich, ja wie haben Sie sich denn informiert? Sie haben selbst eben gesagt, die Böden waren gesättigt, wieder ein Faktor. Die konnten keine Feuchtigkeit mehr aufnehmen. Und auf der anderen Seite haben Sie volle Talsperren. Auch das hätten Sie, wenn Sie verantwortlich gehandelt hätten, gewusst, und zwar nicht erst am 15., wo Sie ja viel zu viel spät den Koordinierungsstab einberufen haben. Sie hätten sich viel früher informieren müssen, wie viel Wasser in den Talsperren ist.

Das ist doch das Verheerende. Die Vielzahl der Punkte der Versäumnisse, die Sie hier gemacht haben, das ist doch das Entscheidende. Es ist doch nicht ein Indikator gewesen, der auf dieses Unglück in der Nacht vom 14. auf den 15. hingewiesen hat. Es waren doch ganz viele, die darauf hingewiesen haben, dass da irgendetwas kommt, unabhängig von der Aussage der Experten, da kommt was ganz Großes auf uns zu. Das ist doch ein Wahnsinn, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sich fast eine halbe Stunde lang über den DWD auslassen. Das kann doch nicht sein. Ganz ehrlich, da hätte ich wirklich mehr erwartet.

Dann nochmal zum Bericht: Natürlich danke schön ans Ministerium, auch wenn er leider zu spät zugegangen ist. Aber nichtsdestotrotz, es ist doch Ihre Pflicht bei so einer Katastrophe, den Ausschuss, die Bürger, die Menschen zeitnah und detailliert und umfangreich zu informieren. Sie stellen das jetzt so hin, als wäre das hier so eine Zugabe von Ihnen. Das finde ich der Situation nicht angemessen. Ich finde auch, dass Sie hier in der Bringschuld sind. Ich bleibe bei den Aussagen, die wir schon in der ersten Sitzung getätigt haben: Hier gibt es erhebliche Versäumnisse, und der Bericht räumt diese nicht gänzlich aus. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gut. – Dann kommen wir jetzt zu den Antworten. Frau Ministerin beginnt, dann Frau Walsken und dann Herr Delschen, danke sehr.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Oder anders. Herr Delschen vielleicht vor Frau Walsken. Das müssen wir gleich gucken.

Jetzt zuerst einmal zu Herrn Keith. Das, was Sie hier gesagt haben mit der Bringschuld, teile ich 100%ig. Selbstverständlich ist es meine Aufgabe, Ihnen einen umfassenden Bericht zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte Ihnen auch mal klarmachen, was es bedeutet, einen solchen Bericht aufzustellen. Hier sitzen einmal das Ministerium, einmal das LANUV und einmal die Bezirksregierung Köln. Und diese Kolleginnen und Kollegen haben fast rund um die Uhr gearbeitet, um all diese Daten für Sie zusammenzustellen. Dass wir die nicht am Freitag schon beieinander hatten, lag daran, dass dieselben Kolleginnen und Kollegen auch mit Aufräumarbeiten beschäftigt sind, mit der Analyse des Unglücks beschäftigt sind, mit Talsperrenmanagement beschäftigt sind etc., etc. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Mails die Kolleginnen und Kollegen aus der Wasserabteilung des Umweltministeriums bis nachts um halb eins geschrieben haben, Berichtsteile geschrieben haben, die Zulieferungen aus den Behörden bekommen haben. Und dann stellen Sie sich hierhin und behaupten, wir würden hier einfach die Sache verschlampen. Ich finde das eine Unverschämtheit, auch gegenüber den Häusern, den Kolleginnen und Kollegen, die daran gearbeitet haben. Mir können Sie das vielleicht vorwerfen, aber den Kolleginnen und Kollegen können Sie es nicht vorwerfen. Und das weise ich jetzt hier auch mal ganz deutlich zurück.

Und das Nächste ist mit dem DWD. Hier steht keiner und greift den DWD an. Ich bin auch überrascht, Herr Rüße, über die Reaktion des DWD, weil wir nur gesagt haben, dass die Meldung hier nicht so präzise gewesen ist. Und das war sie nicht. Und ich darf mal zitieren Herrn Franz-Josef Molé, Leiter der Beratungs- und Vorhersagezentrale des Deutschen Wetterdienstes, in einem Interview am 21. Juli. Ich zitiere ihn:

Dass die Auswirkungen so extrem werden würden, davon hatten wir wirklich keine Vorstellung. – Zitat Ende.

Herr Halbig, Leiter der Niederlassung Essen des Deutschen Wetterdienstes, hat am 16.07. noch in der Ereigniswoche mitgeteilt, das Ereignis ist etwas Besonderes. Was wir jetzt beobachten, ein ortsfestes Tief, das diese enormen Niederschlagsmengen gebracht hat, ein wirklich außergewöhnliches Ereignis, extrem flächendeckende Niederschläge. Die Aussage der Kollegen vom DWD zum Beginn und in der Krise waren so, dass sie gesagt haben, dass die Präzision dieser Meldung nicht da war. Dass sie es heute anders sehen, kann ich auch in der Gesamtdiskussion verstehen. Aber dass zwei Bundesländer, auch wenn das jetzt hier kritisiert wird, dass ich Rheinland-Pfalz da mitnehme, zu ähnlichen Einschätzungen gekommen sind, das muss auch Ihnen zu denken geben. Da sind zwei Landesumweltämter beteiligt und, und, und. Also nur mal, um das vorweg zu sagen.

Aber ich greife den DWD nicht an. Es geht nur darum, welche Möglichkeiten hatte aufgrund der Warnungen das LANUV, tatsächlich dieses so zu interpretieren, dass eine solche Katastrophe auf uns zukommt. Das ist ja der Transmissionsriemen. Aber da wird Herr Dr. Delschen gleich noch ein Wort zu sagen.

Talsperren haben nicht funktioniert, können wir so nicht teilen. Wuppertalsperre ist in der Tat noch ein Thema, das wir uns auch nochmal gesondert angucken. Wir sprechen, das habe ich schon beim letzten Mal schon angekündigt, auch noch mit den Talsperrenbetreibern, um hier nochmal Klarheit zu finden. Da müssen wir auch hier mit der Bezirksregierung nochmal in Austausch kommen. Das werden wir gemeinsam machen, diese Gespräche, um zu gucken, ob die Steuerungspläne ganz aktuell sind.

In der Wasserkrise selbst, Herr Keith – Sie haben das System, glaube ich, immer noch nicht verstanden –, die Talsperren zu entlasten, führt, glaube ich, nicht zu dem Ergebnis, was sie tatsächlich gerne hätten, sondern das hätte wirklich katastrophale Wirkungen gehabt.

Mit dem Innenministerium in Kontakt, Herr Rüße, ist mein Haus, also das Ministerium – es geht jetzt nicht um die Bezirksregierung, die Krisenstäbe der Bezirksregierung. Hier sind die Dezernate 22 – Katastrophenschutz und – was sind wir? – 54 – Wasser frühzeitig in Kontakt gewesen, also in Köln sehr früh, glaube ich, und in anderen vielleicht nicht ganz so früh, aber relativ früh auch in Kontakt gewesen. Da kann Frau Walsken noch was zu sagen. Im Haus war es so, dass wir am 15. Juli in die Koordinierungsgruppe des Krisenstabs eingeladen wurden und eine sehr erfahrene Referentin aus der Wasserwirtschaft von uns in dieser Koordinierungsgruppe teilgenommen hat.

Die Aufgabe dieser Koordinierungsgruppe – das muss ich hier auch nochmal sagen – zu dem Zeitpunkt, als sie auch die Aufgaben begonnen hat, war natürlich jetzt gar nicht mehr das Thema „Warnungen“ und wie gehen wir damit um, sondern es ging darum, wie können wir Leib und Leben retten in der Situation? Und das war die vorherrschende Aufgabe, die das Innenministerium, der Katastrophenschutz in seinen Linien tatsächlich wahrgenommen haben. Das zu dieser Frage. Die war nicht im Bericht beantwortet, aber ich kann diese Angaben nochmal nachreichen.

Herr Schneider, da es die allerwichtigste Frage für Sie ist – das fasziniert mich wirklich – wer, wie, wann in der Regierung miteinander kommuniziert hat: Ich lege Ihnen einen umfangreichen Bericht vor, wo es viele Themen gibt. Da gibt es ganz viele Themen, die die Menschen vor Ort betreffen. Und die einzige Frage, die Sie im Umweltausschuss stellen, ist, wer hat wann mit wem telefoniert? Und das ist die Frage, die dazu geführt hätte, Ihrer Meinung nach, die ganze Katastrophe zu verhindern?2 Ich muss ehrlich sagen, Herr Schneider, ich habe immer gedacht, Sie wären ein seriöser Politiker.

(René Schneider [SPD]: Dachten wir von Ihnen auch!)

Und dass das das einzige Thema ist …

Ich erzähle Ihnen ja gerne was. Aber diese Behauptung, Daten wären nicht vorhanden usw., das haben Sie aus einer Zeitung, die das, Gott weiß woher, hat. Ich will Ihnen gerne berichten.

Am 13. Juli, das war ein Dienstag, das ist der Zeitpunkt, zu dem ich informiert wurde, und zwar von meinem Abteilungsleiter, der zuständig ist für die Bereiche Wasser und Abfall. Da bin ich am Nachmittag über die Situation informiert worden. Ich habe ab der Nacht vom 13. auf den 14. Juli in einem intensiven Austausch – nachweislich – mit der Staatskanzlei gestanden, und zwar hier mit dem Chef der Staatskanzlei.

Ja, es ist so. Sie können jetzt grinsen, aber es ist tatsächlich so. Wie bitte?

(René Schneider [SPD]: Ein Ja oder Nein hätte mir gereicht!)

Ich erzähle Ihnen alles, so. Und ich erzähle, in diesem Zeitraum gab es auch einen Austausch mit dem Ministerpräsidenten. Ich erzähle Ihnen aber das deshalb, um Ihnen nochmal klarzumachen, dass es einen Unterschied gibt zwischen der sogenannten

Warnkette, die entscheidend ist, vor Ort das Problem zu lösen, und der Kette Information. Sie können mir zum Vorwurf machen, dass ich nicht Teil der Warnkette bin, das kann sein, habe ich so intensiv nicht betrachtet. Es ist ein Diskussionsthema wert, ob es sinnvoll ist, dass die Hausleitung Teil der Warnkette ist. Ich habe diese Erlasse nicht gemacht. Die sind zum Teil schon relativ alt. Das ist keine Entschuldigung, das hätte ich vorher vielleicht betrachten müssen.

Aber die Hausleitung, das Umweltministerium, ist ebenso wenig wie die Staatskanzlei Teil der Warnkette. Wir werden informiert über die Ereignisse, aber meistens auch im leichten Verzug, weil tatsächlich die Bewältigung der Katastrophe vor Ort das Entscheidende ist. Ich würde Sie bitten, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Wir können das gerne alle ändern. Ich habe überlegt, wäre es sinnvoll, wenn ich Teil der Warnkette bin oder nicht? Ich komme für mich persönlich zu dem Schluss, dass es nicht so sinnvoll ist. Ich habe eine Verantwortung für das System. Zu dieser Verantwortung stehe ich und dazu, dass das System funktioniert. Aber bei der Frage, ob ich zur Warnkette gehöre und die Beurteilung habe zu gucken, wie sind die meteorologischen Daten und dies und jenes?, da bin ich ein bisschen zurückhaltender. Und ich würde auch Ihnen empfehlen, sich auf die Themen zu konzentrieren, die auch für die Menschen vor Ort von Bedeutung sind.

Mich fragen die Leute, wenn ich in Stolberg, in Erftstadt, in Euskirchen bin, vor allen Dingen eine einzige Frage, eine einzige, nämlich: Kann ich wieder in mein Haus? Und ist das sicher? Ist das sicher auf Dauer? Das ist leider die zentrale Frage. Diese zentrale Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir beantworten. Und die kann ich zum jetzigen Stand noch nicht so sicher beantworten. Wir haben die Prognosesysteme noch nicht. Wir haben eine ganze Menge Informationen einfach noch nicht, sodass wir nicht sagen können, wenn nächste Woche das Starkregenereignis wieder kommt in einem solchen Flächenumfang, dass wir ganz sicher sind. Und das ist das, woran wir jetzt vordringlich arbeiten. Ich fände es gut, wenn wir es hier auch tun.

Ich persönlich habe auch Sympathie dafür und finde es richtig, die Vorgänge lückenlos aufzuklären. Es ist in meinem allerersten Interesse, genau zu wissen, was da geschehen ist. Jetzt wird Herr Blex sogar tot umfallen, weil er im letzten Mal … Ich hab‘ so ein paar Kernsätze mir nämlich gemerkt aus der letzten Sache …

(Dr. Christian Blex [AfD]: Gut, dass sie zuhören. Das freut mich.)

– Das hätten Sie jetzt nicht gedacht, was? Über die Trockenheit der letzten Jahre haben wir sehr intensiv diskutiert, über den Umkehrschluss des Starkregens nicht so intensiv, obwohl wir im Haus mit Klimaanpassung, mit Starkregengefahrenkarten etc. sehr viel gemacht haben. Aber vielleicht hätte man hier auch noch eine intensivere politische Diskussion über Starkregenereignisse führen müssen.

Jetzt würde ich vorschlagen, dass Herr Dr. Delschen nochmal was erläutert zur Meteorologie, und Frau Walsken oder Ihre Kolleginnen und Kollegen auch noch die Fragen beantworten, die aus ihrem Bereich sind.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Delschen, bitte sehr.

Präsident Dr. Thomas Delschen (LANUV): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wenn ich das richtig mitgenommen habe, waren drei Fragen mehr oder weniger an mich gerichtet.

Vielleicht die erste Frage: Kritik an dem DWD. Herr Rüße, Sie hatten das auch gesagt. Ich glaube, wir haben in unserer Äußerung, ich meine, in der schriftlichen Äußerung wird das auch deutlich, nicht so sehr den DWD kritisiert, sondern wir haben dargestellt, was der DWD geschrieben hat und wie wir es interpretiert haben. Und das habe ich vorhin mündlich auch nochmal gesagt. Ich habe gesagt, wir haben das, was der DWD formuliert hat, wie es da steht – das ist ja dokumentiert, wie es da steht –, in einer bestimmten Art und Weise interpretiert.

Ich könnte noch ein Argument hinzufügen. Wir hatten eine Hochwasserlage mit so einer Niederschlagslage, das war ja auch das Besondere. Vielleicht beantwortet das auch die Frage, warum man nach Hagen nicht wusste, dass das jetzt in der Eifel nochmal passiert. Das war ja eine außergewöhnliche meteorologische Lage mit dem stationären Tief, was dann entstanden ist. So etwas haben meine Hydrologen in ihrem Berufsleben noch nicht erlebt, so. Und die haben dann eine DWD-Meldung, die – wir haben den Begriff „unpräzise“ gewählt – nicht so präzise jedenfalls ist, dass man als Fachmann daraus lesen kann, aha, das kommt jetzt, sondern haben es in der Weise interpretiert, wie ich das vorhin geäußert habe. Das kann ich nur zu den DWD-Daten sagen.

Warum wir nicht Kachelmann nehmen? Da wäre für mich die Frage, wo fangen wir an und wo hören wir auf? In Deutschland ist der Deutsche Wetterdienst zuständig.

(Zurufe)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bitte hören wir jetzt Herrn Dr. Delschen zu.

Präsident Dr. Thomas Delschen (LANUV): In Deutschland ist nach dem DWD-Gesetz der Deutsche Wetterdienst die zuständige Instanz für Meteorologie. Und wir sind die zuständige Instanz in Nordrhein-Westfalen, im Hochwasserinformationsdienst daraus Vorhersagen zu machen. Und da schaut man vielleicht schon mal nach rechts und links, das will ich jetzt nicht ausschließen. Aber wir können ja nicht im Ernst auf nicht amtliche Aussagen eine amtliche Empfehlung sozusagen fußen. Da sehe ich jedenfalls Schwierigkeiten. Das war die zweite Frage.

Die dritte Frage: Sind präzise Aussagen möglich? Es ist sicher so, wir arbeiten ja schon seit einiger Zeit daran – das hat Frau Ministerin auch gesagt – Hochwasserprognosen zu erstellen. Was wir jetzt machen, ist ja sozusagen „expert judgement“. Wir haben Hydrologen, die schauen sich die Datenlage an, die schauen sich die Meteorologie an, die schauen sich die Pegelentwicklung an, und daraus bilden sie ein Urteil. Man kann das Ganze natürlich noch viel stärker durch Prognosesysteme unterstützen und auto-

matisieren, aber das ist eben nicht ein System, in das man jetzt automatisch Wetterdaten hineingibt und da kommt ein Pegel raus, sondern man muss dann für alle Gewässer sehr viele Grunddaten haben, sehr viel Abflusspegelstände usw. Mein Kollege, der für Hochwasser zuständig ist, Herr Mehlig ist hier mit. Er könnte das im Detail ausführen, was man alles dafür braucht. Das führt vielleicht zu weit. Jedenfalls braucht man diese Daten, und dann kann man eine Hochwasserprognose besser machen, als wir sie jetzt machen.

Aber sie wird nicht so sein – das nehme ich mal auf meine Kappe –, dass wir drei Tage vorher wissen, dass an kleinen Gewässern so ein Hochwasser entsteht. Sie wird die Zeit verkürzen können. Ich kann Ihnen jetzt nicht präzise sagen, wieviel verkürzen, aber sie wird verkürzen können, aber sie wird nicht eine Vorhersagequalität bringen, wie wir sie etwa am Rhein haben. Da weiß man drei Tage vorher, da kommt eine Welle, die sich aufbaut und wir können vorhersagen: Am Pegel in Köln ist am Donnerstagabend um 20 Uhr 7,90 m. Das werden wir an den kleinen Gewässern so nicht hinbekommen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Delschen, wollten Sie noch Herrn Mehlig zu Wort kommen lassen? Oder habe ich das falsch verstanden gerade?

Dr. Thomas Delschen (Präsident LANUV): Ich weiß nicht, ob die Zeit das erlaubt. Es gibt viele Details dazu ….. Aber wenn Sie das möchten, können wir das gerne machen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich denke, was der Frage dient, wäre vielleicht interessant.

Bernd Mehlig (LANUV): Frau Vorsitzende! Verehrte Damen und Herren! Die Hochwasservorhersagemodelle, so ist der Fachbegriff für dieses Werkzeug, transferieren den Niederschlag, das Wasser des Niederschlags in den Abfluss. Und das heißt, über die Abflussbildung wird geschaut, was fließt oberflächlich ab, in den Bodenschichten und nach unterhalb? Die Physik ist seit vielen Jahrzehnten bekannt und auch, wie fließt das zeitlich zusammen, die sogenannte Abflusskonzentration? Das kann mathematisch beschrieben werden. Die Modelltechnik bauen wir derzeit auf.

Wir haben kalibriert, das heißt, die Modelle an die Messdaten angepasst für die IJsselmeerzuflüsse, die Weserzuflüsse und die Sauerland Ruhr. Es hat sich gezeigt, dass das auch für einen jetzigen Testbetrieb unter Echtbedingungen tatsächlich unglücklich gewesen wäre. Das ist im Vorfeld natürlich nicht abzuschätzen. Wir sind dabei, anhand historischer Hochwasser diese Modelle auch zu testen und stehen an jetzt für einen Testbetrieb unter Echtzeitbedingungen, das heißt, dass wir im laufenden Geschäft diese Modelle mitlaufen lassen. Das war in den vergangenen Jahren aufgrund der meteorologischen Situation tatsächlich schwierig, weil wir wenig Hochwasserereignisse hatten, wo wir die auch hätten mitlaufen lassen können. Dass es jetzt in der Form kommt, ist so, wie es ist.

Von daher sind wir tatsächlich nicht am Start gewesen, noch nicht mit der Technik, die es erlaubt, dann den Niederschlag auch in Abflussgrößen so zu transferieren, dass sie Wasserstandsvorhersagen machen können. Das ist vorgesehen für Pegel an Gewässern mit mehreren 100 km^2 Einzugsgebiet, um auch wirklich einen zeitlichen Vorlauf erreichen zu können. Ein zeitlicher Vorlauf von mehreren Stunden, den Meldeweg mit einberechnet, braucht es, um wirklich einen Nutzen zu haben. Bei kleineren Gewässern mit zum Beispiel weniger als 100 km^2 Einzugsgebiet, wo die Welle nach dem Niederschlag binnen zwei, drei Stunden kommt, mit der Berechnungszeit, mit der Meldewegzeit, bis die Information beim Betroffenen auch wirklich ist, hat man kaum einen zeitlichen Vorteil. Wenn wir dort ein bis zwei Stunden erreichen können, wäre das viel. Das hätte hier in der Situation unter Umständen geholfen.

Nur ist das bei den kleinen Einzugsgebieten tatsächlich von besonderer Schwierigkeit. Hier ist dann eine Warnung oder Meldung auf Basis allein von Niederschlagsdaten auch zielführend. Das ist parallel ein Weg, der jetzt mit dem Projektantrag, der eben schon genannt wurde, vom Wasserverband Eifel/Rur pilotartig auch angetestet wird. So viel zum Thema der Hochwasservorhersagemodelltechnik.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Mehlig. Das war für den Ausschuss gerade sehr interessant. – Vielen Dank. Dann Frau Walsken, Sie haben auch ein paar Fragen bekommen. – Bitte.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Frau Vorsitzende! Frau Ministerin, meine Damen und Herren! Herr Ritter, Sie hatten Fragen an mich gerichtet zu drei Punkten, zur Einschätzung zur Frage: Wie haben wir denn die Krise organisatorisch im Haus aufgezogen? Ich will es mal so formulieren, und dann auch gerne zu den Pegelständen ausführen. Wir greifen dann auf – das wird Frau Klein machen, meine wasserwirtschaftliche Expertin –, ein paar Worte zur Talsperre und zur Einschätzung sagen, warum wir im Bericht zu dieser Einschätzung kommen.

Zunächst zur Einschätzung der Lage. Ja, wenn ich zurückschaue, und ich habe die Krisenstäbe geleitet in der ganzen Zeit, ein extremes Ereignis. Auch meine Fachleute, wirklich Fachleute, die jetzt keine politischen Vorbehalte da an der Stelle irgendwo sehen, waren überrascht. Insbesondere hat uns die Charakteristik dieser Hochwasserwelle, der schnelle Anstieg in besonderer Weise überrascht. Ich will darauf verweisen, auf S. 11 f. im Bericht ist es sehr anschaulich geschrieben, weil man da auch nochmal anhand von Zahlen sehen kann, dass wir eine Lage hatten, die wir so nicht kannten. Deshalb ja auch die Einschätzung dieses 10.000-jährigen Hochwassers, 10.000-jährigen Hochwassers ...

(Zuruf)

– ich weiß schon, was ich sage, Herr Abgeordneter ... nicht mehr des 100-jährigen oder 1.000-jährigen, sagt, glaube ich, alles. Das sind Zahlen, die nicht ich erfinde oder die wir politisch diskutieren, sondern die von Fachleuten kommen. Soweit zur Einschätzung.

Zur Frage: Wie sind wir die Krise angegangen? Ich hatte es eingangs gesagt. Wir waren am 13. Juli schon über die entsprechenden Pegelstände – Hochwassermeldungen, da kommen wir gleich auch nochmal drauf – informiert und darüber, dass was passiert. Ich hatte es eben gesagt, wir haben ja die 365-Tage-Rufbereitschaft. Wir haben dann am selben Tag auch schon unsere Katastrophenschutzleute informiert. Diese sind dann am 14. Juli, am Mittwoch, schon vormittags in ihre Arbeit eingestiegen. Die müssen ja dann dafür sorgen, dass wir entsprechende Unterstützung, THW, Hilfskräfte und sonstiges bekommen. Also die waren aus der normalen Rufbereitschaft heraus, die wir auch haben, schon in der Situation, sich da vorzubereiten. Ich selber habe am 15. Juli, also am Donnerstagmorgen, kurz vor 7 Uhr die erste Krisenstabsleitungssitzung gemacht mit meinen Kollegen. Das heißt, voller Krisenstab in voller Besetzung mit allen Funktionen. So weit zum Ablauf an dieser Stelle.

Wichtig, finde ich nochmal, vielleicht darauf zu schauen, wie funktioniert dieser Hochwassermeldedienst, den wir am 13. Juli auch dann schon entsprechend mit den Katastrophenleuten vernetzt haben. Dazu ist es ganz interessant – und dann komme ich auf den dritten Punkt –, sich das Thema „Pegel“, einmal anzuschauen, wie läuft das? Wir faxen nicht mehr. Das macht noch, ich will keine Kollegenschelte betreiben, aber das macht die Bezirksregierung Arnsberg.

Wir haben Telefon und Mail und Telefon, ja, passen Sie auf, jetzt hören Sie zu, jetzt noch nicht bewerten, erst einmal zuhören. Telefon deshalb, weil, das habe ich dann auch nochmal neu gelernt, die Pegel automatisch anrufen. Wenn Sie mal im Text schauen, das ist sehr schön dargestellt, ich glaube, S. 23 f., die Pegel springen automatisch an, rufen uns an über dieses System, wenn bestimmte Stände erreicht sind. Sie sehen ja die drei Warnstufen, sodass wir schon – ich habe hier Beispiele, zum Beispiel 13. Juli, 22:26 Uhr, alarmiert wurden, … Wurm, dass es einen steigenden Pegelstand gibt.

Diese Meldungen kommen fortlaufend. Diese Meldungen kommen telefonisch über ein – ich nenne es mal – Pegeltelefon, ganz automatisch, da ist gar kein Mensch drin, der meldet uns das. Wir geben das dann entsprechend weiter, indem wir eine Mail schreiben **und** die Leitstellen der Krisenstäbe einladen und sofort informieren. Das ist ja für uns das wichtige, unsere Ansprechpartner sind die Krisenstäbe vor Ort in den Kreisen. Somit ist klar, es gibt eine Telefonmeldung, die sehr schnell erfolgen kann, und es gibt dann aber auch nochmal einen Mailtext, wo man dann im Detail das nachlesen kann. Diese Meldebögen, die kommen dann in Zeitabständen immer häufiger, sobald auch die unterschiedlichen Stufen der Pegelwarnstufen dort erreicht werden. Das können Sie nachschauen auf der S. 23, sodass da fortlaufend eine Information auf dem Weg ist.

Und die sind dokumentiert, die sind ja auch zum Teil in den Unterlagen da drin. Da gibt es dann die Meldung „steigend, weiter steigend, gleichbleibend“. Das muss dann vor Ort mit den Kreiskrisenstäben eingeschätzt werden. Soweit dieser Punkt. Ich hoffe, ich konnte Ihnen da helfen.

Frau Klein ist die zuständige Hauptdezernentin in meinem Haus, Expertin auch für die Talsperren. – Frau Klein, wenn Sie ein paar Worte sagen, warum wir auch der Auffassung sind, dass die Talsperren nicht versagt haben, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Klein, bitte.

Leitende Regierungsbaudirektorin Beate Klein (Bezirksregierung Köln): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Ja nochmal ein Wort zu den Talsperren. Alle Talsperren, mit Ausnahme der Steinbachtalsperre, haben ihre bestimmungsgemäße Funktion erfüllt. Alle Talsperren sind entsprechend ihrer Betriebspläne und ihrer Genehmigungslage auch betrieben worden. Und alle Talsperren, wie gesagt außer der Steinbachtalsperre, haben auch zu einer Dämpfung der Welle beigetragen. Das heißt, selbst bei fast vollgefüllten Talsperren wird dann der sogenannte außergewöhnliche Hochwasserschutzraum nochmal in Anspruch genommen, bevor dann tatsächlich Hochwasserentlastung anspringt. Das heißt, diese Dämpfung bedeutet immer einen zeitlichen Gewinn. Ich kann dadurch vielleicht fünf, sechs Stunden gewinnen, bis dieser außergewöhnliche Hochwasserschutzraum gefüllt ist.

In der Zeit können weitere Sicherungsmaßnahmen, Evakuierungsmaßnahmen oder dergleichen unterhalb passieren. Alle Talsperren haben allerdings in unterschiedlichem Ausmaß zu einer Dämpfung beigetragen. Das möchte ich nochmal in aller Deutlichkeit sagen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Auch das war eine wichtige Information für den Ausschuss. – Wir kommen in die zweite Runde. Ich habe hier stehen Herrn Stinka, Herrn Rüße, Frau Winkelmann, Dr. Blex und Herrn Haupt. – Herr Stinka, Sie haben das Wort, bitte.

André Stinka (SPD): Frau Vorsitzende! Vielen Dank auch für den umfangreichen Bericht. Auch die SPD-Fraktion will gar nicht den Umfang kritisieren. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten Sie gar nicht 500 oder 1.000 Seiten schreiben müssen, sondern es gab ganz konkrete Fragen. Ich komme nochmal auf den Kollegen Schneider zurück. Frau Ministerin, Sie waren ja vorhin so brüsk und haben gesagt, das wäre nicht so wichtig.

Sie haben selbst den Ministerpräsidenten in der Sondersitzung ins Gespräch gebracht und gesagt, dass Sie mit ihm telefoniert haben. Und ich finde es richtig, dass die Opposition, die SPD-Landtagsfraktion nachfragt, wann haben Sie mit ihm telefoniert, und was haben Sie ihm geraten? Denn es geht letztendlich darum, dass man, wenn man, so wie es auch die CDU-Abgeordneten hier geschrieben haben, von einer Krise spricht, wie wir alle hier hören, dass man dann einen Krisenstab aktiviert und ein Katastrophenplan abläuft. Das scheint ja nicht passiert zu sein.

Sie haben uns in der Sitzung zugesagt, dass Sie uns die Verbindungsdaten bringen. Und dann können Sie sich wenige Tage später – da will ich den Kollegen Schneider

auch nochmal zitieren – nicht daran erinnern: Ich kann mich erinnern, wenn ich mit meinem Chef spreche, das mache ich so oft gar nicht, oder ich habe Scheiße gebaut. Eins von beidem. Wir stellen fest, Frau Ministerin, Sie haben Armin Laschet entweder nicht erreicht oder Sie haben ihm etwas geraten und der hat es nicht umgesetzt. Der Chef der Staatskanzlei, ist alles schön und gut. Nur Sie haben politische Verantwortung. Und wenn Sie uns sagen, Sie wollen das rekonstruieren, und Tage später können Sie das nicht mehr, dann müssen wir nachfragen, weil nämlich der Ministerpräsident eine entscheidende Rolle spielt bei der Einsetzung eines Krisenstabs, der ja letztendlich nicht eingesetzt wurde, sondern die Koordinierungsgruppe.

Und ich finde es für Ihre Glaubwürdigkeit nicht förderlich, dass Sie dann vorhin auch noch die Ministerin aus Rheinland-Pfalz zitieren und nur zum Teil zitieren. Denn wenn Sie die Ministerin Spiegel richtig zitiert hätten, dann hätten Sie sagen müssen, dass sie gerade vor Überflutungen an kleinen Gewässern gewarnt hat und die Menschen auch darüber informiert hat, Sandsäcke vor die Tür zu legen, während im Umweltministerium in NRW nichts zu lesen ist bis zum 16.07., Frau Ministerin.

Und es ist für die SPD-Fraktion auch sehr fragwürdig, dass Sie am 9. den Deutschen Wetterdienst loben, dann den Wetterdienst angreifen und, so schön das hier alles geredet wird: Wenn der Deutsche Wetterdienst sich nicht in seiner fachlichen Art angegriffen gefühlt hätte, hätte er heute nicht nochmal deutlich gemacht, dass man sehr wohl den Raum eingrenzen kann, in denen solche Starkregenereignisse stattfinden. Und wenn ein 60-Stunden-Ablauf hier angegeben wird, und die ersten 30 Stunden fällt nichts, dann könnte nach Adam Riese der Rest in den letzten 30 Stunden fallen. Und dann ist für uns in der SPD-Fraktion klar, dass man von einer Krise ausgehen muss. Sie haben die Krise nicht erkannt.

(Markus Diekhoff [FDP]: Dann hätten Sie aber warnen können!)

– Ich bin dafür aber nicht zuständig. Sie sind gewählt. Das Interessante ist ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie rumschreien, gucken Sie mal auf das Bild. Da wird jede Behörde genannt, nur das Ministerium steht nicht drauf. Und das gibt nochmal das Paradebeispiel wider, dass Sie sich vor der politischen Verantwortung drücken wollen.

Es geht darum, dass man frühzeitig Menschen vor diesen, allen zugestandenen, großen Regenmengen hätte warnen können. Man hätte Boote besorgen können, man hätte Menschen informieren können. Und Sie können sich als Ministerin nicht darauf zurücklehnen, dass Sie sagen a) ich habe mit dem Ministerpräsidenten telefoniert am 9., wenige Tage später: Ich kann die Daten nicht mehr finden. Ich habe mit dem Chef der Staatskanzlei gesprochen. Was haben Sie dem denn geraten, was er tun soll? Letztendlich ist ja der Koordinierungsstab von Herrn Reul in Absprache mit dem Ministerpräsidenten weiter in Arbeit gegeben worden. Man hat sich gegen einen Krisenstab entschieden. Was war denn Ihr Beitrag, Frau Heinen-Esser? Haben Sie dem zugestimmt, dass der Koordinierungsstab bleibt? Oder haben Sie gesagt, nein, wir brauchen einen Krisenstab? Das ist ganz entscheidend. Sie leiten das.

Sie haben vorhin gesagt, Frau Ministerin, Sie sind für das System verantwortlich. Sie sind Spitze der Landesregierung im Ministerium, und Sie sind dafür verantwortlich. Die Exekutive macht das, was Sie ihr sagen. Und das ist der Punkt, über den wir uns heute hier unterhalten müssen. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich finde es spannend, wie Sie meinen, diese Debatte hier kleinmachen zu können. Ich will auch da bei Ihnen anknüpfen, Frau Ministerin. Sie haben eben gesagt, die Menschen interessiert, ob sie ihr Haus wieder aufbauen können. Ja, das stimmt, das ist richtig. Aber die Menschen interessiert auch: Wie konnte es eigentlich dazu kommen? Wie konnte das passieren? Und gerade – das kann man auch nochmal sagen, bei 49 Toten in NRW –, wann haben wir denn so ein Ereignis gehabt? Und da muss man sich doch die Frage stellen, wo ist da die Verantwortung? Wie konnte das so daneben gehen?

Und für mich ist ein Punkt, ich frage Sie das mal ganz direkt. Wenn ich auf S. 35 gehe in Ihrem Bericht, dann steht dort Füllstand der Ennepetalsperre. Und dann sehe ich am 12.07., da beginnt der Stand zu sinken, weil man Wasser ablässt. Am 12.07. gibt es also irgendjemanden, der sagt: Oho, da scheint ein Ereignis bevorzustehen, wir müssen Wasser ablassen aus dieser Talsperre. Das macht derjenige, der das gemacht hat, macht es doch nicht … Nein, das ist einfach so oder wie?

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Wir haben da Meldepläne.)

Das hätte ich gerne erklärt, wie das in dem Moment dazu kommt. Und dann finde ich schon, Sie sind Umweltministerin. In Ihre Bereiche fallen viele Begriffe, die mit Schutz enden. Verbraucherschutz, Tierschutz, also Ihr Ministerium ist sozusagen Teil des Schutzes auch der Menschen. Da erwarte ich, dass Sie dann im Zusammenspiel mit dem Innenminister in der Tat dafür sorgen, dass solche Katastrophen vermieden werden. Da sind Sie auch Teil der Landesregierung, die da entscheidend ist. Deshalb finde ich, die Frage, die die SPD jetzt auch mehrfach aufgeworfen hat, verdient auch eine Beantwortung.

Wann haben Sie mit dem Ministerpräsidenten exakt gesprochen? Wie oft haben Sie gesprochen? Was war Inhalt des Gesprächs? Und wie haben Sie dann entschieden? Das können Sie doch nicht damit wegwischen, dass Sie sagen, ich habe die Daten nicht mehr. Entweder haben Sie mit dem Ministerpräsidenten gesprochen, oder Sie haben nicht mit ihm gesprochen? Kann ja auch sein. Das weiß ich ja nicht. Ich habe, ehrlich gesagt, das Gefühl, diese Landesregierung war in den entscheidenden zwei Tagen, 12./13., irgendwie im Tiefschlaf. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Thorsten Schick [CDU]: Da war der Ministerpräsident schon in Altona!)

Ich kann nicht sehen, dass Sie da wirklich gehandelt haben.

Dann sage ich nochmal einen Punkt zum DWD. Die Wettermeldungen des DWD, da kann man nachfragen. Es gibt einen Meteorologen vom Dienst, der ist 24 Stunden da. Und das weiß man auch im LANUV. Wenn man irgendwas nicht versteht, wenn man nochmal nachfragen will … Ich finde auch den Hinweis auf andere Wetterdienste nicht völlig abwegig, wenn da andere Wetterdienste nochmal nachdrücklicher waren, dann würde man doch mal den Kontakt suchen zum DWD und auch mal fragen, wie meint ihr das? Wie wahrscheinlich ist das Eintreten? Könnt ihr das nochmal präzisieren? Da wüsste ich an der Stelle gerne, vielleicht auch von Herrn Delschen, es ist mir egal, wer das beantwortet. Gab es so einen Kontakt? Hat man mal nachgefragt, wie ernsthaft ist die Lage? Ich sage das nochmal. Gerade vor dem Hintergrund der Topografie, die Sie hier in diesem Bericht so dargestellt haben, ist diese Region bei Starkregenereignissen maximal betroffen. Und gerade da wäre es ja angebracht gewesen, mit äußerster Vorsicht … Wenn das bei uns im Münsterland passieren würde, bei uns würden nur die Keller volllaufen. Da würde nicht viel mehr passieren. Aber hier ist das was anderes, wie Sie' e im Bericht auch richtig dargestellt haben. Und dann müsste man eben – wie schon gesagt – mit äußerster Vorsicht daran gehen. Deshalb wüsste ich gerne, ob da solche Gespräche nochmal stattgefunden haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Okay. – Dann Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Auch wenn Frau Ministerin Heinen-Esser vorhin schon einmal darauf eingegangen ist. Ich muss es auch für meine Fraktion nochmal sagen. Ich bin echt fassungslos. Ich bin fassungslos. Da sterben mitten im Sommer in Nordrhein-Westfalen Menschen, verlieren ihr Dach über dem Kopf, verlieren ihr Hab und Gut, und die SPD und offensichtlich auch die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben eine Frage dazu: Wann hat wer mit wem telefoniert? Das ist unglaublich. Wie können Sie den Menschen so etwas zumuten? Ich fasse es nicht.

> ([André Stinka [SPD]: Sagen Sie da mal den CDU-Kollegen in Rheinland-Pfalz! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Es ist unglaublich, wie Sie damit umgehen!)

Ich fasse es wirklich nicht. Unglaublich! Wie das System funktioniert, hat Frau Ministerin vorhin erklärt. Und Frau Walsken hat auch sehr deutlich erklärt, wie das System zum Beispiel im wirklich extrem betroffenen Regierungsbezirk Köln funktioniert hat. Danke schön auch nochmal dafür, dass Sie uns das so deutlich erklärt haben. Das funktioniert. Meldeketten funktionieren. Die Frage, die ich dann noch gleich im Anschluss hätte, wäre, ob da noch Verbesserungen aus Sicht zum Beispiel der Bezirksregierung Köln nötig wären.

Aber das sind zwei verschiedene Ebenen. Frau Ministerin hat es Ihnen vorhin auch schon erklärt. Wieso verstehen Sie das nicht? Politische Grabenkämpfe auf dem Rücken der betroffenen Menschen,

> (Annette Watermann-Krass [SPD]: Zum Schutz der Menschen! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Es ist peinlich, was Sie hier machen! – André Stinka [SPD]: Fragen Sie Ihre Kollegen in Rheinland-Pfalz!)

die wirklich um ihre Existenz kämpfen, das ist eine schäbige Art und Weise, auch wenn wir mitten im Bundestagswahlkampf sind. Ich kann es nicht verstehen, was Sie hier veranstalten.

Und jetzt kommen wir mal zu einem anderen Thema. Wir als Umweltausschuss sind nämlich für andere Dinge zuständig, und wir sollten den Blick nach vorne werfen. Ich finde, das ist auch in dieser Ausschusssitzung ganz wichtig zu schauen zum Beispiel, sind die Meldeabläufe für die kleinen Flussläufe ausreichend? Wie kann können wir da weiter dran arbeiten? Die Frage zum Beispiel, wie sieht es aktuell in den betroffenen Gebieten aus, mit den Müllmengen? Ist da schon was passiert? Ist da schon was abgebaut? Das sind Dinge, die uns als Umweltpolitiker interessieren sollten. Aber doch nicht, ob Frau Ministerin wann, zu welchem Zeitpunkt mit dem Ministerpräsidenten telefoniert hat –

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Ja, weil sie die Verantwortung hat.)

völlig lächerlich. Und ich kann Ihnen garantieren, keinen Mensch in Nordrhein-Westfalen, der davon betroffen gewesen ist, interessieren diese Fragen, die Sie hier gestellt haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Frau Winkelmann. – Herr Dr. Blex, bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Ja, ich mach es mal ein bisschen emotionsloser, Frau Winkelmann. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wieso jetzt gerade so eine total unsachliche und persönlich werdende Antwort hier kommt. Kommen wir doch alle mal runter.

Aber was ich überhaupt nicht verstehe, hier werden zwei verschiedene Punkte komplett durcheinander gebracht. Es geht einmal um die internen Abläufe im Ministerium und einmal um die politische Verantwortung für die Entscheidungen, die getroffenen worden sind. Das sind zwei vollkommen verschiedene Paar Schuhe. Hier wird eins gemacht: Ich höre die ganze Zeit Rechtfertigungen, warum man zu dieser Entscheidung gekommen ist. Und es werden Protokolle, 1.000 Seiten, verschickt. Niemand hier, auch von den anderen Oppositionsparteien nicht, erhebt einen konkreten Vorwurf gegen irgendeinen Beamten im Ministerium. Ich habe zumindest nicht gehört, dass ein Vorwurf an einen Beamten des Ministeriums hier ergangen ist.

Es gab eine Ausgangslage, und dann wurde eine Entscheidung getroffen. Es war nicht so wie in Afghanistan, da ist man raus und hat gedacht, nach 20 Jahren werden die 300.000 schon nicht überlaufen. Ups, hat man sich halt mal vertan, passiert halt schon mal als Politiker, dass man eine Sache falsch einschätzt, so. Hier aber sagt doch niemand, dass die Entscheidungen, die da aufgrund der Meldungen des DWD getroffen wurden, prinzipiell irrational waren. Niemand sagt das – habe ich jedenfalls nicht gehört –, ich würde auch von unserer Seite aus gar nicht sagen, dass es vollkommen irrational war. Es war eine Entscheidung. Und es wurde entschieden: Möchte ich mich für eine Evakuierung einsetzen, oder möchte ich es nicht? Und das ist halt nun mal so, das ist halt Politik. Man kann nicht in die Zukunft sehen, man muss an gewissen Stellen

im Leben den Mut haben, Entscheidungen zu treffen. Das ist die politische Verantwortung eines Ministerpräsidenten, das ist die politische Verantwortung eines Ministers und auch einer Ministerin.

Und diese Entscheidung trifft man, und dann muss man für die Konsequenzen dieser Entscheidung geradestehen. Und wenn ich sehe, dass eine Ministerin, Ihre Vorgängerin, wegen einer falsch bedienten Fernbedienung zurückgetreten ist, die Konsequenzen aus ihrem Verhalten gezogen hat – und hier sind 47 Menschen in NRW gestorben, und darum geht es mir. Es geht hier gar nicht darum, ob man jetzt sagen kann, eine Evakuierung hätte keines der Häuser gerettet, das stimmt. Kein einziges Haus wäre wahrscheinlich gerettet worden. Die materiellen Schäden, die aufgetreten sind, wären dadurch nicht zu verhindern gewesen. Und das ist das, worauf Sie sich ja kaprizieren. Ist alles okay. Das hätten Sie nicht vorhersagen können.

Aber 47 Menschen sind hier in NRW gestorben deshalb. Und da stellt sich schon die Frage, wenn ich präventiv agiere und ich eine Warnung des Wetterdienstes kriege, der das vorhersagt, dann muss ich ein Urteil fällen, und dann muss auch von oberster politischer Stelle, das kann man nicht auf einen Beamten abwälzen etc., eine politische Entscheidung gefällt werden und dann muss gesagt werden: Ach, das wird schon nicht so schlimm sein, Augen zu und durch. Oder aber ich traue mich und sage: Nee, wir wollen jetzt massiv eingreifen, und wir wollen jetzt von oben dafür sorgen, dass die Menschen evakuiert werden. Das ist eine politische Entscheidung, so. Und hätten Sie das gemacht, wären Sie jetzt die Heldin – wahrscheinlich – gewesen. Vielleicht fehlte Ihnen der Mut dazu, vielleicht passt es auch nicht in die Ideologie? Ich kenne Ihre Beweggründe nicht dazu.

Sie haben eben selbst eingeräumt, dass Sie an Regen gar nicht mehr gedacht haben in NRW nach den ganzen Dürreerzählungen der letzten Jahre. Und das ist mein Vorwurf auch an Sie. Offensichtlich war aus ideologischen Gründen Ihr Blick versperrt, hier eine wichtige Entscheidung zu treffen. Und da kann ich nur sagen, wenn 47 Menschen tot sind, dann sollte man dafür politische Verantwortung übernehmen. Und das vermisse ich hier. Hier sind lauter Ablenkungsgefechte, hier wird emotional versucht, die Opposition niederzukartätschen, weil man sich hier offensichtlich durch Nicht-Handeln in eine Lage gebracht hat, die man jetzt natürlich vor einer Wahl kaschieren möchte. Und das fehlt mir komplett:, Verantwortung. Größe zeigt sich auch, dass man für sein fehlerhaftes Verhalten Verantwortung übernimmt, und das fehlt mir hier absolut.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Haupt, bitte.

Stephan Haupt (FDP): Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Blex, da sind Sie ja zum Schluss doch wieder unsachlich, laut und emotional geworden. Aber ich versuch das jetzt mal anders. Ich kann wirklich nur hoffen, dass nicht also viele betroffene Bürger heute hier sind oder sich zugeschaltet haben.

So wie wir hier gerade diskutieren, da sollte man sich vor den Betroffenen, vor den Geschädigten wirklich schämen. Das betrifft insbesondere das, was man heute von

der Opposition hört. Sie haben Recht. Man muss Verantwortung übernehmen, und wir müssen sehen, wer hatte für was Verantwortung? Das wäre auch Ihre Aufgabe als Opposition, da entsprechend nachzuhaken. Aber, Herr Schneider, nur zu sagen, wer hat wann mit wem telefoniert …

Ich sage es Ihnen jetzt: Es ist egal, ob eine schwarze Ministerin mit einem schwarzen Ministerpräsidenten, eine grüne Umweltministerin mit einem grünen Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg gesprochen hätte, der Regen wär gekommen, egal, welcher Couleur die Ministerin oder die Minister angehören. Das hat damit nichts zu tun, und das hat auch mit der Meldekette überhaupt nichts zu tun. Und wir müssen doch mal schauen – und das ist doch das, was die Bürger interessiert: Warum sind wir nicht rechtzeitig gewarnt worden? Das interessiert die Leute. Warum sind die Informationen so spät gekommen?

Da haben wir die Meldekette, und da gehe ich konform mit Ihnen. Da hat die Ministerin gesagt, das haben wir von Dr. Delschen gehört, da müssen wir jetzt schauen, welche Informationen brauchen wir, welche Strukturen brauchen wir zukünftig, damit wir da besser werden? Und wir haben auch schon gehört, dass es da entsprechende Projekte gibt aus dem Rhein-Erft-Kreis etc., die das auch schon anregen. Aber da müssen wir natürlich auch schnell sein, entsprechend schnell bei der Analyse und entsprechend schnell nachher auch bei der Umsetzung. Und das wird dann auch Geld kosten. Das muss uns allen klar sein. Aber das muss uns die Sicherheit der Bürger auch wert sein.

Und hier wäre dann auch meine sachliche Frage: Frau Ministerin, Sie haben ja auch gesagt, Sie wollen das Ganze aufbereiten. Wir wissen, dass diese Starkregenereignisse sich sehr wahrscheinlich … Wir haben jetzt zwar nur alle 10.000 Jahre ein solches Ereignis gehabt, aber 10.000 Jahre können leider schneller um sein, als uns lieb ist. Wir müssen damit rechnen, dass das nochmal kommen könnte. Insofern wäre die Frage: Wie wollen Sie da bei der Aufbereitung jetzt vorgehen? Und in welchen zeitlichen Abständen wollen Sie da vorgehen, bis wir da Ergebnisse haben?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Haupt. – Jetzt kommen wir zu den Antworten. – Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herzlichen Dank, Herr Haupt, auch nochmal für Ihren Blick in die Zukunft. Dazu sage ich gleich was.

Vielleicht nochmal ein Thema. Wir müssen uns hier mal einigen, ob Sie einen Bericht haben wollen oder ob Sie keinen Bericht haben wollen. Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die sagen, Sie wollen es so ausführlich gar nicht wissen, und es gibt andere, die sagen, sie möchten den Gesamtvorgang intensiv aufbereitet wissen. Wir möchten für uns auch selber im Haus – Frau Dr. Pawlowski und ich hatten wirklich stundenlangen Austausch zu diesem Thema – wissen: Wo sind die problematischen Stellen? Wo sind die Themen, die wir ändern müssen? Müssen wir uns, Frau Walsken, mit Meldeordnungen nochmal auseinandersetzen? Müssen wir sie aktualisieren? Die Meldeordnung bei Ihnen stammt aus dem Jahre 1977. Das ist, glaube ich, die älteste, in Arnsberg stammt sie aus dem Jahr 1995. Sind das immer noch Meldeordnungen, die auf

dem neuesten Stand sind? Wie arbeiten wir da nochmal intensiver zusammen? Das sind auf jeden Fall Fragen. Wir versuchen, auf die Fragen in diesem Bericht auch mit diesen vielen Anlagen wirklich Antworten zu geben, ohne dass ich zum heutigen Tag und zum heutigen Zeitpunkt jetzt schon wirklich die Schlussfolgerungen ziehen kann, so kann nach dem Motto: Ich schüttele mal eben aus dem Ärmel, die Meldeordnung muss so und so geändert werden.

Mein Eindruck ist nicht, dass es an einer veralteten Meldeordnung gelegen hat. Das sind nicht die Themen. Die müssen halt modernisiert werden. Aber das war nicht der Punkt. Wir müssen tatsächlich früher anfangen. Wir müssen uns ganz klar fragen: Wie ist es mit der Prognose des Hochwassers? Sie sagen alle, Sie hätten es gewusst. Sie hätten die Daten des DWD auch anders gelesen. Ich sage, auch in Rücksprache mit den nachgeordneten Behörden, wir haben sie so gelesen und interpretiert, wie sie waren. Das wird ein Streitpunkt zwischen uns sein, den werden wir auch nochmal intensiv führen müssen.

Wir werden uns auch mit dem DWD nochmal dazu auseinandersetzen müssen, egal ob jetzt mit oder ohne Rheinland-Pfalz. Aber das sind in der Tat Fragen, die wir beantworten müssen. Wir müssen schauen, dass der Hydrologische Informationsdienst im LANUV eine Möglichkeit hat, besser Prognosen abzugeben. Da fehlen ihm heute schlicht und ergreifend die Möglichkeiten zu. Deshalb kann man da überhaupt keinen Vorwurf draus machen. Aber es ist eine der wesentlichen Hausaufgaben, Herr Haupt, die wir machen müssen, dass wir diese Tools bekommen, dass wir mit der RWTH Aachen noch weitere Prognosesysteme in besonders betroffenen Regionen bekommen, dass wir uns mit dem Technischen Hochwasserschutz auseinandersetzen müssen.

Das werden auch Themen sein, die nicht überall gleichermaßen beliebt sein werden. Wenn nämlich die Gemeinde A am Oberlauf zuständig ist für den Hochwasserschutz der Gemeinde B, wir kennen die Diskussionen ja auch bei den Rheinanliegern, die werden wir künftig auch noch an anderen Stellen haben, nämlich mit einfach Retentionsflächen wird es da tatsächlich nicht getan sein. Wir haben viel zum Thema Starkregen gemacht. Starkregengefahrenkarten sind ein Thema, was intensiv bei uns im Haus diskutiert wird. Da werden wir uns sicherlich auch anschauen müssen, ob wir Starkregengefahrenkarten auch verpflichtend vorschreiben in den Kommunen. Wir wissen, dass die Prognosefähigkeit dieser Karten sehr gut gewesen ist, auch jetzt, welche Auswirkungen Starkregen hatte – ähnlich wie die Hochwasserkarten. Das sind alles Themen, die wir jetzt sukzessive abarbeiten müssen und die uns intensiv beschäftigen müssen.

Die SPD-Fraktion hat einen umfangreichen Fragenkatalog, den ich gerade bekommen habe, an die Staatskanzlei geschickt mit allen Fragen auch zur Kommunikation innerhalb der Landesregierung. Wir werden Ihnen diese Fragen beantworten, und anschließend werden wir uns sicherlich darüber austauschen, ob diese Antworten zu Ihrer Zufriedenheit erfolgt sind. Ich glaube, unter Verweis auf diesen umfangreichen Fragenkatalog sage ich zu diesem Thema nichts mehr, außer vielleicht einen kleinen Hinweis. Herr Stinka, das würde ich jetzt gerne nochmal im Protokoll vermerkt sehen. Sie haben

eben die Aussage getroffen, so wie Ihr es in Rheinland-Pfalz macht, mit „Ihr“ waren wir, also die CDU-Kollegen, gemeint, machen wir es auch. Wenn das die Motivation ist, hier Politik zu betreiben, das ist, können wir gerne so machen. Ich finde, genauso wie die CDU in Rheinland-Pfalz Fragen stellt, ist es berechtigt, dass Sie Fragen stellen. Nicht, dass Sie mich hier falsch verstehen. Das finde ich total berechtigt und habe überhaupt kein Problem. Sie haben eben gesagt, Sie hatten ja zum Glück ein Wortprotokoll verlangt. Dann können wir uns das nochmal angucken. Ich würde uns nur anraten, uns spätestens nach dem 26. September, jedenfalls für ein kurzes Zeitfenster, inhaltlich mit den Themen auch tatsächlich auseinanderzusetzen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dann gehe ich weiter. – Frau Walsken, es waren noch Fragen an Sie gestellt.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Ich hatte zwei Punkte. Frau Winkelmann, das war Ihr Wunsch.

Ich will mal ganz spontan sagen, Meldeordnung – das hat die Ministerin gesagt – sehen wir jetzt auch nicht im Zentrum, muss man sich nochmal anschauen. Was uns in der Krisenstabsarbeit dann schwer behindert hat, war, dass es mehrere Tage ab Donnerstagmorgen, Mittwochnacht keine Kontakte mehr nach Euskirchen gab, weder über Handy, über Festnetz, Satellit und Funk. Wir haben dann Menschen aus unserem Katastrophenschutzdezernat rausgeschickt mit der Bitte, uns Bilder zu schicken – ich habe es eben schon angesprochen –, uns Informationen zu geben, damit wir überhaupt im Krisenstab in der Lage waren, das THW oder andere Hilfsorganisationen möglichst zielgerichtet in das Gebiet hineinzubekommen.

Da kam noch der Bruch der Kiesgrube in Blessem hinzu. Da würde ich – das müssen wir uns anschauen – überlegen, ob es in 2021 da Möglichkeiten gibt, doch noch irgendwie an Kommunikation zu kommen. Wir hatten das Problem, dass Mobilfunkmasten total weggespült waren, zerstört waren, mehrere Tage, fast eine ganze Woche die Telekom gebraucht hat, um überhaupt wieder Kontakte herzustellen, sodass wir erst, Mittwoch war das Ereignis, fast eine Woche später wieder zumindest auch mal eine Nachricht, eine Mail schicken konnten, überhaupt einen Kontakt hatten. Ich habe es selbst versucht, auch mit Landrat und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, das war schwierig. Also insofern ist das für mich, einfach aus der konkreten Arbeit, ein Punkt, über den wir uns unterhalten müssen.

Das mag jetzt fachlich nicht unbedingt hierhin gehören, aber Sie haben gefragt, was ist dringlich? Denn wenn man dann in dem betroffenen Kreis keine Kontakte mehr hat, nur die Bilder sieht, das ist schwierig gewesen. Trotzdem haben wir versucht, dank auch guter Arbeit der Hilfsorganisationen und der Bundeswehr da weiterzukommen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Der Regionalratsvorsitzende aus Köln, Herr Deppe, ist Mitglied dieses Ausschusses. Was wir machen müssen, jetzt auf der Zeitschiene ist, uns Gedan-

ken zu machen: Bauen wir da, wo weggespült worden ist, 1:1 wieder auf? Oder müssen wir uns nicht Gedanken machen vor dem Hintergrund anderen Kartenmaterials, aber auch der Überlegung, wie wir in der Regionalplanung umgehen mit Flächen, von denen wir jetzt wissen, sie sind bedroht vom Hochwasser? Egal, was ich jetzt zugrunde lege, welches mittlere Hochwasser, wir werden das an der Stelle jetzt schnell angehen.

Wir sind in der Beratung des Regionalplans. Wir müssen vor dem Aufstellungsbeschluss schauen, dass wir bei dem, was wir an Erkenntnissen jetzt mitnehmen, was wir über die betroffenen Gebiete jetzt wissen, versuchen, an der Stelle einen ersten Schritt zu machen. Das ist mir sehr wichtig, weil wir das Glück haben, im Regierungsbezirk Köln jetzt gerade die Novelle des Regionalplans vor uns haben und wir Ende des Jahres den Aufstellungsbeschluss fassen wollen. Bis dahin wollen wir gucken, dass wir mit möglichst fundierten Daten an bestimmten Stellen schon versuchen, Leitplanken da einzuziehen. Das ist noch sehr allgemein, sorry, aber das ist das, was wir im Moment vorbereiten, auch für den Regionalrat, Herr Deppe ist hier, auch mit unseren Fachleuten in der Regionalplanung dahinter. Das sind so zwei Punkte, die ich ganz gerne hier ansprechen wollte. – Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Walsken. Dann gehen wir in die nächste Fragerunde. – Herr Keith, bitte.

Andreas Keith (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, wir könnten uns ab dem 26.09. dann auch vielleicht mit den Fachfragen und den fachlichen Dingen beschäftigen. Ich warte nicht bis zum 26.09. Ich glaube, viele Kollegen beschäftigen sich natürlich in den Stadträten aber auch hier im Land in ihren Ausschüssen schon längst damit, was man tun kann, ob das die Meldeketten sind, ob das die Warnsysteme sind, ob das der Hochwasserschutz temporär ist oder ob das auch dann entsprechende Versiegelungsflächen sind oder die Flächennutzungspläne, wo man dann schauen muss, wo kann man Sickerflächen anlegen bzw. sollte man da bauen? Das machen wir doch schon längst. Stellen Sie uns doch nicht hin, als würden wir jetzt nur auf einzelne Fragen abstellen und würden hier ein Riesenei machen, ob Sie mit dem Herrn Ministerpräsident telefoniert haben oder nicht. Mir ist das persönlich auch egal.

Die gute Nachricht, die wir heute mitnehmen können, ist – ich höre aus den Worten der SPD, aber auch der Grünen heraus –, dass Sie eine PUA fordern. Sie schließen sich also unserer Forderung an. Sie werden sicherlich einen eigenen auf den Weg bringen, sei's drum, ist uns egal, bei Lügde war das auch so schon. Wir haben ihn gefordert, irgendwann kamen Sie hinterher „wie die alte Fassnacht", sagt man bei uns. Für die Menschen ist es wichtig, dass man diese Details, wer wann mit wem telefoniert hat, was wo wie passiert ist, aus dieser fachlichen Diskussion, da bin ich jetzt wieder bei Ihnen, rausnimmt. Das gehört vielleicht gar nicht in diesen Ausschuss, sondern das gehört in diesen PUA hinein. Und dann können wir uns auch wirklich über die fachlichen Dinge hier im Ausschuss dann unterhalten. Und den Trick, den Sie da immer versuchen, das kriege ich im Stadtrat mit, das kriege ich auch in anderen Räten

oder in Sitzungen mit, dann diskreditieren Sie den Fragesteller und holen sich dann den billigen Applaus Ihrer Fraktion ab, weil Sie ihm unterstellen, dass er keine Ahnung hat, wie eben gerade – als wüsste ich nicht, dass man während einem Hochwasserereignis nur gewisse Mengen ablassen kann. Das weiß jeder hier. Das hat doch jeder gelesen. Jeder hat sich mit Experten unterhalten.

Glauben Sie denn, wir sind so blöd und warten, bis das Ministerium kommt und irgendeine Geschichte erzählt? Und wir telefonieren nicht, wir stellen keine Fragen, wir lesen nicht dieselben Zeitungen, dieselben Berichte und wir sprechen nicht mit denselben Experten? Das ist so lächerlich, was Sie da immer machen. Da bleibt mit die Spucke weg. Sie machen das Geschäft schon so lange, und dann kommen Sie mit so billigen Tricks, und dann klatscht die Fraktion, freut sich, ah, wieder eine Nummer geschoben. Das ist doch auch nicht dem Ereignis angemessen, und das ist doch genauso wenig zielführend wie das, was Sie dann auch immer den anderen Leuten unterstellen.

Und wenn Sie dabei sind, ich finde schrecklich, was Herr Reul gesagt hat. Er hat dann auch noch die Arbeit des Koordinationsstabes verteidigt und gesagt – und das ist echt das Brutalste, was in dieser ganzen Krise in den letzten Tagen und Wochen gesagt worden ist: Wenn wir einen Krisenstab eingerichtet hätten, hätten wir kein Haus und kein Menschenleben mehr retten können. Das ist irre. Ich gebe ihm Recht in einem Punkt. Wir hätten sehr wahrscheinlich kein Haus retten können, sehr wahrscheinlich nicht, aber Menschenleben hätten wir, wenn Sie richtig gehandelt hätten, wenn Sie das richtig interpretiert hätten, retten können. Ich fand es eben auch krass, als gesagt wurde: Wen sollten wir denn da suchen im Internet, Wetter.de, Kachelmann.dot.com? Wir haben unseren Wetterdienst, und der ist ganz oben, und auf sonst hören wir niemand. Es ist natürlich Ihre Pflicht, sich breit zu informieren und sich eine breite Meinung zu holen und dann zu bewerten und Entscheidungen zu treffen, und da ist natürlich jedes Mittel recht.

Wir gehen ja nicht nur unten in die Bibliothek und gucken uns die Bücher an, nein, wir googeln, wir sprechen mit Experten, wir machen Anhörungen, was auch immer. Und Sie sagen jetzt, nee, das ist mir zu viel, Kachelmann ist mir doch egal. Was habe ich damit zu tun? Das fand ich schon fast dekadent, was Sie da gemacht haben. Ganz ehrlich, diese Unterstellung, lassen Sie das bleiben! Das können wir dann im PUA alles tun. Das läuft ja jetzt auch, und wir haben schon für viel weniger Dinge einen PUA eingebrufen. Ich denke nur an Frau Schulze Föcking. Aber das hier, das muss aufgeklärt werden, und das gehört in einen PUA. Ich bin froh, dass der dann auch, so wie ich das jetzt raus höre, bei der nächsten Plenarsitzung beantragt wird. Wir werden einen auf jeden Fall beantragen. Ich hoffe, dass die SPD und die Grünen sich nicht zu viel Zeit lassen, sondern dass sie das dann vielleicht zeitnah auch machen, dass wir dann auch Ihrem PUA zustimmen können und dass wir den einsetzen können. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Nolten, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ja, Herr Keith, aber von Niederkatätschen hat Ihr Kollege gesprochen. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, aus einer Gemeinde, die auch Hochwasserbetroffen ist: Wenn ich mir die Meldekette angucke, dann weiß ich, wer für die Warnung vor Ort verantwortlich ist. Und das ist weder die Regierungspräsidentin noch die Ministerin, so. Deswegen sind diese Verallgemeinerungen, wie Sie sie hier auch machen, Sie werfen es uns hier vor und machen es selber. Sie reden von **den** Talsperren. Dann reden Sie doch bei 65 Talsperren von einer, die Ihnen am Herzen liegt, habe ich kein Problem mit.

Aber wir haben 65 Talsperren in ganz unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen, die ganz unterschiedliche Aufgaben haben, reine Trinkwassertalsperren, dann Talsperren, die Brauchwasser bereitstellen, andere, die sogar für Energieerzeugung gebaut worden sind, und natürlich auch solche, die eine Hochwasserschutzfunktion haben. Und wir haben bei uns im Wasserverband Eifel-Rur Talsperren, die Urfttalsperre, die ist bei diesem Ereignis von 37,7 Millionen auf 48 Millionen m^3 gestiegen, die hat über 10 Millionen m^3 Wasser gefasst.

Wenn das nichts ist, dann machen Sie sich einen Würfel und gucken sich mal 10 Millionen m^3 an. Da war ein Zulauf. Eben wurde gezeigt, 10.000-jähriges Ereignis. In Gmünd, der historische Pegel bei über 3 m und jetzt bei über 6 m als neue historische Marke. Da sind über 500 m^3 in die Rurtalsperre, in die Urfttalsperre rein. Und in der Konsequenz hat sie nachher 300 abgegeben und das sind nochmal 25 Millionen m^3 in der Rurtalsperre gefasst worden. Und dass Sie hier so ganz allgemein dahinplätschern und sagen: die Talsperren. Wenn Sie ein Problem mit der Wuppertalsperre haben, dann nennen Sie es auch so. Und wenn es sachdienlich sein soll, dann muss man so differenziert darangehen.

Und, Herr Rüße, im Münsterland gibt es weniger Talsperren, die sind bei uns in der Tat in den Mittelgebirgslagen stärker da, aber die werden bei uns gefahren mit Lamellenplänen. Da sind Hydrologen in den Verbänden, in der Bezirksregierung. Ich glaube, Frau Klein wird gerne gleich bereit sein, Ihnen auch mal zu erläutern, wie derartige Lamellenpläne zustande kommen, wo dann automatisch feststeht, wann die Abgabe gedrosselt und wann sie hochgefahren wird. Da braucht es tatsächlich niemanden, außer vielleicht einen, der dann nachher auf der Webseite noch schreibt, wir haben jetzt erhöht. Aber selbst das kann ich automatisieren.

Die Lamellenpläne stehen, die sind gesetzlich. Wir haben sie vereinbart, sie sind entsprechend abgesichert. Die werden auch dann umgesetzt. Im konkreten Fall hat man dann noch zusätzliche Erhöhungen gemacht, weil man der Meinung war, es ist vertretbar in der Situation, in dem tatsächlichen Niederschlagsereignis 13. bis 15. Gehen Sie da bitte nicht so ganz allgemein mit um. Wer das so macht, der zeigt, dass er sich mit der Sache nicht im Detail beschäftigt. Und es kann hier nur dienlich sein, wenn wir nach vorn gucken wollen.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Delschen. Wenn ich mir angucke, im Hydrologischen Guidance vom Mittwoch, dem 14.07., steht drin: Vom heutigen Mittwochmorgen bis Freitagmorgen können nach aktuellem Stand aufsummiert nochmals im Westen und Südwesten flächig 30 bis 60 l pro m^2 von der Eifel bis ins südliche Ruhrgebiet,

Richtung Saarland und Schwarzwald örtlich 100 bis 150 l/m^2 zusammenkommen. Damit wären lokal insgesamt sogar mehr als 200 l je m^2 denkbar. In den übrigen Regionen fällt etwas weniger. Dann steht hintendran: EFAS zeigt im Zeitraum, Größe 48 Stunden, weiterhin erhöhte Signale für das Überschreiten eines fünfjährigen Hochwassers an mehreren großen Flüssen im Südwesten und Westen Deutschlands, speziell Rhein und Zuflüsse. Und dann kommt der schöne Satz: Oftmals sollten aber auch die Schwellen für ein 10- bis 20-jähriges Hochwasser erreicht werden, wobei anhand der Ensembleprognosen vereinzelt selbst ein 50-jähriges Hochwasser nicht komplett auszuschließen ist. Und jetzt hätte ich die Frage, wie ich das denn dann ganz konkret für meine Eifel interpretieren soll?

Und dann habe ich noch eine Frage an die Regierungspräsidentin, und zwar in dem Bericht auf S. 40 steht drin: Im Verlauf der Hochwasserkatastrophe sind eine Vielzahl von Anlagen in und am Gewässer teilweise schwer beschädigt worden. Für mich stellt sich ganz konkret die Frage – wir haben die Gewässerstrukturen, die sind ja beschrieben worden, dass es da auch wieder Rückverlegungen gab, dass man da drin gearbeitet hat –, das größte Problem sehe ich da drin, dass wir teileingestürzte, nicht mehr standsichere Ufermauern haben. Es besteht die Gefahr, dass da tatsächlich auch bei einem nächsten stärkeren Regelereignis auch tatsächlich die Mauern da einbrechen und damit natürlich auch die Sicherungen für angrenzende Häuser usw.

Da wüsste ich gerne, wenn Sie mir eine Orientierung geben, wie gehen wir dieses Problem an?, wobei wir eine Vielzahl von Eigentümer haben und auch immer noch so genau wissen, wie wir es denn im Detail da machen. Ich glaube, das ist eine sehr vordringliche Frage, die auch gerade diejenigen, die am Fluss wohnen und die jeden Tag dann da auf die Lücken in den Mauern gucken, gerne beantwortet hätten. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, ich sammele noch weiter. – Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Es ist gerade schon zum Ausdruck gekommen, ich verstehe Sie ja, dass es wahrscheinlich die einzige Chance ist, die Fragen hier zu diskreditieren und dass, worüber es eigentlich zu sprechen gilt, runterzudrücken. Und wenn Sie sich wie die Prätorianer vor Ihre Ministerin werfen, ist das auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Bedeutung der Frage des Telefonierens für Sie deutlich machen, auch fürs Protokoll, denn sie ist essentiell dafür, wie man künftig besser arbeitet in der Spitze des Ministeriums. Und ich habe Sie alle so verstanden, darüber sollen wir heute sprechen. Deswegen nochmal, die Frage ist wichtig. Wir haben schon in der Sondersitzung gefragt, haben Sie mit dem Ministerpräsidenten telefoniert, nicht um einen allgemeinen Plausch zu halten, sondern die Folgefrage ist doch ganz klar, um ihm den Katastrophenfall nahezulegen, einen Krisenstab nahezulegen, so wie es der Innenminister am 14. getan hat? Er hat drüber gesprochen, er hat es nicht nahegelegt, sondern hat mit dem Ministerpräsidenten darüber gesprochen. Die beiden Jungs haben das Thema abgeräumt. Und Sie sagen erst, ich reiche es

nach und sagen dann: In der Süddeutschen Zeitung, ist ja nicht irgendeine Pillepalle Zeitung, werden Sie zitiert mit den Worten: Die Daten sind weg. Heute sagen Sie: „Wie die darauf kommen, weiß ich nicht“. Das war gerade der Punkt. Die Süddeutsche Zeitung zitiert Sie da. Ich habe da kein Dementi gehört.

Die Frage, haben Sie dem Ministerpräsidenten einen Krisenstab empfohlen?, ist eine wichtige. Den Krisenstab können Sie ihm nur empfohlen haben, indem Sie ihn angerufen haben. Deswegen die Frage.

Herr Reul mittlerweile bereut es, dem Ministerpräsidenten das nicht empfohlen zu haben, was ich auch gut verstehen kann, weil alle anderen Bezirksregierungen sofort reagiert und Krisenstäbe eingerichtet haben, weil man natürlich über Krisenstäbe sehr viel besser die Lage managen kann.

(Zuruf: Ja, sicher!)

Nochmal – ja sicher, höre ich gerade, sehr schön fürs Protokoll.

Sie haben sich damit zufriedengegeben, Teil einer Koordinierungsgruppe zu sein, ab wann eigentlich überhaupt? Am 15.07., so steht es in Ihrem Bericht, kam irgendwann zwischen 8:00 Uhr und 8:26 Uhr die Einladung, doch da mitzumachen. Wann das erste Mal tatsächlich eine Mitarbeiterin oder Mitarbeiter des Ministeriums teilgenommen hat, werden Sie sicherlich noch nachreichen können. Das ist auch in Ordnung so. Aber anders, als es in allen einschlägigen Plänen vorgesehen ist, dass dann die Abteilungsleitung oder auch Referatsleitung dran teilnimmt – gut, die ist jetzt vakant –, die konnte man nicht schicken, da gab es keine Referatsleitung – ,nein, da wird eine Mitarbeiterin geschickt des Hauses, die sicherlich kompetent ist, aber eben viel zu spät dazu geholt wird. Die Katastrophe war da schon längst geschehen. Ich frage mich, wann die erste Sitzung tatsächlich mit ihr oder mit ihm, der Mitarbeiterin, dem Mitarbeiter stattgefunden hat?

Und jetzt nochmal: Der Deutsche Wetterdienst hat heute – Zitat – gesagt, das Ereignis war erkennbar und vorhersagbar – erkennbar und vorhersagbar,

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Katastrophe mit Ansage!)

weil hier immer etwas anderes gesagt wird, es war angeblich anders, man konnte nicht so richtig. Herr Lieberoth hat noch gesagt: Stimmt auch, wir konnten die Einordnung nicht so richtig vornehmen. Wir wussten nicht, wo das passieren würde. Und da machen ich Ihnen auch zum Vorwurf – Kollege Stinka hat es gerade gesagt, Frau Ministerin –, dass Sie hier die Ministerin in Rheinland-Pfalz zitieren mit einem kleinen Satz: Wir nehmen die Lage ernst, auch wenn kein Extremhochwasser droht. – Sie sagt aber unter anderem auch: Für die kleineren Gewässer und Einzugsgebiete wurde auf der Webseite des Hochwassermeldedienstes vor der regionsbezogen, zum Teil hohen Hochwassergefährdung gewarnt. – An anderer Stelle sagt sie auch nochmal: Wir warnen ausdrücklich an den kleinen Flüssen. – Nicht irgendjemand, sondern die Ministerin des Landes, und dann kommen wir wieder auf den Punkt.

Die Umweltministerin war hier in der Verantwortung, genau das zu tun. Deswegen geht es nicht nur um die Meldeketten, sicherlich auch. Aber Sie können diese Diskussion

nicht aufs Nebengleis schieben, indem Sie uns mit Meldeketten hier zwei Stunden beschäftigen. Die sind wichtig, keine Frage. Aber Sie versuchen damit permanent, von der Verantwortung dieser Ministerin abzulenken. Und deswegen ist die Frage, die sich am Ende stellt und die sich auch die Menschen da draußen stellen – hier Ihre rhetorische Keule, nach dem Motto: Ah, Sie sind nicht nah bei den Menschen. Das ist ja nichts anderes als eine rhetorische Keule.

Die Menschen fragen sich auch: Hätte es eine Chance gegeben, dass Menschen hätten überleben können, weil davor besser gewarnt worden wäre? Diese Frage stellen sie sich die Menschen. Die fragen sich, war es erkennbar und vorhersagbar? Der DWD sagt ja. Und was hätte das zuständige Ministerium besser machen können? Einige Hinweise dazu habe ich Ihnen heute gegeben. Wie das weitergeht, werden wir sicherlich in den nächsten Tagen und Wochen noch sehen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne nochmal inhaltlich zu den Talsperren kommen. Und Herr Dr. Nolten, Sie haben natürlich recht, als Münsterländer bin ich ja kein Talsperrenexperte, das ist geschenkt.

Aber die Beschreibung, die Sie machen, das sei irgendwie automatisch. Ich muss das ja alles gar nicht wissen, ich nehme einfach den Bericht. Und in dem Bericht steht zu dieser Grafik – ich zitiere –: In der Abbildung 6 ist der Füllstand Ennepetalsperre abgebildet, die ebenfalls der Trinkwassergewinnung dient. Es ist zu erkennen, dass der Betreiber – also frühzeitig – und obwohl die Talsperre keine Hochwasserschutzfunktion besitzt, mit der Absenkung des Stauinhalts der Talsperre begonnen hat. Wenn ich diesen Bericht nicht völlig falsch verstehe, dann hat hier ein Mensch und nicht irgendeine … Sie haben von Lamellen gesprochen, ich habe keine Ahnung davon. Aber ich verstehe es so, dass hier ein Mensch entschieden hat, jetzt wird Wasser abgelassen, damit wir Speicherkapazität haben.

Da war also jemand, der hat diese Unwetterwarnung ernst genommen. Wenn ich mir das angucke, am 12.07., das habe ich ja schon mehrfach gesagt, 10:20 Uhr kommt diese Wettermeldung an zwölf Kreise und kreisfreie Städte. Das ist schon ein erheblicher Teil von Nordrhein-Westfalen. Wenn das jetzt nur in einem Kreis oder zwei Kreisen gewesen wäre, hätte ich ja noch gesagt, okay, das ist irgendwie sehr begrenzt. Aber das ist schon ein größeres Ereignis. Deshalb hätte ich wirklich von Ihnen als Ministerin gewusst, wie Sie ab dem 12. gehandelt haben. Das wäre für mich entscheidend, das ist für mich der 12.07., 10:20 Uhr, eine Stunde später vielleicht. Da müsste eigentlich was passieren, und das wüsste ich gerne.

Und dann wüsste ich gerne zum Talsperrenmanagement, Ennepetalsperre. Ich gehe davon aus, ein Mensch hat entschieden: Wir lassen ab, um Speicherkapazität zu gewinnen. Jetzt wüsste ich gerne, hat es da irgendwelche Rückkopplungen gegeben? Ich wüsste auch gerne, das ist ja im Bericht zu finden, das ist manchmal auch ein bisschen unglücklich – da mache ich Ihnen gar keinen Vorwurf draus –, aber in diesem Referat „Hochwasserschutz, Talsperren“ gibt es eine Umstrukturierung an der Stelle,

die Referatsleitung ist nicht besetzt. Es ist jetzt genau dieses Referat an der Stelle betroffen. Ein Referat ist vielleicht auch tatsächlich, das habe ich auch schon mal gesagt, nicht ganz so arbeitsfähig in dem Moment, wenn die Referatsleitung fehlt, keine Ahnung.

Ich frage das ja nur. Aber ich wüsste gerne, ob mit anderen Talsperren kommuniziert wurde. Und das Interessante ist: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, greifen auch die Wasserverbände auf den DWD zu und haben auch die Aufgabe. Und dann scheinen da andere Schlüsse gezogen worden zu sein, und das wüsste ich einfach gerne.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt spricht Herr Schick, bitte.

Thorsten Schick (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Schneider, Sie sagten, wir müssten aus so einer Situation lernen und besser werden. Ich habe gerade den ersten Teil damit verbracht, mir nochmal alte Zeitungsmeldungen von 2014 – Unwetter in Münster – und das Krisenmanagement der damaligen Landesregierung anzuschauen. Wenn wir das mal übereinanderlegen, dann werden wir feststellen, dass die Lernkurve aber ganz gewaltig war.

Es kommen ja einige Leute aus der Region, eine Woche Funkloch. Nach einer Woche waren in den entsprechenden Gebieten schon jede Menge Minister und haben sich dort vor Ort die Situation angeschaut. Damals dauerte es noch monatelang, bis die Regierungsfraktionen dann klein beigeben mussten und deutlich machten, dass das Funkloch wohl doch nicht eine Woche gedauert hat. Also, jeder der jetzt hier kritisiert, der soll sich bitte einmal diese Dinge, die damals gewesen sind, anschauen.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Hier gab es 49 Tote!)

– Frau Watermann-Krass Sie können sich gerne melden, Sie können das gerne nochmal erklären, wie das damals gewesen ist. Ich glaube, dass das gerade sehr viele neue Abgeordnete brennend interessiert, wie desaströs damals vor Ort das Krisenmanagement war. Nicht wenige Zeitungen haben hinterher auch von Lügen berichtet. Ich glaube, da hätte man wirklich einen Untersuchungsausschuss machen können. Aber wir haben es im Interesse der Menschen und im Interesse des Fortkommens damals nicht gemacht. Aber das ist das eine Thema.

Das andere Thema, Frau Blask, ich komme jetzt zu dem Wahlkreis, der uns beide betrifft, und da muss man vielleicht auch mal Dinge nebeneinanderstellen. Altena, das weiß jeder, war mit die erste Kommune, die am stärksten betroffen war. Wenn ich – dort fließt die Lenne – den Fluss Richtung Quelle etwas weiter hochgehe, dann haben wir da die Stadt Werdohl, wir haben die Stadt Plettenberg, deutlich weniger getroffen. Jetzt kann man sagen, okay, dann hat sich das etwas weiter Richtung Mündung vollzogen. Aber hinter Altena liegt die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde, deutlich geringeres Schadensthema. Dann kommt die Stadt Iserlohn, da haben wir den Ortsteil Lasbeck, große Schäden, dann kommt Letmathe-Zentrum, kleine Schäden, auf der Insel wieder mehr und dann kommt Hagen-Hohenlimburg, Nahmer, mit ganz gewaltigen Schäden

wieder. Das sind einzelne Bergrücken, einzelne Hänge, die jeweils in eine paar Kilometer Entfernung auseinanderliegen, wo auf einmal das Schadensbild gravierend unterschiedlich ist – und das auf einem ganz engen Raum.

Und jetzt haben wir da oben die entsprechenden Meldeketten. Ich warne davor, so zu tun, als ob irgendein System exakt vorhersagen könnte, dieser Bergrücken, diese Straße ist das, was in extremen Maße betroffen ist. Das wird nicht funktionieren. Diejenigen, die jetzt so tun, versündigen sich an diesen Menschen. Ich kann das nicht vorhersagen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Weil man das nicht kann, muss man anders handeln!)

– Ja, wie handelt man denn anders? Evakuiert man dann? Wissen Sie, von wieviel tausend Menschen wir da sprechen, die mal eben evakuiert werden müssen? Mein Vater wohnt in einem dieser Täler. Ich weiß auch, wie die Leute sprechen. Mein Vater ist auch evakuiert worden. Wenn ich dem hier dieses Protokoll hinterher vorlege, ich glaube, er schämt sich für etliche Abgeordnete, die hier sitzen. Die Menschen, die da vor Ort sind, nehmen zur Kenntnis, dass in einem Tal weiter auf der anderen Seite des Bergrückens das Unwetter völlig anders zugeschlagen hat. Sie glauben nicht, dass es durch irgendeine Meldung möglich gewesen wäre zu sagen, die hier müssen das Haus verlassen und die auf der anderen Seite müssen es nicht verlassen.

Wir haben mehrfach gehört, dass es ein Ereignis war, was nicht alle zehn, nicht alle 100 Jahre, sondern in ganz anderen Zeiträumen auftritt. Es ist richtig und wichtig, dass wir besser werden und gucken, wo wir Schwachstellen haben und wo wir verbessern können. Aber das, was hier immer mitschwingt, ist die Behauptung – das ist ja auch mehrfach gesagt worden –, Tote hätten durch eine etwas andere Meldekette vermieden werden können.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Das glaube ich mittlerweile wohl!)

Die Menschen vor Ort glauben nicht, dass das so einfach möglich gewesen wäre. Und das ist eher ein Ausnutzen derjenigen, die gestorben sind, für parteipolitische Interessen. Und dafür – das muss ich sagen auch im Namen der Menschen, mit denen ich gesprochen habe – schäme ich mich.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, dann würde ich jetzt bitten um Antworten. – Frau Ministerin, dann Frau Walsken und dann Herr Dr. Delschen. – Bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herr Rüße, auf S. 78 des Berichts finden Sie eine Darstellung über die Stellenausstattung des zuständigen Referats. Wir haben das Referat geteilt, das war bisher Hochwasserschutz und Gewässerökologie, weil wir gesagt haben, das Referat ist zu groß angesichts dieser wirklich sehr unterschiedlichen Themen, um hier konzentriert zu arbeiten. Wir haben uns deshalb entschieden, Hochwasserschutz und Talsperren zusammenzuführen. Das haben wir im Übrigen schon weit vor dieser Katastrophe entschieden. Das sehen Sie in dem Stellenplan.

Wir sind jetzt schon seit geraumer Zeit im Auswahlverfahren, Ausschreibungen etc. Das war schon lange vor der Sommerpause der Fall. Sie können davon ausgehen, dass wir das Thema, weil wir auch die Klimafolgen sehr ernst nehmen, in diesem Bereich sehr ernst nehmen. Da sehen Sie, dass bei uns die Zielgröße ist, auf jeden Fall drei Referentinnen in diesem Bereich sicher zu haben, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Und wenn Sie sich angucken, im Jahr 2011 war es gerade mal eine, und das zog sich die ganze Zeit durch. Und dass wir hier personelle Verstärkung brauchen, ist klar.

Ich möchte zum Abschluss – ich gehe davon aus, dass das der Abschluss ist, aber ich habe auch den ganzen Abend nichts anderes vor, wir können die Hauptpunkte weiter diskutieren, abgesehen von der Kommunikation, das wird ja beantwortet anhand der Fragen, die die SPD-Fraktion gestellt hat – doch noch mal ein paar Dissenspunkte darstellen, um die es tatsächlich geht. Sie werden auch für die weitere Aufarbeitung entscheidend sein.

Der ganz entscheidende Punkt ist: Wie sicher, präzise kann man Wetterwarnungen in hydrologische Berichte aktuell umsetzen? Warum haben wir, alle Kollegen – es ist ja nicht nur die Hydrologische Abteilung im LANUV gewesen, sondern es ist auch in anderen Ländern bekanntermaßen der Fall gewesen –, warum ist die Einschätzung dieses Ereignisses von den – ich sage das jetzt mal offen – Experten, ich bin weder Hydrologin noch Meteorologin, anders gewesen, als sie jetzt von Ihnen vorgenommen wird, oder wie der DWD heute in seiner Pressemeldung sagt? Das ist eine Frage, der werden wir intensiv nachgehen, und wir werden uns auch hierüber mit dem DWD nochmal austauschen müssen. Denn hier gibt es ja unterschiedliche Interpretationen.

Ich sage, von allem anderen abgesehen, ist es auch die entscheidende Frage, wie wir uns in Zukunft aufstellen, nämlich wie schaffen wir es, bessere, klarere Prognosen zu bekommen, die wir dringend benötigen, weil wir im Klimawandel sind? Und hier gibt es einen klaren Dissens zwischen Ihnen und zwischen uns. Und diesen Dissens muss man dann jetzt mit Expertise aufarbeiten. Ich kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Fehlinterpretation beim LANUV feststellen. Ich bin keine Expertin von Wetterwarnungen, deshalb halte ich mich da lieber ganz zurück, aber ich bin auch darauf angewiesen, was mir meine Experten aufschreiben. Ich kann Ihnen sagen, zum jetzigen Zeitpunkt habe ich keinerlei Veranlassung zu glauben, dass sie in der Interpretation der Warnung einen Fehler gemacht haben.

Wir haben Ihnen das dargestellt. Wir haben alle DWD-Warnungen zusammengefasst. Dann wird man sich das jetzt weiter anschauen müssen. Es wird immer gesagt, die privaten Anbieter. Das hat tatsächlich damit zu tun, dass der DWD eine Oberste Bundesbehörde ist und als solcher wir auch gesetzlich mit ihm verbunden sind, was die Warnungen angeht. Ich weiß nicht, ob sich der DWD mit Kachelmann, Wetter oder anderen beschäftigt. Das ist auf den Ebenen, glaube ich, unterschiedlich. Aber ich würde uns das jetzt nicht anraten. Es geht auch um ganz viele Fragen, Herr Dr. Delschen hat das erklärt, rund um den DWD und die Zusammenarbeit mit den weiteren Behörden. Ich sehe das als Hauptdissenspunkt hier, und diesen Dissenspunkt werden wir in der Tat aufarbeiten müssen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Walsken, bitte.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Ja, ganz gerne nochmal, Herr Dr. Nolten hatte mit Bezug auf den Bericht S. 40 das Thema Talsperren und erhebliche Schäden an den Talsperren nochmal angesprochen. Soweit wir zum jetzigen Zeitpunkt das einschätzen können, gerne. Frau Klein wird übernehmen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Klein, bitte.

LRBD'in Beate Klein (Bezirksregierung Köln, Dezernat 54): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Herr Dr. Nolten, Sie hatten aber die Schäden an den Gewässern angesprochen, gar nicht die Schäden an den Talsperren?

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Sie meinten die Schäden an den Gewässern, ganz genau.

Durch das Hochwasserereignis an den Gewässern, sei es an den größeren Gewässern oder an den Nebengewässern, sind jetzt Schäden entstanden, die zu einer neuen Gefahrensituation bei einem nächsten Hochwasser führen. Das Problem mit den instabilen Ufermauern in der Region ist mir auch bekannt. Da müssen wir schnelle Lösungen finden, da bin ich ganz bei Ihnen.

Die Frage ist, wer muss das veranlassen? Da sind wir im klassischen Vollzug, dem Bauen von Anlagen in und an Gewässern mit verschiedenen zuständigen Behörden. Ich schlage vor, dass dann entsprechend der Unterhaltungspflicht, die in den meisten Bereichen, in denen Sie tätig sind, auf der Ebene des WVER oder der Kommunen liegt,

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

an den Stellen, an denen tatsächlich jetzt akute Gefahren noch vorhanden sind und wo gehandelt werden muss, wo gegebenenfalls auch mit behördlichen Anordnungen gearbeitet werden muss, weil man nicht weiterkommt, der zuständige Unterhaltungspflichtige nochmal auf uns zukommt oder auf die jeweilige Wasserbehörde. Zum Teil sind es ja auch die Unteren Behörden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Klein. – Herr Dr. Delschen, ich glaube, Sie hatten auch noch eine Frage zu beantworten, bitte.

Präsident Dr. Thomas Delschen (LANUV): Ja, ich glaube, ich bin nochmal gefordert, zu dieser Schnittstelle Meteorologie/Hochwasserwarnung etwas zu sagen, DWD-Meldung.

Ihre Frage war ja – und das stand auch, glaube ich, im Raum –: Hat EFAS uns gewarnt, und wir haben es nicht ernst genommen? Sie haben die Meldung zitiert, was EFAS tatsächlich beinhaltet hat. Die Meldungen sind ja auch in dem Bericht enthalten. Sie

können dort nachlesen, dass es eben nur sehr allgemeine, sehr großräumige und sehr vage Warnungen waren, die der DWD aber übrigens in seinem Bulletin übernommen hat.

Jetzt möchte ich aber nochmal sagen, auch damit da kein Missverständnis entsteht: Wir haben nicht gesagt, die Meldungen vom DWD sind so beknackt, die beachten wir nicht – mal platt gesagt – und haben die beiseitegelegt. Das können Sie nachlesen in unseren Lageberichten. Wir haben die erste DWD-Meldung am 12., die ernsthaft etwas über stärkere Niederschläge aussagte, zum Anlass genommen, den HID zu aktivieren. Das war der erste Punkt.

Und der zweite Punkt, wenn Sie dann die erste HID-Meldung vom 13.07., 13:30 Uhr sehen, dann haben wir exakt die Meldung des DWD dort wiedergegeben. Wir haben nicht gesagt, die sagen zwar 200 mm, aber so richtig glauben wir das nicht, sondern wir haben genau wiedergegeben, was der DWD wörtlich gesagt hat. Meine Kollegen haben daraus die Schlussfolgerungen gezogen und ich zitiere für die Gewässer in Nordrhein-Westfalen:

Es ist aufgrund der aktuellen Prognose jedoch davon auszugehen, dass ab dem Nachmittag vor allen Dingen in den Einzugsgebieten von Rur, Erft und Sieg die Wasserstände rasch ansteigen werden. Das ist für Hydrologen schon eine Aussage. Da steht nämlich nicht, das wird sich langsam aufbauen oder so, sondern es ist gesagt worden, rasch ansteigend, 13. um 13 Uhr. Wenn man sich jetzt die Folgemeldungen anschaut – man muss die Chronologie sehen, ich hatte vorhin schon einmal gesagt, es ist immer sehr wichtig, die Perspektive von damals einzunehmen und nicht von heute –, dann werden Sie in der Meldung am 14. sehen, dass das mit viel dramatischeren Worten noch beschrieben ist. Insofern auf Ihre Frage, Herr Nolten, man konnte aus den EFAS-Meldungen und auch aus den DWD-Meldungen nicht konkret ableiten, es wird an dieser oder jener Stelle dieses oder jenes passieren.

Aber wir haben die Signale schon wahrgenommen und haben sie auch transportiert in entsprechende hydrologische Meldungen, wenngleich – und da muss ich widersprechen – aus meiner Sicht das Ausmaß nicht vorhersehbar war. Nach den Äußerungen, die ich bisher von DWD-Leuten gehört habe, ist es so, dass sie nicht sagen, die Hydrologie war vorhersehbar, sondern sie sagen, es war vorhersehbar, dass solche Niederschläge kommen. Und das hat Herr Halbig am Montag auch nochmal deutlich gemacht, im Bereich des Niederschlags liegt das etwa beim 100-jährigen Ereignis. Das war für den Wetterdienst durchaus vorhersehbar, aber es ist an keiner Stelle so, jedenfalls ist mir das nicht bekannt, dass der Wetterdienst uns oder der Hydrologie vorwirft, jetzt aufgrund der Daten hätte man vorhersagen können, was für Hochwässer da entstehen. Das ist aus meiner Sicht bisher nicht gesagt worden.

Also nochmal, wir haben diese DWD-Daten ernst genommen, wir haben sie transportiert, und wir haben mit den Einschränkungen, die ich vorhin gemacht habe, auf dem Kenntnisstand, den wir hatten, eine Interpretation gemacht, die hinterher vielleicht übertroffen worden ist von den Ereignissen, aber im Vorhinein gesehen schon aus meiner Sicht den Hinweis auf den Ernst der Lage gegeben hat, wobei die Meldeketten auch funktioniert haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Delschen. – Ich schaue jetzt nochmal in die Runde. – Herr Dr. Nolten, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Darf ich Frau Klein nochmal bitten, dass sie etwas sagen zum Talsperrenmanagement, bevor hier der Eindruck entsteht, jeder kann mal ebenso an dem Schieber rauf- und runterfahren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Klein, bitte.

LRBD'in Beate Klein (Bezirksregierung Köln): Das kann ich gerne allgemein tun. Speziell zur Ennepetalsperre ich nichts sagen, weil sie nicht in meinem Zuständigkeitsbereich liegt. Aber wie Herr Dr. Nolten schon ausgeführt hat, gibt es für fast alle Talsperren sogenannte Betriebspläne, und diese basieren auf zum Teil 100 Jahre währenden hydrologischen Aufzeichnungen. Auf dieser Grundlage sind sogenannte Betriebspläne entwickelt worden, und das sind diese sogenannten Lamellenpläne, wie Herr Dr. Nolten sie auch angesprochen hat.

Das heißt, es gibt Sommerbetriebspläne, Winterbetriebspläne. Im Sommer fährt man dann größere Lamellen, das heißt, größere Volumina frei, damit man genau den Hochwasserfall auch abdecken kann. Und diese Lamellenpläne sind für jede Talsperre definiert, wie gesagt, basierend auf zum Teil 100-jährigen Datengrundlagen. Alle Betreiber haben sich jetzt auch in dieser Phase, auch in der Hochwasserphase im Wesentlichen an die Betriebspläne gehalten. In Ausnahmefällen, wenn sie davon abweichen wollten oder, wie wir ja schon gesehen haben, sahen, es droht da jetzt was, wir müssen noch ablassen, haben sie bei uns zum Teil auch Ausnahmen erwirkt.

Aber alle haben sich an die Betriebspläne gehalten, und das sind die gesetzlichen Grundlagen, auf deren Basis sie die Anlagen betreiben dürfen. Ich gehe davon aus, ohne dass ich mich da zu weit aus dem Fenster lehne, für die Ennepetalsperre entsprach das auch dem entsprechenden Betriebsplan, oder es ist eine entsprechende Ausnahme auch noch erwirkt worden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Rüße und Herrn Keith, Frau Watermann-Krass. Ich sammele jetzt nochmal, wer noch? Wir müssten dann, einfach mit Blick auf die Uhr, zum Schluss kommen. Wir haben noch einen anderen, sehr wichtigen Tagesordnungspunkt und danach noch 12 andere. – Dann Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich bin unschuldig, dass wir jetzt weitermachen, aber Herr Nolten hat es ja nochmal thematisiert. Ich habe an keiner Stelle gesagt, dass irgendwer unkontrolliert irgendwas da macht. Nein, das habe ich überhaupt nicht. Die Frage war, Sie haben vorher mir mitgeteilt, dass diese Veränderung, die ich dort festgestellt habe, möglicherweise mit längerfristig feststehenden Planungen zusammenhängen können.

In dem Bericht steht es aber anders drin, und dann muss man mir das einfach nochmal erklären. Entweder war es, bezogen auf das Hochwasserereignis, reiner Zufall, dass diese Talsperre abgesenkt wurde, oder aber, es ist so, wie es hier in diesem Bericht steht, dass der Betreiber frühzeitig mit der Absenkung des Stauinhalts der Talsperre begonnen hat. Ich lese diesen Bericht zumindest so, dass das gemacht wurde, um Stauraum freizubekommen. Also anders kann ich es gar nicht verstehen, und dann kann man mir das gerne im Nachgang nochmal erklären. Da bin ich sehr empfänglich. Ich freue mich auch immer über Fortbildungen, was Talsperren angeht, aber diesen Bericht habe ich an der Stelle so verstanden, und da bleibe ich auch dabei.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Okay. Danke und Herr Keith, bitte noch.

Andreas Keith (AfD): Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende! Da wollte ich gerade auch nochmal drauf abheben, Herr Rüße. Die Frage wurde nämlich eben nicht beantwortet. Ich hatte genau die Fragestellung an den Wupperverband gestellt, und ich hatte als Antwort bekommen, dass man schon ab Samstag Wassermengen über dem üblichen Maß zum Ausgleich oder zur Regulierung der Wupper abgelassen hat. Also das wurde schon aufgrund der eben genannten Punkte wie Sättigung der Böden, aufziehendes Unwetter usw. und sofort, von der Talsperre, zumindest vom Wupperverband von sich aus selbst gemacht.

Man hat dann auch step by step in den folgenden Tagen diese Menge erhöht, ich glaube, ich habe den Bericht leider jetzt heute nicht dabei, ich würde ihn aber auch entsprechend nachreichen, wenn das jemand anzweifeln sollte. Ich habe noch die Frage gestellt, ist irgendjemand vom Ministerium bzw. – ich habe den Koordinierungsstab genannt – ist irgendjemand vom Koordinierungsstab irgendwann mal auf Sie zugekommen, um zu fragen, welche Mengen abgelassen worden sind bzw. welche Rückhaltevoluminas noch vorhanden sind? Und darauf hat der Wupperverband zumindest, ich bleibe jetzt auch im Detail, es tut mir leid, dass ich das vorhin so pauschalisiert habe, geantwortet: nein, niemand.

Und da muss ich ganz ehrlich fragen – das wäre auch eine Frage für einen PUA –: warum eigentlich nicht? Warum hat ein Koordinierungsstab nicht als Erstes zuerst einmal die Wasserstände der entsprechenden Talsperren abgefragt?, um zu wissen, was da eventuell kommt, und wieviel Volumina denn als Rückhaltevolumen noch da sind. Das sind doch alles Fragen, die es zu klären gilt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, ich wollte mich noch gerne äußern aus zu Ihren Ausführungen, Herr Delschen. Ich fand es jetzt doch nochmal für mich interessant, dass Wissenschaftler, die nach der Analyse der EFAS-Frühwarnkarten zu dem Schluss kommen, dieses war eine Katastrophe mit Ansage. Und uns geht es heute hier im Umweltausschuss darum, die Verantwortung, die ja im Umweltbereich bei Wetterextremen und beim Wassermanagement liegt, nochmal klar hervorzuheben, sodass

so etwas für die Zukunft, wenn es zu einer Katastrophe kommt – und davon müssen wir ja heute reden, 49 Tote, eine solche Katastrophe hat es seit Bestehen dieses Land nicht gegeben –, ausgeschlossen ist.

Und deswegen auch die Äußerung von Herrn Reul, es wäre im Nachhinein besser gewesen, den Landeskrisenstab zu installieren. Dann die Frage an Frau Walsken: Glauben Sie denn, wenn der Landeskrisenstab alle nur denkbaren Möglichkeiten zur Warnung rausgegeben hätte, dass der letzte Bürgermeister und Landrat im Land dann diese Warnung so ernst genommen hätten, dass dann wirklich Leben hätte gerettet werden können, dass auch Feuerwehren das entgegengenommen hätten. Wir haben auch erfahren, dass Feuerwehren mit anderen Dingen beschäftigt waren und noch nicht mal darauf ausgerichtet ihre Geräte zur Verfügung hatten. Müssen wir nicht an so einer Stelle auch für die Zukunft anders damit umgehen?

Und deswegen ist es für uns heute hier so wichtig, an dieser Stelle nochmal nachzufragen. Der Ministerin als Fachministerin obliegt es, diese Verantwortung, die sie ja vielleicht gesehen und eingeschätzt hat, nicht alleine zu tragen, sondern auch mal den Innenminister zu fragen oder den Ministerpräsidenten: Ich schätze das als Katastrophe ein, was auf uns zukommt, und ich bitte darum, dass wir das gemeinsam tragen. Ich glaube, dann hätte man das verhindern können, das muss man doch heute sagen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, jetzt habe ich noch eine Wortmeldung, und dann würde ich auch gerne schließen, Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Für uns ist definitiv eines wichtig – da sind wir vielleicht an manchen Stellen gar nicht so weit auseinander, wichtig ist natürlich jetzt die Evaluierung, deshalb sind wir auch froh, dass wir einen umfangreichen Bericht vorliegen haben, den wir alle in Ruhe auch nochmal abarbeiten werden, auch weil er jetzt relativ kurzfristig gekommen ist –, dass wir dieses Thema intensiv bearbeiten und aufarbeiten werden müssen. Das betrifft auch Fragen wie: Wie gehen wir in Zukunft mit der Situation an den kleinen Fließgewässern um usw. und sofort? Das ist selbstverständlich auch völlig in unserem Interesse – Frau Ministerin hat es vorhin auch ein paar Mal betont – und auch in ihrem Interesse.

Das muss auch in unser aller Interesse sein, denn aus solchen Katastrophen muss man lernen. Aber wie man das Thema angeht und was jetzt die wichtigen Parameter sind, die wir bearbeiten müssen, da sind halt viel zu weit auseinander. Das hat heute ja diese Sitzung auch gezeigt. Man muss tatsächlich an den wichtigen Punkten ansetzen. Meldeketten funktionieren, wie sieht es mit der Kommunikation aus? Und in der jetzigen Situation, deshalb möchte ich das vielleicht zum Schluss auch noch einmal kurz sagen, müssen wir auch nochmal genau in die Gebiete reinschauen, welche Hilfen müssen jetzt zurzeit noch nötig sein, bevor man dann mit der weiteren Evaluierung und dem Monitoring dieser ganzen furchtbaren Katastrophe dann weitermacht. Also, es gibt noch viel zu tun aus unserer Sicht, völlig klar, deshalb ist es auch gut und richtig und wichtig, dass wir uns intensiv mit dem Thema beschäftigen, aber mit den wichtigen

Dingen, mit den gravierenden Dingen müssen wir uns beschäftigen und da versuchen, in Zukunft vernünftigere Wege zu finden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann würde ich gerne diesen Tagesordnungspunkt schließen und würde gerne allen eine kleine Pause geben.

(Kurze Unterbrechung der Sitzung)

3 Brand in der Müllverbrennung des Chemieparks Leverkusen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5484
Vorlage 17/5535

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ebenfalls in der Sondersitzung am 9. August hatten wir vereinbart, auch diesen TOP heute weiter zu beraten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 13. August um einen weiteren Bericht noch dazu gebeten, der Ihnen auch als Vorlage 17/5535 übersandt worden ist. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich hatte Sie vor zwei Wochen bereits über die ersten Erkenntnisse zum Explosions- und Brandereignis in der Sondermüllverbrennungsanlage bei Currenta informiert. Leider ist die letzte, zum Zeitpunkt der Sondersitzung noch vermisste Person inzwischen auch tot geborgen worden. Damit haben bei dieser Explosion und dem anschließenden Brand sieben Menschen ihr Leben verloren.

Der erste Bericht, den wir Ihnen übermittelt haben, hatte seinen Fokus auf dem Ablauf des Schadensereignisses und den ergriffenen Gefahrenabwehrmaßnahmen. Darüber hinaus wurde über die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Messergebnisse und die damals bekannten Auswirkungen auf die Anlagen im Entsorgungszentrum informiert. Sie hatten in der Sondersitzung Fragestellungen aufgeworfen, zu denen ich Ihnen eine Beantwortung zugesagt habe. Daneben sind auch noch weitere schriftliche Fragen an uns herangetragen worden. Das betrifft Nachfragen zu den durchgeführten Messungen des LANUV sowie zu den möglichen weiteren Auswirkungen auf die anderen Anlagen im Entsorgungszentrum in Leverkusen-Bürrig und im Chempark Leverkusen.

Diese Fragen sind soweit wie möglich aufgegriffen worden und geben eine Übersicht zum Stand der Ermittlungen. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle Fragen beantworten, dafür bitte ich um Verständnis, denn vor allem die direkt im Zusammenhang mit der Explosion stehenden Vorgänge im Tanklager sind noch Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Deshalb können wir hier nur sehr eingeschränkt berichten.

Zum aktuellen Stand der Ermittlungen hat der Leitende Oberstaatsanwalt in Köln dem Ministerium der Justiz berichtet. Dieser Bericht ist auch in dem Ihnen vorliegenden Landtagsbericht aufgenommen worden. Nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft wurde in Abstimmung mit den Ermittlungsbehörden ein technisches Bergungskonzept erstellt. Dieses soll eine hohe Sicherheit der vor Ort tätigen Personen sicherstellen, die im Rahmen der Spurensicherung im Einsatz sind. Im Rahmen der Bergungsarbeiten, das habe ich aber, glaube ich, schon beim letzten Mal erläutert, mussten prioritär zwei havarierte Lastkraftwagen sowie eine einsturzgefährdete Rohrbrücke geborgen werden. In enger Begleitung werden die Bergungsarbeiten mit der Polizei und dem beauf-

tragten Sachverständigen durchgeführt. Mittlerweile haben die Beamten des Polizeipräsidiums in Köln über 50 Zeugen zum Vorgang vernommen. Die Vernehmung weiterer Zeugen ist auch vorgesehen.

Die Spurensicherung konnte mittlerweile vor Ort abgeschlossen werden, nachdem der Explosionsort zwischenzeitlich erstmals begangen werden konnte. Die Stoffdaten der in den Tanks eingelagerten Abfallstoffe sind durch die Firma Currenta am 11. August der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Wie das erfolgt ist, darüber werden wir sicherlich gleich noch an der einen oder anderen Stelle sprechen.

Die Angaben in dieser Stoffliste sind für Außenstehende und Laien vermutlich nicht so einfach nachzuvollziehen. Daher wurde bereits im Vorfall der Veröffentlichung der Stoffliste die Beschreibung – flüssige Abfallstoffe aus Produktionsprozessen der Chemieindustrie, darunter aromatische aliphatische Kohlenwasserstoffe, chlorierte Kohlenwasserstoffe sowie phosphor- und schwefelhaltige Abfallstoffe aus der Agrarchemie – kommuniziert. Darüber hinaus können wir Ihnen versichern, dass die Informationen zu den Tankinhalten durch das LANUV bei der Konzeption der Probenahmen und den durchgeführten Analysen umfänglich berücksichtigt worden sind. Das betrifft sowohl die Freisetzung der Einzelstoffe direkt zu Beginn des Ereignisses als auch die auftretenden Brandrückstände. Hier hatten wir auch schon drüber gesprochen, dass wir erst sehr spät die umfangreichen Daten erhalten haben, sodass das LANUV nicht direkt alle Proben auf alle Stoffe, die erforderlich waren, analysieren konnte.

Die Ergebnisse der Messungen hatten wir Ihnen schon vorgestellt. Inzwischen wurden alle Berichte auf der Homepage des LANUV veröffentlicht. Ich glaube, da muss ich jetzt nicht näher drauf eingehen, das können wir gleich besprechen. Wir hatten auch festgestellt, dass keine relevanten Rückstände an Pflanzenschutzmitteln festgestellt worden sind. Es ist also, davon können wir ausgehen, außerhalb des Werkgeländes zu keinen relevanten Stoffeinträgen gekommen. Das ist aus Sicht der Anwohner sicherlich eine gute Nachricht, die natürlich im Nachgang zu dem Ereignis Sorge vor den Auswirkungen der Rauchwolken hatten.

Lassen Sie mich noch kurz berichten dazu, wie die Auswirkungen auf die weiteren Anlagen des Entsorgungszentrums sind. Derzeit laufen dort Bergungs- und Instandsetzungsarbeiten. Es sind weitere Anlagen, Anlagenkomponenten durch das Ereignis beschädigt worden. Die Bezirksregierung Köln lässt sich fortlaufend berichten über den aktuellen Stand der Arbeiten. Darüber hinaus finden vor Ort Begehungen der Anlagen zusammen mit den ermittelnden Behörden, dem LANUV, den Berufsgenossenschaften und dem Anlagenbetreiber statt. Wann die stark beschädigte Anlage ihren Betrieb wieder aufnehmen kann, ist derzeit völlig unklar.

Die Entsorgung der weiterhin im Chempark anfallenden Produktionsabfälle ist nach Auskunft des Anlagenbetreibers sichergestellt. In Abstimmung mit den zuständigen Behörden werden Abfälle, die in Leverkusen verbrannt werden sollten, über noch vorhandene Kapazitäten in der Rückstandsverbrennungsanlage im Chemiepark Dormagen und in den Anlagen externer Anbieter entsorgt.

Die durch das Ereignis angefallenen Brandabfälle werden derzeit in einem separaten Bereich der Anlage gesammelt. Nach Abschluss der Bergungsarbeiten werden sie dann einer für den jeweiligen Abfallstoff geeigneten zugelassenen Entsorgung zugeführt.

Im Nachgang zur Sondersitzung wurde das Thema der zeitweise ausgefallenen Brunnengalerien aufgegriffen. Die Brunnengalerien West und Ost sorgen dafür, dass kein Grundwasser den Deponiekörper der Sonderabfalldeponie durchströmt und somit kein Stoffaustrag beispielsweise in den Rhein erfolgt. Nach erfolgter Reparatur konnten die Brunnengalerien nach gut einer Woche wieder den Betrieb aufnehmen. Nachhaltige Auswirkungen auf den Grundwasserkörper sind durch den kurzfristigen Ausfall nicht zu erwarten.

Wir werden die Aufarbeitung dieses Ereignisses weiterhin eng begleiten, und wir werden Ihnen selbstverständlich hier auch – unaufgefordert – weiter berichten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Rüße mit der ersten Fragestellung, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Zunächst einmal danke für den Bericht. Etliche Fragen sind ja nicht beantwortet worden, weil sie Gegenstand laufender Ermittlungen sind. Das ist schade, muss man aber eben so zur Kenntnis nehmen.

Ich wüsste gerne, auf S. 6 unter zu 5.) steht, dass eine Rückstellprobe entnommen wurde. Da wüsste ich gerne, ob diese Rückstellprobe auch tatsächlich noch existiert und was mit dieser Rückstellprobe passiert, wo die sich befindet, wie die jetzt ausgewertet wird.

Dann wüsste ich gerne – jetzt ist diese Anlage zu erheblichen Teilen zerstört. Wenn die jetzt wieder in Betrieb genommen werden soll, braucht man da eine grundsätzliche Neugenehmigung? Oder wird da nur eine erneute Betriebsgenehmigung erteilt? Wie ist das genehmigungsrechtliche Verfahren an der Stelle? In der Vergangenheit gab es bei der Anlage Kapazitätserweiterungen. Ich wüsste gerne in dem Zusammenhang, ob da andere Stoffe dazu gekommen sind, die dort dann verbrannt worden sind. Das würde mich auch interessieren.

Dann gab es auch dazu einen Bericht von WESTPOL, wo man ja schon ein bisschen überrascht war, wo auch gesagt wurde, dass es sich vor allem um Papierkontrollen handelt. Ich vergleiche das mal damit, wie mein Ökobetrieb kontrolliert wird, ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb. Da kommt einmal im Jahr eine Kontrolleurin oder ein Kontrolleur, die ist den ganzen Tag da, die geht mit mir über die Felder, also eine Vor-Ort-Besichtigung, ob ich das auch alles richtig mache – und eine Papierkontrolle. Wenn man so einen kleinen Bauernhof mit einem Umsatz von ungefähr 100.000 Euro einen ganzen Tag lang kontrolliert, da bin ich doch wirklich erstaunt, dass so eine Anlage, die solche Stoffe dort verbrennt und behandelt, anscheinend nicht deutlich anders, besser kontrolliert wird als ein Ökobauernhof. Es hat mich sehr gewundert, dass das so ist, und mich wundert auch, dass in dem Bericht zu erfahren war, dass Currenta

sich weigert, die Namen des Erzeugers der Stoffe in Tank 3, die genaue Herkunft preiszugeben und sich da auf Geschäftsgeheimnisse beruft. Das finde ich äußerst erstaunlich, auch vor dem Hintergrund, dass es sich um ein australisches Unternehmen mittlerweile ja handelt, also im Besitz eines australischen Fonds. Und da könnte man ja vermuten, dass sich da die Herkunftsströme irgendwie verändert haben oder irgendwas dazugekommen ist. Man weiß es ja nicht, aber das würde einen interessieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich würde sagen, da muss direkt drauf geantwortet werden, weil das sehr viele Detailfragen sind. – Frau Walsken oder Frau Ministerin? – Frau Walsken, bitte.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken (Bezirksregierung Köln): Das machen wir gerne. Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Büther sitzt zu meiner Rechten, er ist der zuständige Abteilungsleiter und kann Ihnen Antworten geben.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Rüße! Auf Ihre Fragen möchte ich folgende Antworten geben.

Sie hatten als Erstes gefragt, was ist mit der Rückstellprobe? Diese Rückstellprobe gibt es noch. Nach unseren Kenntnissen ist die entsprechend von der Staatsanwaltschaft bzw. der Polizei in Gewahrsam genommen worden. Die Staatsanwaltschaft hat einen eigenen Gutachter, der entsprechende Untersuchungen durchführt. Dieser Gutachter bedient sich eines Labors auch für die Untersuchungen, und dieses Labor wird diese Rückstellproben untersuchen, um festzustellen, ob tatsächlich das, was in der Probe vorhanden ist, in Übereinstimmung ist mit den Begleitpapieren und den Sicherheitsdatenblättern, die mitgeliefert worden sind. Also das läuft.

Und dann hatten Sie gefragt, wie sieht es aus mit der Wiederinbetriebnahme? Kann das einfach so wieder in Betrieb genommen werden? Wir müssen da unterscheiden einmal zwischen der Sondermüllverbrennungsanlage selbst, die kaum Schaden genommen hat, und dem Tankfeld auf der anderen Seite, was ja völlig zerstört worden ist. Und das ist eine gemeinsame Anlage. Das heißt, es kann nicht einfach wieder so in Betrieb genommen werden, sondern da muss geguckt werden: Soll dieses Tankfeld wieder genauso aufgebaut werden, wie es war, oder sollen da Änderungen vorgenommen werden? Und je nachdem, welche Änderungen vorgenommen werden sollen, muss eine entsprechende Änderungsgenehmigung beantragt werden bei uns, bei der Bezirksregierung. Und im Rahmen dieser Änderungsgenehmigung werden wir gucken: Was müssen wir für Anforderungen stellen an die Wiederinbetriebnahme des Betriebes? Wenn sie tatsächlich 1:1 aufgebaut werden sollte, wären die Anforderungen gering, andererseits sind sie höher.

Dann die Kapazitätserweiterung. Das kann ich im Moment nicht beantworten, das können wir schriftlich nachreichen, was da dazugekommen ist in der Vergangenheit. Wie wird kontrolliert? Es ist nicht so, dass nur durch die Bezirksregierung kontrolliert wird,

sondern wir haben ein sehr umfangreiches Kontrollsystem bei solchen Anlagen. Das fängt an mit der Eigenkontrolle des Betreibers, der hat da erhebliche Aufgaben, die er pflichtgemäß zu erfüllen hat. Darüber hinaus gibt es Sachverständigeninspektionen, die werden von zugelassenen Überwachungsorganisationen durchgeführt. Das ist zum Beispiel der TÜV, aber das können auch andere sein. Da möchte ich ein Beispiel geben. Zum Beispiel wurde im Jahr 2018 das Tankfeld auf Explosionsschutz kontrolliert durch den TÜV Rheinland, und es sind keine Mängel festgestellt worden. Es ist nichts zu veranlassen gewesen bei dieser Kontrolle. Es ist festgelegt worden, dass die nächste Kontrolle auf Explosionsschutz im Jahr 2024 hätte durchgeführt werden müssen, wenn das Tanklager da noch existiert hätte.

Und auch andere Betriebssicherheitsverordnungskontrollen müssen durchgeführt werden, zum Beispiel auf Druckbehälter und auf die Tankanlagen selbst. Diese Kontrollen werden alle in technischer Weise sehr ausführlich vom TÜV durchgeführt. Unsere Aufgabe ist es als Bezirksregierung, dann in dieser sogenannten Schreibtischüberwachung diese Kontrollen zu kontrollieren, zu welchen Ergebnissen haben die geführt? Wenn sie zu Mängeln geführt haben: Sind diese Mängel abgestellt worden, ja oder nein? Und wenn sie nicht abgestellt worden sind, dann ist es unsere Aufgabe als Ordnungsbehörde, dafür zu sorgen, dass diese Mängel abgestellt werden. Das ist unsere Hauptaufgabe dabei. Die technische Überprüfung gehört nicht zu unserem Aufgabenfeld. Wir gucken uns zwar die Anlagen an vor Ort, und wenn wir dabei was feststellen, dann werden wir natürlich auch ordnungsbehördlich tätig, aber die tatsächlichen technischen Kontrollen werden durch zugelassene Überwachungsstellen durchgeführt.

Und dann zum Namen des Erzeugers. Es ist so, dass wir sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Firma Currenta befragt haben, ob diese Namen preisgegeben werden können, weil, das ist unsere Verpflichtung, das zu tun. Die Staatsanwaltschaft hat gesagt, sie hätte kein Problem damit, der Name könnte bekanntgegeben werden. Die Firma Currenta hat sich auf das Geschäftsgeheimnis berufen. Das löst bei uns einen Vorgang aus, der folgendermaßen aussieht: Wir müssen den Betreiber der Anlage, also Currenta, dazu anhören, und wir hören natürlich auch den Erzeuger des Abfalls an, weil dessen Name ja genannt werden soll. Der wird auch von uns angehört. Beides läuft zurzeit. Es gibt eine Frist, die endet nächster Woche.

Bis dahin müssen uns sowohl Currenta als auch die Abfallerzeugerfirma schlüssig nachweisen, warum das ihrer Meinung nach ein Geschäftsgeheimnis ist. Wenn wir dann der Überzeugung sind, es ist kein Geschäftsgeheimnis, dann würden wir den Namen trotzdem veröffentlichen. Aber natürlich haben dann sowohl die Firma Currenta als auch der Erzeuger des Abfalls noch Möglichkeit, dagegen Rechtsmittel einzulegen. Das ist einfach der normale Vorgang, mit dem wir es sehr oft zu tun haben. Es gibt da bestimmte Mechanismen, die wir einhalten müssen und die halten wir momentan gerade ein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Deppe, bitte.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vorsitzende! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank erst einmal für den Bericht. Ich denke, es wird auch nicht der letzte Bericht sein, den wir in der Angelegenheit bekommen. Und ich muss sagen, ich finde das an sich beeindruckend, aber auch eigentlich selbstverständlich, wie umfassend hier immer wieder über den neuen Erkenntnisstand berichtet wird. Da haben wir in der Vergangenheit auch schon andere Dinge erlebt. Hier geht es um die Transparenz.

Irgendwann wird wahrscheinlich auch mal die Ursache bekannt werden. Und dann wird man sich das auch noch mal genauer angucken, dass man das vor allem für die Zukunft vermeidet. Gibt es da von Ihnen eine Einschätzung, wann wir damit rechnen können, wie das weitere Procedere auch ist? Warten wir jetzt, bis die Staatsanwaltschaft ermittelt hat? Warten wir, bis unter Umständen ein Gerichtsurteil gefällt wurde? Zu welchem Zeitpunkt werden wir und auch die Öffentlichkeit über die Ursachen informiert?, denn das interessiert die Leute natürlich auch sehr. Vor allem ist das auch wichtig, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Und da schließt jetzt eine meiner Fragen an, und zwar haben Sie eben berichtet, wie es mit der Wiederinbetriebnahme bzw. mit der Erneuerung der Anlage aussieht. Herr Rüße hatte vorhin die Frage auch schon einmal gestellt. So wie ich es verstanden habe, haben Sie gesagt, wenn da was geändert wird, dann muss es neu genehmigt werden. Aber solange man die Ursache nicht kennt: Kann man dann die gleiche Anlage wieder aufbauen und sagen, ja, die ist ja genehmigt? Es ist, glaube ich, schon wichtig, die Ursache zu erkennen, um zu sagen, die Anlage ist so sicher oder muss nur anders betrieben werden. Da würde mich interessieren, wie da das weitere Vorgehen ist.

Dann haben sich aus dem Bericht, den wir hier vorgelegt bekommen haben, für mich zunächst einmal zwei weitere Themenkomplexe ergeben. Das eine ist ja die Vermeidung von Umweltschäden jetzt in diesem Zustand der Anlage, die nicht voll funktionsfähig ist. Vielleicht könnten Sie das Thema mit den Brunnen nochmal darstellen. Die sind ja eine Zeitlang nicht in Betrieb gewesen. Da haben wir diese etwas komplizierte Gemengelage mit dem Wasser des Rheins. Deshalb müssen die Brunnen eigentlich in Betrieb sein. Offenbar hat es jetzt keine Auswirkungen gegeben, aber vielleicht können Sie uns mal darstellen, wie man das feststellt und wie die Kontrollen in der Richtung erfolgen, dass aus dem großen Entsorgungsindustriegelände keine Stoffe in die Umwelt austreten.

Zweite Frage aus dem Bericht ist: Da wird dargestellt, wo im Moment die Produktionsrückstände bleiben. Eine der Umsteuerungsmöglichkeiten für die Zeitdauer des Ausfalls der SMVA ist die Zwischenlagerung in den Containerterminals der Chemion Logistik. Hat die Bezirksregierung oder das LANUV – ich weiß nicht, wer da jetzt verantwortlich ist – einen Überblick, wo die Abfälle dann bleiben? Sind die nur an dem einen Standort in Leverkusen? Der ist außerhalb des eigentlichen Werksgeländes. So wie ich die Örtlichkeit kenne, ist das ja ein offener Platz, großes Gelände. Oder wird es noch an anderen Standorten des Chemieparks entlang des Rheins oder woanders

gelagert? Vielleicht kann man das nochmal darstellen, auch vielleicht in einem zukünftigen Bericht, wie sichergestellt ist, dass aus dieser Zwischenlagerung nicht neue Gefahren entstehen.

Und die dritte Frage, die hat jetzt nicht unmittelbar was mit dem Bericht zu tun. In der Sondersitzung ist das von Herrn Dr. Delschen angesprochen worden. Da geht es darum, dass das LANUV nach der normaler Messroutine Luftproben und diese Rußproben genommen hat, also untersucht hat. Da haben Sie auch berichtet, dass sie weitgehend unauffällig waren. Jetzt wird das in den Medien angezweifelt. Sie hatten damals berichtet, auch andere Untersuchungen, die gemacht worden sind, weisen keine großen Unterschiede auf. Vielleicht kann man das nochmal, ob heute oder bei anderer Gelegenheit, darstellen. Auf Dauer wird natürlich das Renommee des LANUV arg infrage gestellt, wenn zwar einerseits die gleichen Ergebnisse kommen, aber die Ergebnisse in den Medien von interessierter Seite auch vollkommen unterschiedlich dargestellt werden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke. – Das waren viele Fragen. Ich schaue mal in die, Frau Heinen?

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Das waren solche Fachfragen. Wenn Sie gestatten, würde ich sie zu Herrn Büther geben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Büther, bitte.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Zur ersten Frage: Wann kommen die Ergebnisse, wie es tatsächlich passiert ist? Wir warten natürlich auch intensiv darauf, dass wir endlich die Ergebnisse erfahren, damit wir Schlussfolgerungen daraus ziehen können, was für die Zukunft zu tun ist.

Für die Untersuchung des Falls – das hatte ich eben schon gesagt – hat die Staatsanwaltschaft einen Gutachter beauftragt. Wir als Bezirksregierung haben auch einen Gutachter beauftragt, sodass diese Untersuchungen im Moment stattfinden, wobei das Wesentliche natürlich die Ergebnisse sind, die von der Staatsanwaltschaft kommen. Da wird nicht nur danach gefragt, wie ist es passiert?, sondern es geht natürlich auch um die Schuldfrage. Wer ist tatsächlich da dran schuld, und hätte das vermieden werden können? Was hätte getan werden müssen, um das zu vermeiden? Welche Personen sind da involviert?

Das ist erst einmal die wichtigere Frage, aber parallel wird natürlich auch geguckt: Wie ist das Geschehen gewesen, dass es zu diesem Unfall gekommen ist, dass es zu dieser Explosion gekommen ist? Und den Gutachter, den wir beauftragt haben, haben wir natürlich auch mit der Fragestellung beauftragt: Was muss in Zukunft getan werden, damit das nicht wieder passiert? Bevor wir diese Antwort nicht haben, was muss getan werden, damit das nicht wieder passiert?, ist natürlich auch ein Genehmigungsverfahren nicht denkbar. Diese Frage muss erst einmal geklärt sein. Und wenn die

Frage geklärt ist, dann kann man sehen, wie man damit weiter umgeht, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit bei einer möglichen Wiederinbetriebnahme ausgeschlossen werden kann, dass das wieder passiert.

Dann, was ist mit den Brunnen? Die Brunnen sind so eingerichtet zusammen mit einer Sperre, dass kein Wasser, kein kontaminiertes Grundwasser, was aus dem Deponiekörper austreten kann, in Richtung Rhein oder in Richtung Wupper läuft. Dazu werden Analysen durchgeführt. Das Wasser wird abgepumpt und einer entsprechenden Entsorgung zugeführt, und es werden Analysen durchgeführt, um zu sehen, ob an anderen Stellen da Grundwasser womöglich in anderer Richtung versickert, was aber ziemlich auszuschließen ist, weil da ein Absenkungskegel im Gelände vorhanden ist, der dafür sorgt, dass das Grundwasser nicht in andere Richtungen laufen kann. Und dafür sind eben diese Pumpen da, um diesen Absenkungstrichter zu erzeugen.

Wenn die Pumpen ausfallen, dann baut sich dieser Absenkungstrichter langsam ab, und das Grundwasser hat dann, wenn das in Richtung Rhein läuft, sozusagen die Gelegenheit, die Schadstoffe auch in Richtung Rhein zu transportieren. Nur das Grundwasser läuft an der Stelle sehr langsam. Es bräuchte einen viel längeren Zeitraum des Pumpenausfalls, sodass hier tatsächlich eine Kontamination des Rheins zu befürchten wäre, und, wie gesagt, es finden auch Analysen statt, in denen geguckt wird, ob da tatsächlich Kontaminationen zu finden sind. Von daher haben wir da im Moment keine Befürchtungen. Aber, wie gesagt, es wird eine Begleitanalytik durchgeführt.

Und zur Zwischenlagerung von Abfällen würde ich gerne an Frau Dr. Beermann weitergeben, die sich mit der Abfallproblematik beschäftigt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Beermann, bitte sehr.

RD'in Dr. Katrin Beermann (Bezirksregierung Köln): Vielen Dank, sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Ministerin! Sehr geehrte Frau Walsken! Sie haben die Zwischenlagerung angesprochen bei der Firma Chemion. Ich bin im Bereich Abfallwirtschaft tätig. Wir haben auch mit der Abfallstromkontrolle zu tun und haben uns selbstverständlich jetzt die Liste angeguckt, die uns von der Firma Currenta zur Verfügung gestellt worden ist, was die weitere Entsorgung angeht.

Es werden einige Abfälle, die ein bisschen brisanter sind, in der Verbrennungsanlage in Dormagen verbrannt. Es gibt auch externe Entsorger, und es gibt das Zwischenlager. Und alle sind zugelassen für diese Abfälle, die dort hingehen. Insofern gehen wir jetzt auch davon aus, dass sichergestellt ist, dass da nichts weiter passieren kann. Aus dem Zwischenlager von Chemion geht es dann natürlich weiter in die Endentsorgung, ich denke, in die Verbrennung in Dormagen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Dr. Delschen, bitte.

Präsident Dr. Thomas Delschen (LANUV): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich war gefragt worden nach den anderen Untersuchungen, Untersuchungsergebnissen. Ich hatte in der Sondersitzung schon etwas gesagt. Bis dahin lagen ja Untersuchungsergebnisse des LANUV vor. Von Currenta selbst, weiß ich nicht, die lagen, glaube ich, auch schon vor, und eine Greenpeace-Probe, die etwas höher gelagert war. Inzwischen hat Greenpeace eine weitere Probe mit 225 ng veröffentlicht. Wir sind mit Greenpeace auch schon seit längerer Zeit in Diskussionen, weil wir natürlich auch daran interessiert sind, die Untersuchungsmethodik von denen zu kennen, um besser einschätzen zu können, damit man das vergleichen kann.

Jetzt ist die eine Sache, Werte nebeneinander zu stellen, einfach um zu sagen, der hat zehn gefunden, der hat 30 gefunden, der hat 200 gefunden. Etwas anderes ist es, diese Werte in ein Bewertungsschema zu bringen. Und da kann man erst einmal schauen, was findet man denn sonst so in der Umwelt, um das einzusortieren. Und da muss man sagen, wir finden im Straßenstaub Konzentrationen, die in Größenordnungen im Bereich bis 50 ng, wenn ich das richtig erinnere, liegen. Wir finden Konzentrationen in Böden im Bereich von 20 ng, also in städtischen Böden. Das verdeutlicht einmal das Niveau, auf dem wir unterwegs sind.

Jetzt ist die zweite Beurteilungsmöglichkeit, dass man anhand von Grenzwerten vorgeht. Für diese Grenzwerte für diesen Bereich, Eintrag von Partikeln aus Bränden, gibt es keinen Grenzwert, sondern muss sich dann bedienen mit Grenzwerten aus anderen Bereichen. Wenn ich da in den Abfallbereich gucke, sind wir in Tausender- Regionen, also weit weg von dem, wo wir hier sind. Wenn ich dann in die Bundesbodenschutzverordnung schaue, das hatte ich beim letzten Mal versucht, auch deutlich zu machen, wo es um den Schutz spielender Kinder durch Direktkontakt geht, da sind wir dann im Bereich zwischen 100 und 1.000 ng unterwegs.

Jetzt haben wir hier 200 ng. Dann muss man wissen, diese 100 ng für Kinderspielflächen, sind abgeleitet unter einer täglichen Bodenaufnahme eines spielenden Kindes von 0,5 g täglich. Und hier sprechen wir über einzelne Partikel. Deshalb kann ich hier noch eine dritte Größe anführen, und das haben wir alles mit in diese Überlegungen hineingezogen. Die wöchentliche Aufnahme eines Kindes über Nahrung vor allen Dingen bei Dioxinen liegt in der Größenordnung von 225 ng, was ein Kind wöchentlich aufnimmt an Dioxinen über die Nahrung. Wenn ein Kind also im pessimalen Fall einen Partikel 0,5 g mit diesem Wert 225 aufnehmen würde, lägen wir unterhalb dieses Bereiches.

Das zeigt – und das müssen Bewertungen immer machen, glauben Sie mir, ich habe 30 Jahre sowas gemacht –, man muss solche Eckpunkte zusammennehmen und daraus ein Bild machen. Und dieses Bild hat gesagt, es ist hier nicht von einer – nach dem derzeitigen Kenntnisstand – zusätzlichen Gefahr auszugehen. Aber wir haben eben nicht gesagt, es gibt überhaupt nichts zu tun, sondern wir haben gesagt, man sollte diese Rußpartikel aufsammeln, man sollte die im Hausmüll entsorgen, man sollte Flächen reinigen. Wir haben auch abgeschätzt, dass also auch das Eintragen in den Hausmüll oder das Eintragen in den Abwasserkanal kein Problem darstellt. Das heißt, da sind für uns auch mit Greenpeace einig.

Vielleicht letzte Bemerkung: Wenn ich die Verlautbarung von Greenpeace richtig lese, dann wird da ja nicht von einer Gefahr gesprochen, sondern es wird gesagt, es besteht die Notwendigkeit der Reinigung. Und das ist exakt das, was wir auch gesagt haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Dr. Delschen. – Ich schaue die Fragesteller nochmal an. Sind alle Fragen beantwortet? – Vielen Dank. Dann Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich glaube, viele Fragen sind jetzt schon beantwortet. Das Ergebnis der Ermittlungen wird wichtig sein, um am Ende die allerwichtigsten Schlüsse zu ziehen, menschliches Versagen, Technik, Wartung, was war es am Ende? Deswegen aktuell nur noch eine einzige Frage: Gibt es denn akut Dinge, die Sie schon abschätzen können, die akut eventuell schon jetzt in Müllverbrennungsanlagen bzw. Verbrennungsanlagen von Sondermüll verändert werden können oder müssen, beispielsweise auf Basis dieser Stoffkombination, die man da jetzt gefunden hat, dass man da schon sagt: Da ist was passiert, was nicht hätte passieren dürfen in dieser Zusammensetzung beispielsweise. Oder gibt es da akut nichts, was zu regeln wäre? Wenn nicht, dann nicht, ist auch nicht schlimm. Das wäre die einzige Frage, die wir da noch ergänzen wollen würden.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Da muss ich wirklich zu den Profis gucken. Von meiner Seite aus nicht, Herr Dr. Büther, bitte.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Büther, bitte.

AD Dr. Horst Büther (Bezirksregierung Köln): Wir haben akut was getan, und zwar haben wir uns mit dem Abfallerzeuger in Verbindung gesetzt und haben gesagt, dass der Tank explodiert ist, in dem sein Abfall gelagert war. Und der hat natürlich nicht nur die Currenta als Abnehmer, sondern der hat auch andere Abnehmer für seinen Abfall. Wir haben darauf hingewiesen, dass diese Abnehmer gewarnt werden müssen, wenn sie mit dem Abfall umgehen, dass hier dieses Unglück passiert ist. Er hat uns zwei Abnehmer benannt, einer davon ist auch in Deutschland. Diese Abnehmer sind informiert worden. Ein anderer Abnehmer aus dem Ausland hat sich mit uns in Verbindung gesetzt und hat gesagt, er möchte gerne mit uns diskutieren, wie sie mit dem Abfall weiter umgehen sollen, weil sie den im Moment nicht in ihre Verbrennungsanlage schicken, sondern außerhalb gelagert haben. Das ist tatsächlich passiert. Es ist ja wichtig, dass nicht an anderer Stelle das gleiche Unglück nochmal passiert, wie es hier in Leverkusen passiert ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Ich schaue nochmal in die Runde der Kollegen. Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Dann danke ich allen für die konkreten Antworten und schließe den Tagesordnungspunkt.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Erst einmal herzlichen Dank an die Bezirksregierung Köln, an die Regierungspräsidentin und ihre gesammelten Kolleginnen und Kollegen, dass Sie uns hier so umfangreich geholfen und unterstützt haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Natürlich im Namen des Ausschusses auch nochmal herzlichen Dank.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 Tierschutz ernstnehmen – CO_2-Betäubung bei Schlachtschweinen endlich beenden!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11615

Ausschussprotokoll 17/1428 (Anhörung vom 12.05.2021)

(Überweisung des Antrags am 12.11.2020)

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

5 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14.06.2021)

und

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund an Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14.06.2021)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/12048 am 16.12.2020 an den AULNV, Überweisung des Antrags Drucksache 17/12055 an den AULNV – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 27.01.2021)

6 Wolfsland NRW braucht präventiven Herdenschutz und Entschädigungskonzept für Halterinnen und Halter

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14073

(Überweisung des Antrags am 16.06.2021)

Die SPD-Fraktion beantragt, eine Anhörung durchzuführen.

7 Insektenschutz jetzt! – Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt entlang der Straßen in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13392

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an die AULNV am 28.04.2021).

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13392 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

8 Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13401

Ausschussprotokoll 17/1477 (Anhörung vom 24.06.2021)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 29.04.2021)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/13401 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

9 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Beratungsverordnung

Drucksache 17/14407
Vorlage 17/5430

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, die Landesregierung habe beschlossen, diese Verordnung vorbehaltlich der Zustimmung des Umweltausschusses auszufertigen. Das Landesforstgesetz sehe vor, dass das Einvernehmen herzustellen sei.

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen einstimmig her.

10 Schließung einer Viehsammelstelle im Kreis Unna wegen des Verdachts massiver Tierverstöße

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5501

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, die Ministerin habe sie gebeten, dem Ausschuss hierzu berichten zu dürfen.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) verweist auf den ausführlichen Bericht. Das Ministerium stehe dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung.

Annette Watermann-Krass (SPD) bedankt sich für den Bericht. Ihr sei klar geworden in welchen Konstrukten dieses Unternehmen tätig sei. Das betreffe die Herstellung von Heimtierfutter, Zwischenbehandlung und Lagerbetrieb, Schlachtbetrieb, aber auch Viehsammelstelle. Sie wüsste gerne, ob es häufig solche Unternehmen gebe, die in dieser Form agieren würden.

Dem Bericht habe sie entnehmen können, dass gerade im Kreis Unna zu wenig Personal sei. Sie wüsste gerne, ob die Landesregierung überlege, alle Betriebe, die es in diesem Beritt gebe, noch einmal zu kontrollieren und darauf zu bestehen, dass besser kontrolliert werde und dass man mehr Personal habe.

MDgt Michael Hülsenbusch (MUNLV) beantwortet die Frage, ob es solche Unternehmenskonstrukte häufiger gebe, klar mit Nein. Das liege allein daran, dass dieser eine Betrieb, der nach dem Tierischen Nebenprodukterecht zugelassen sei, im Volksmund auch „Löwenschlachthaus“ geheißen habe und so auch beworben worden sei. Er habe sich darauf spezialisiert, Frischfleisch für die Raubtierfütterung für Zoologische Gärten zu produzieren, und zwar bundesweit, wahrscheinlich sogar über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen und Deutschland hinaus. Das gebe es nicht nochmal in dieser Form. Deswegen könne er die Frage deutlich mit Nein beantworten.

Das sei auch die Überleitung zur dritten Frage, ob die Landesregierung diese Vorfälle zum Anlass nehme, bestimmte Unternehmen noch einmal besonders zu kontrollieren. Die Vorfälle seien von einer Viehsammelstelle ausgegangen, dort, wo Pferde und – hier in dem speziellen Fall – unerlaubt auch Rinder gesammelt worden seien. Davon gebe es sehr viele. Es gebe viele Viehsammelstellen, von denen dann Tiertransporte aus abgefertigt würden. Bei jeder Abfertigung seien amtliche Tierärzte dabei. Sie machten eine Lebendbeschau der Tiere, bevor sie auf die Reise geschickt werden dürften.

In dieser Kombination, wie man sie hier vorgefunden habe, mit einem Löwenschlachthaus und einem normalen Schlachtbetrieb, gebe es diese Viehsammelstellen in der

Regel nicht. Dennoch sei die Veterinärverwaltung gebeten worden, bei ihren regelmäßigen Kontrollen der Viehsammelstellen auf den Zustand der Tiere besonders zu schauen.

Was die Situation im Kreis Unna angehe, so, glaube er, habe der Landrat sehr schnell und sehr beherzt gehandelt. Ihm – er drücke es jetzt etwas salopp aus – sei es auch unheimlich gewesen, dass jetzt zwei solcher Vorfälle in seinem Amtsbezirk aufgetaucht seien. Er habe, wenn man der Presseverlautbarung Glauben schenken dürfe, angekündigt, in dem Bereich des Veterinäramtes erhebliche Personalzuwächse zu erreichen. Das Ministerium habe auch mit ihm gesprochen. Er habe gesagt, das werde er auch im Rat durchsetzen. Es sei ihm sei wichtig, dass da eine Verstärkung geschehe. Auch werde wohl noch einmal die Organisationsstruktur im Veterinäramt einer Überprüfung unterzogen. Das Land habe die Unterstützung dabei angeboten, im Rahmen der Fachaufsicht daran mitzuwirken.

Wilhelm Korth (CDU) legt dar, zunächst einmal bedanke er sich für den Bericht. Es sei traurig, dass man so etwas lesen müsse. Insofern sei es gut, dass jetzt das berühmte schwarze Schaf aufgeflogen sei. Schade sei nur, dass oft kleinere Betriebe die größten Probleme hätten. Das werfe ein Licht auf die kleineren Betriebe, das ihnen eigentlich nicht zustehe. Insofern finde er es gut, dass hier konsequent gehandelt werde. Er bedanke sich dafür. Die Fragen seien schon beantwortet worden.

Norwich Rüße (GRÜNE) betont, dass mit den schwarzen Schafen sei so eine Sache. Das wachse über die Jahre zu einer ganzen Herde an. In der Tat scheine es in den letzten Jahren, wenn man es beobachte – Herr Korth habe es richtig angesprochen –, eine bestimmte Größenordnung betroffen zu sein. Es seien nicht die großen Schlachthöfe, sondern es seien kleinere Schlachthöfe, die auffällig würden.

Bei dem Schlachthof im Selm seien die Veterinärkontrollen durch einen beliehenen Tierarzt, beliehene Tierärztin vorgenommen worden. Ihn interessiere, wie das bei der Firma Mecke gewesen sei, wer da die Schlachtung der Tiere kontrolliert habe, ob das Amtsveterinäre gewesen seien. Nach Selm würde er erwarten, dass man das geändert habe. Das Konstrukt gebe es häufiger. Er frage, ob es Gegenkontrollen durch Amtsveterinäre gegeben habe.

Er habe in dem Bericht des Kreises Unna hineingeguckt, den es dazu auch gegeben habe. Wenn er sich die Ausführungen zu Schlachtungen, Kontrollen anschaue, dann finde sich zum Punkt Tierschutz an Schlachthöfen nicht besonders viel. Das sei ein schmaler Satz. Von daher sei es gut, wenn sich das perspektivisch da verbessere.

MDgt Michael Hülsenbusch (MUNLV) gibt an, die Strukturen bei der Veterinärüberwachung seien so, dass gerade für die Kontrolle von kleineren und mittleren Schlachtbetrieben, insbesondere Metzgereien, nebenamtliche Tierärzte eingesetzt würden. Das sei einfach so, weil die hauptamtlichen Tierärzte das aufgrund mangelnder Personalstärke nicht abbilden und nicht leisten könnten.

Man habe nach den Vorfällen in Selm damit begonnen, gemeinsam mit dem Landkreistag in Gespräche darüber einzutreten, wie man etwas an dieser Situation ändern könnte. Das sei aber nicht von heute auf morgen möglich. Es sei sicherlich auch nicht überall möglich, die nebenamtlichen Tierärzte durch amtliche Tierärzte zu ersetzen. Das würde auch für die Betriebe – das seien häufig handwerkliche Betriebe – teilweise zu nicht unerheblichen Kostensteigerungen führen. Man merke, die Thematik sei nicht trivial. Aber es gebe bei den Beteiligten, auch auf der kommunalen Ebene durchaus eine Neigung, gemeinsam darüber zu diskutieren. Man habe sich auf diesen Weg begeben.

Was die Feststellung zu dem Bericht aus Unna angehe, dass sich nur der eine Satz zum Tierschutz finde, das sei so.

Norwich Rüße (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Tierärzte, die in den großen Schlachthöfen wie Westfleisch in Coesfeld die Kontrollen machten, ausschließlich amtliche Veterinäre seien.

MDgt Michael Hülsenbusch (MUNLV) antwortet, überwiegend seien es amtliche Veterinäre, manchmal auch nebenamtliche Tierärzte. Die großen Schlachtbetriebe hätten eine ganz andere Kostenstruktur. Da werde es über Gebühren den Kommunen möglich, auch amtliche Tierärzte einzustellen und die auch einzusetzen. Lücken würden auch durch nebenamtliche Tierärzte gefüllt. Aber überwiegend seien da amtliche Tierärzte tätig.

11 Zwischenbilanz Umweltkriminalität *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5514

Norwich Rüße (GRÜNE) merkt an, in dem Bericht werde gesagt, dass in der neuen Struktur zwischen zweieinhalb und drei Vollzeitstellen zur Verfügung stehen würden. In dem Gutachten von PWC heißt es, dass es 2,3 Vollzeitstellen seien. Er wüsste gerne, ob noch etwas dazugekommen sei.

ORR Sönke Rohlfs (MUNLV) gibt an, das sei auf folgenden Umstand zurückzuführen. Im Justiziariat werde mittlerweile eine halbe Stelle darauf mindestens verwendet, de facto sei es im Moment eine ganze Stelle.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) betont, all die Themen, die der Ausschuss betrachte, würden natürlich vom Justiziariat begleitet.

Heinrich Frieling (CDU) hält fest, daran sehe man, dass permanent daran gearbeitet werde, auch die Bekämpfung der Umweltkriminalität weiter zu verbessern. Es sei immer wieder interessant, wie man sich um zwei oder drei Stellen, die alle wichtig seien, seine Gedanken mache und dabei völlig außer Acht lasse, dass die Bekämpfung der Umweltkriminalität in den Staatsanwaltschaften, in den Fachbehörden, bei den entsprechenden Ämtern, in der Polizei – selbst das LKA habe eine Sonderabteilung – behandelt würden. Das falle immer hinten rüber, wenn man hier nur darüber rede, wieviel Leute im Ministerium sich damit beschäftigen würden. Die Bekämpfung der Umweltkriminalität laufe auf breiter Basis.

12 Ausgaben aus dem Corona-Rettungsschirm *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5502

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5502 zur Kenntnis.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

13 Wie stark sind in NRW Kleingewässer mit Pestiziden belastet? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5512

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

14 Stand der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5533

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5533 zur Kenntnis.

15 Aktueller Stand der Wasserschutzgebietsverordnung *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5513

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5513 zur Kenntnis.

16 Aktueller Stand zur Weiterentwicklung der GAP *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5495

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5495 zur Kenntnis.

17 Aktueller Stand der Schweinepest *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5500

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5500 zur Kenntnis.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzender

Anlage
21.09.2021/27.09.2021
10

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/13085

am Mittwoch, dem 25. August 2021
16.30 Uhr, E 3 A 02

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung-nahme
Nationale Forschungsplattform für Zoonosen c/o Institut für Virologie Professor Dr. Stephan Ludwig Westfälische Wilhelms-Universität Münster	**Dr. Friederike Jansen** **(per Video)**	**nein**
DLR Projektträger Fachbereich Gesundheit Abteilung „Internationale Gesundheitsforschung“ Frau PD Dr. Marlies Dorlöchter Bonn	**Dr. Detlef Böcking**	**17/4211**
Bundesverband Praktizierender Tierärzte e.V. 1. Vorsitzende bpt-Landesverband Nordrhein c/o Dr. Viola Hebeler Reichshof	**Dr. Christian Mandischer**	**17/4205**
Pro Wildlife e.V. Frau Dr. Sandra Altherr München	**Dr. Sandra Altherr** **(per Video)**	**17/4123**